

Abonnements-Bedingungen:
Wochenpreis 1.10 M., monatlich 3.30 M., vierteljährlich 9.90 M., halbjährlich 18.00 M., jährlich 33.00 M.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Nummern
ober oder unter 10 Zeilen 60 Pf., für
vollständige und gewöhnliche Zeilen
und Veranlassungen 20 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 12. November 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Rückgratlos vor dem Kaiserthron.

Wie ist wohl je in einem Parlament von einem Abgeordneten in unfreiwilliger Selbstbezichtigung seine und der Parlamentsmehrheit Haltung gegenüber dem Monarchen so treffend gekennzeichnet worden, wie das dem Antisemiten Lattmann gelang, als er am zweiten Tage der Interpellation mit feierlichem Pathos in das Befehnis entglitt, er und seine Freunde wollten dem Kaiser rückgratlos ihre Meinung sagen.

Stürmische Heiterkeit auf allen Seiten erstreckte die weiteren Worte des Unglücklichen, der es noch für notwendig hielt, ausdrücklich entschuldigend zu stammeln, er meine eigentlich „rückgratlos“.

Aber die bürgerlichen Kollegen des Herrn Lattmann, die in den Lachor einstimmen, spotteten ihrer selbst und wußten nicht wie. Denn rückgratlos war im Grunde nicht nur das Verhalten der Antisemiten, sondern aller bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme. Sie wagten es wohl, zu kritisieren, aber sie haben nicht Rückgratlosigkeit genug, einen Kampf aufzunehmen gegen Kaiser und Kanzler und Bürokratie, um auch nur die Grundbedingungen des bürgerlichen Parlamentarismus zu schaffen.

Die Verhandlungen des zweiten Tages änderten nichts an dem Zustand, den der erste geschaffen. Zunächst versuchte der Reichsparteiler Herr v. Gamp einen Ablenkungsversuch. Er verbreitete sich über Weltpolitik und Flottenprogramm unter stetig wachsender Unausmerksamkeit und ging so weit, die Engländer als Störenfriede hinzustellen, während er das Vorhandensein irgend welcher Kriegsgelüste bei den deutschen Patrioten bestritt. Den wahren Zweck seiner Ausführungen enthüllte er mit einer feierlichen Erklärung gegen das parlamentarische Regime. Als er zum Schluß aber die Hurraposaune blies, erzielte er nur Gelächter und ironische Hurrarufe. Herr Schrader, der einige ganz treffende kritische Bemerkungen über das Interview machte, brachte es als freimüthig-vereinigt Volkswort gleichfalls fertig, sich gegen das parlamentarische Regime zu erklären, weil es sich ohne Verfassungsänderung nicht durchsetzen lasse. Das ist die bürgerliche Jaghaftigkeit, die überhaupt nicht mehr zu kämpfen wagt. Der konservative Fraktionsführer Herr v. Ror mann verlas die stereotype Erklärung, daß er und seine Freunde von der Zukunft des Reichskanzlers sehr befriedigt seien und sonst sich nicht weiter an irgendwelchen Maßregeln beteiligen würden, da sie grundsätzlich den Monarch nicht kritisieren wollten. So weit war die Haltung der bürgerlichen Vertreter womöglich noch klüger gemein, als am Tage vorher. Etwas wurde das Bürgerium immerhin rehabilitiert durch den württembergischen Volksparteiler Gaußmann, wenigstens durch den Anfang seiner Rede. Er wies dem Kanzler nach, daß er um die Frage, auf die es ankomme, überhaupt herumgeredet habe, ohne irgend welche Garantien zu geben. Des Kanzlers „Zuversicht“, daß der Kaiser aus den Erörterungen etwas gelernt haben würde, erhalte eine eigentümliche Beleuchtung in negativem Sinne durch die Tatsache, daß er sich fern vom Orte der Regierung und der Reichstagsverhandlungen bald hier bald dort verlustig und dabei Reden halte ganz in der alten von Liebertreibungen strotzenden Weise. Sehr schön klang Herr Gaußmanns Hinweis darauf, welche Macht der Reichstag ausüben könne, wenn er einig sei. Er bekannte sich sogar zum parlamentarischen Regierungssystem. Aber als man dann gespannt aushörte, welche Taten er dem ewigen Reichstag empfehlen wolle, schrumpfte das Demokratenpronouncement kläglich zusammen zur Empfehlung einer Adresse an den Kaiser, in der das Maß von Forderungen verkörpert werden sollte, zu dem die Konservativen ihre Zustimmung geben würden, ausgesucht die Konservativen, die eben erst sich voll befriedigt erklärt hatten mit den bestehenden Zuständen.

Genosse Heine, der nunmehr zum Wort kam, nagelte das klägliche Mißverhältnis der großen liberalen Worte zur liberalen Tatbereitschaft gebührend fest und deckte im Laufe der Debatte auch Herrn Biemer zu, als dieser sich erkühnte, der Sozialdemokratie zuzurufen: Sie brauchen wir nicht! Heine hielt dann dem Kanzler vor, daß er in seiner Rede die Casablanca-Affäre vollständig übergegangen hätte, trotzdem gerade daran sich die ganze Unfähigkeit der deutschen Diplomatie gezeigt habe. Seine psychologische Zergliederung des Kaisers erregte sichtlich Unbehagen auf den Bänken der Konservativen. Man sah Herrn v. Oldenburg zur Wortmeldung eilen. Das Hauptgewicht legte auch Heine, wie vorher Singer, auf den Nachweis, daß alle die Redereien nichts nützen, daß konstitutionelle Garantien geschaffen werden müßten, indem man die Nachmittel des Reichstages gerade im gegenwärtigen Augenblick rücksichtslos ausnütze.

Aber auch dieser Appell an den Reichstag, sich aufzurufen aus der schlaffen Haltung nörgeleuder Philistierhaftigkeit zu wirklichen Taten, blieb ohne Widerhall. Was nun kam, war nur noch eine Possie. Heines Kritik der Diplomatenunfähigkeit hatte den neuen stellvertretenden Minister des Auswärtigen, Herrn v. Riederlen-Wächter, zum Reden verlockt. Mit vergnügten Kruglein zwischen seinen

weilichen Speckbäden herausblinzelnd, hatte er bisher die Verhandlungen wie ein Gourmand genossen; sein Debut zeigte, daß er den Anforderungen, die sogar dieser Reichstag an einen Minister stellt, absolut nicht gewachsen war. In dieser Situation, in der das ganze Regierungssystem und seine Hauptträger am Pranger standen, brachte er es fertig, von der Ueberbürdung des Auswärtigen Amtes, von der stetig wachsenden Zahl seiner Aktenbündel zu reden. Als er schließlich zu der längst prophezeiten Forderung einer Vermehrung der Beamten kam, erledigte das Haus Herrn v. Riederlen-Wächter, den offenbar sehr trinkfesten und lebenslustigen Jugend- und Tischfreund Kaiser Wilhelms mit einer Lachsalbe.

Dieser modernisierte Falstaff gilt nun aber für einen Musterdiplomaten. Da kann man sich eine lebhaftere Vorstellung von der Durchschnittsqualität dieses ornamentalen Weiwerts kapitalistischer Staatswesen machen.

Nach dem amtierenden produzierte sich ein emeritierter Diplomat, Herr v. Dirksen, in womöglich noch kompromittierter Weise. Dieser Vizepräsident des Reichsverbandes fand es für gut, gegen die Sozialdemokratie mit den ältesten und verbrauchtesten Ladenaßern aus dem Verbandsarsenal loszugehen. Selbst den eifrigsten Patrioten wurde übel zu Mute, als er „das persönliche Regiment Nebels und Singers“ und angebliche Beleidigungen der Königin Luise, die Herr v. Dirksen als „Heilige“ verehrt, mit zehnkilometriger Jungengeschwindigkeit abspulte. Ihm sekundierte Herr v. Oldenburg-Jamischau, der zunächst einen vernünftigen Blick zur Sozialdemokratie herüberschleuderte, um dann sich in der Vereuerung zu überschreien, daß er und seine konservativen Freunde für ihren Kaiser und König eintreten würden bis zum letzten Atemzuge. Sei es die furchtbare Anstrengung bei dem patriotischen Streifen, oder war es Bewunderung seiner eigenen Königstreue in solcher Zeit — aber Tränen standen dem edlen Junker in den Augen, als er stolz vom Podium herunterstapfte.

Mit solcher Farce endete die große Aktion gegen das persönliche Regiment!

Tiefe Verachtung für Deutschland, daß sein Reichstag sich nicht aufzuspielen vermochte, zu irgendeiner energischen Tat gegen das persönliche Regiment, mühte eigentlich jeder empfinden, der unserem Volke angehört. Aus ganz Deutschland hallte es dem Reichstage zu:

O, wag es doch, nur einen Tag,
Nur einen, frei zu sein!

Nicht einen Augenblick hat die Volkvertretung in ihrer Mehrheit begriffen, was auf dem Spiele steht. Es brauchte gar nicht einmal die Gesamtheit des Reichstages sein, — hätte nur eine Mehrheit, vielleicht mit Ausschluß der beiden konservativen Gruppen, sich zusammengefunden zum Kampf gegen den Absolutismus, gegen Bürokratie und Junker, binnen kurzer Zeit hätte sie über den Widerstand dieser innerlich völlig vermorschten Mächte triumphiert. Die Sozialdemokratie hat es nicht daran fehlen lassen, den Vertretern des Bürgeriums die Wege zu weisen und sie vorwärts zu treiben. Vergebens!

Für die Sozialdemokratie hört damit, daß das Bürgerium abermals verlagert hat, der Kampf gegen den Absolutismus nicht auf. Es beginnt vielmehr eine neue Phase. Werden wir im Stiche gelassen von denen, die in erster Reihe zu diesem Kampfe berufen waren, so werden wir allein ihn weiterführen. Werden der Partei doch in diesem Kampfe selbst so die Kräfte wachsen, daß sie ihn siegreich zu Ende führen kann gegen Hofgefinde, Junker und Bureaukraten und auch gegen das Bürgerium, wenn es wieder in alter Anständigkeit sich zum Handlanger des persönlichen Regiments herabwürdigen sollte.

Das neue Befoldungsgezet für Reichsbeamte.

Dem Reichstage ist, wie wir bereits meldeten, die Gesetzesvorlage über die Gehaltsveränderungen der Reichsbeamten zugegangen. Sie enthält folgende wesentliche Bestimmungen:

Bei allen Angestellten des Reichs wird das Mindestgehalt auf 1000 M. festgesetzt. Es steigt bis 1200 M. für Sachwörter, Nachtwächter und für die Unterbeamten der Post- und Telegraphenverwaltung, bis auf 1500 M. bei Schaffnern und Beamten, Schirzmännern, Portiers und Bahnsteigschaffnern. Von 1100 bis 1600 M. erhalten Magazinwächter, Bureauclenker, Totenwärter, Kosernenwächter, Futtermeister; ferner Tafelbeder, Badewärter, Kirchenbedier, Gärtner, Schulwärter usw. Von 1100 bis 1600 M. steigen Kottensführer, Weichensteller und Wagenwärter. Von 1200 bis 1700 M. erhalten Votennmeister, Unterbeamte der Deeres- und der Racineverwaltung, Fabelarten- und Steinbrücker, Magazinwächter, Lokomotivbeizer usw. 1800 bis 1400 M. Gehalt bekommen Post- und Telegraphengehilfen, Weichensteller; 1400 bis 2000 M. Kanzleidiener und Türhüter beim Reichstag, sowie Votennmeister usw. bei den obersten Reichsbehörden, Oberaufseher in Staatsanstalten, Postunterbeamte in gehobenen Dienststellungen, Wagenmeister und Bahnhofsaufseher. Bis 2000 M. erhalten Jungführer und Oberpostmeister bei den Reichseisenbahnen. 1500 bis 2100 M. erhalten Waffnenmeister, Regimentsfaktel und Säßnenmacher, 1650 bis 2300 M. erhalten

Raschisten beim Reichstage und bei anderen Reichsbehörden, Schleusenmeister, Mühlenmeister, Spritzenmeister usw. 1400 bis 2400 M. die Lokomotivführer bei den Reichseisenbahnen, die Posten beim Kanalamt, Steuerleute und Maschinisten; 1500 bis 2000 M. bekommen die Förster und Waldmeister der Forstverwaltung. 1400 bis 2800 M. bekommen Mechaniker und Maschinisten, 1650 bis 3000 M. erhalten Kanalarbeiter, Kanalmeister, Kanalisten beim Kanalamt und sonstigen Reichsanstalten. 1800 bis 3200 M. Kanzleisekretäre, Vaggenmeister, Hafenmeister. 2100 bis 3200 M. Oberbetriebläre. 2500 bis 3200 M. Obermaschinisten, Kupferstecher, Lithographen, Photographen, Revisoren und Wertinspektoren, 1850 bis 3300 M. technische Sekretäre, Werkstättenvorsteher, Stabsapotheker, Marineapotheker, Wasserwerksinspektoren, Oberpost- und Telegraphenassistenten, Postassistenten, Postverwaltungs- betriebssekretäre. 1800 bis 3300 M. Sekretariatsassistenten beim Schiffsvermessungsamt und beim Statistischen Amt. 1800 bis 3600 M. Zeichner und Vermeister beim Kanalamt, Militär- kaussekretäre. 2000 bis 3600 M. Inspektoren bei den Verpflegungs- ämtern, Bekleidungsämtern usw.

2100 bis 3600 M. Registratoren und Zeichnungen- verwalter, ferner Sekretäre der Generalmilitärkasse und Werft- betriebssekretäre. 2600 bis 3600 M. Oberlofen und Werkstätten- vorsteher beim Luftschiffbataillon. 1800 bis 4200 M. Rektoren, Elementarlehrer, Organisten und Gesangslehrer der Deeres- und Marineverwaltung. 2000 bis 4000 M. Bahnhofsvorsteher, Bahn- meister I. Klasse und Vermeister der Eisenbahnverwaltung. 2700 bis 4100 M. Intendanturassistenten. 2500 bis 4200 M. Marine- Oberzahnmeister und Zahnmeister. 2400 bis 4400 M. Kanzleisekretäre bei den Reichsämtern. 1800 bis 4500 M. Militärgerichts- schreiber. 2100 bis 4500 M. Obergärtner, Kalkulatoren, Ober- sekretäre, Festungsoberassistenten, Oberbahnhofsrichter usw. 2600 bis 4400 M. Oberpostpraktikanten. 2700 bis 4500 M. Stabsapo- theker. 3000 bis 4500 M. Oberinspektoren, Oberpostassistenten und Hauptkassierer. 2700 bis 4500 M. Landmesser und Chemiker der Eisenbahnverwaltung. 3600 bis 4800 M. Buchhalter, Men- danten und Archivar. 2100 bis 4500 M. Bureauvorsteher, Kanzlei- sekretäre beim Reichsamt des Innern. 2500 bis 5000 M. Post- und Telegrapheninspektoren und Hilfsreferenten bei den Oberpost- direktionen. 3200 bis 5000 M. 2. Armeekorpsinspektoren und Konstruktionssekretäre bei den Werften. Ferner Oberstabs- und Stabsveterinäre, Proviantmeister, Betriebsinspektoren, Ober- meister und Reudanten bei den Werften. 4400 bis 5500 M. Ad- ministratoren bei den Remondepöten. 4500 bis 5500 M. Marine- Stabszahnmeister. 3000 bis 6000 M. Militär- und Marineparrer, Oberpostinspektoren, Post- und Telegraphendirektoren bei kleineren Remtern. 4500 bis 6000 M. Korpsstabsveterinäre, Kassierer bei den Oberbuchhalterei, Postkommandeure usw. 3000 bis 6600 M. Registratoren, Kalkulatoren und Stenographen beim Reichstag, geheime Kanzleisekretäre und Telegrapheningenieure.

Ferner werden die Gehälter der höheren Reichsbeamten und der Angestellten des diplomatischen und des militärischen Dienstes wesentlich erhöht.

Interessieren dürfte unsere Leser vornehmlich die Erhöhung der Offiziersgehälter. Sie belaufen sich: für Leutnants vom 1. bis 4. Jahre auf 1800, bis zum 8. Jahre auf 1800, vom 9. Jahre ab 2100 M.; für Assistenten und Oberärzte vom 1. bis 2. Jahre auf 1500, 3. bis 4. Jahre auf 1800, vom 5. Jahre auf 2100 M.; Zeug- und Feuerwerksleutnants und -oberleutnants erhalten 2000, 2400 und 2800 M. in den gleichen Zeiträumen wie bei dem Leutnant. Die Hauptleute, Rittmeister und Stabsärzte beziehen vom 1. bis 4. Jahre 3400 M., vom 5. bis 8. Jahre 4000 M., vom 9. Jahre ab 5100 M.; die Bataillionskommandeure 6552 M., die Regiments- kommandeure 8772 M., die Brigadekommandeure 10 260 M. und 900 M. Zulage, kommandierende Generale 13 980 M. und 18 000 Mark Zulage.

Bei der Marine sind die Gehälter entsprechend, doch erhalten die Subalternoffiziere ihre Gehälter nicht nach Jahren, sondern nach Prozentziffern, 1500 M. (also 30 Proz.), 1800 M. (auch 30 Proz.), 2100 M. (40 Proz.).

Untersoffiziere mit bis 5 1/2-jähriger Dienstzeit sollen erhalten: 802,40 M., mit längerer Dienstzeit 475,20 M.; Bizefeldwebel und Bizewachtmeister, Sergeanten und Unteroffiziere nach 9-jähriger Dienstzeit 665,20 M.; Feldwebel und Wachtmeister 745,20 M.; Unterbetriebläre 1206 M. Untersoffiziere, die besondere Stellen einnehmen, z. B. als Unterzahnmeister, Schirmmeister, Waldmeister, beziehen Gehälter bis zu 2154 M. Von einer besseren Be- zahlung der Soldaten ist in der Vorlage nichts enthalten.

Zu den Gehältern kommen noch die Wohnungsgeldzuschüsse. Es sind 6 Ortsklassen geschaffen. In Ortsklasse A bezieht sich der Wohnungsgeldzuschuß von 480 bis 2250 M., B: 360 bis 1800 M., C: 240 bis 1350 M., D: 220 bis 1080 M., E: 150 bis 900 M.

Diplomatie und Volk.

Paris, 9. November. (Fig. Ver.)

Sicherlich ist die Verbosität, die in den letzten Tagen alle Klassen des französischen Volkes ergriffen hatte, durch skrupellose Sensationsjournalisten und Bediente von Wärsenken gesell- lich geizigert worden. Aber möglich war sie nur durch das Mißtrauen, das gegen die deutsche Diplomatie nun einmal besteht. Hier will kein zurechnungsfähiger Mensch einen Krieg, aber Tatsache ist, daß man mit der Möglichkeit sehr ernst gerechnet hat. Man hat sogar an die Strukturen in manchen Staaten den patriotischen Appell gerichtet, zum baldigen Marsch an die Grenze bereit zu sein. Dank der Unberechenbarkeit der kaiserlichen Politik und der Gefügigkeit des Reichstages konnte

dieses Gefühl der Unsicherheit Wurzel fassen. Die landläufigen Vorstellungen der Franzosen von Deutschland zählen das deutsche Volk gar nicht als einen mit Willen begabten Faktor, sondern nur als gefügiges Instrument der Regierung. In den letzten Tagen ist nun allerdings eine gewisse Wandlung in dieser Meinung eingetreten, aber immerhin hielt man einen Verzicht auf die Balkan- und des Kaisers in allen Kreisen für möglich.

Es ist bemerkenswert, daß eine Anzahl auch bürgerlicher Blätter bemüht ist, eine ruhigere Auffassung zu verbreiten. Zugleich erhebt sich aber die Forderung immer stärker, daß auch die französische Diplomatie von ihrer Geheimtuererei ablasse und die Aufregung des Publikums nicht durch barocke Verschönerungen und plötzlich nachfolgende halbe Enthüllungen steigere. Was man hier bisher von dem ganzen diplomatischen Meinungsaustausch über die Affäre von Casablanca erfahren hat, schließt jedes sichere Urteil aus und im Lichte der Berichte über die strittigen Beweisformeln erscheint der ganze Handel als ein für beide Teile kompromittierendes Chinesentum. Im „Stiele“ schreibt der ehemalige Minister Lanessan: „Zurückgeblieben (von der Unruhe) ist nur ein unzweifelhaftes Mißvergnügen über das Verfahren der Diplomatie. Und diese Verstimmung hat sich noch verschärft, als man die Diplomaten ganze Tage über die Diskussion von Formeln verließen sah, deren Nützlichkeit um so deutlicher hervortrat, je mehr man ihnen Feiertagsruhe verleihen wollte. Das große Publikum, die Leute, die arbeiten und nicht auf der Börse spekulieren, finden diese Manieren recht sonderbar. Sie beginnen, sich zu sagen, daß in Europa zum ersten Mal für die Diplomaten und zu wenig für die Völker da ist.“ Ueber das selbe Thema spricht sich auch Laurès in der heutigen „Humanité“ aus. Er legt dar, daß es im Augenblick nicht klug wäre, die Frage auf der Kammertribüne zur Sprache zu bringen und unvorsichtige Manifestationen eines schlecht unterrichteten, aufgeregten Parlaments hervorzurufen — worauf übrigens jetzt eben die noch einer inneren Krise aussehenden Reaktionen zu spekulieren scheinen. „Wir werden indes darüber wachen“, fährt Laurès fort, „daß sich die (auswärtige) Krise nicht bis zur äußersten Gefahr entwidelt. Aber sobald sie gelöst sein wird, muß eine neue Politik, eine neue Diplomatie eingesetzt werden. Die wirkliche Kontrolle der Nation muß organisiert werden. Wir, die wir (zum Unterschied von Deutschland) die Form der nationalen Souveränität besitzen, müssen diese Form mit einer Substanz erfüllen, aus diesem Schein eine Wahrheit machen.“

Man sieht hier von unserem Genossen die Aktion vorgezeichnet. Die den nationalen Sektionen der Internationale in ihren Ländern obliegt. Sie haben ihre Regierungen mit sozialistischen Argumenten, nicht mit Anleihen beim Rationalismus des Auslandes, zu kritisieren und die Kontrolle der Demokratie über die auswärtige Politik zu erobern, welche heute überall Interessen dient, die nicht die der arbeitenden Klassen sind. Diese klar durchgeführte Taktik, bei der die französischen Genossen mit Zureden auf die entsprechende energische Parallelektion der deutschen Sozialdemokratie rechnen, schließt es aus, daß die Kritik der ausländischen Sozialisten von der Bourgeoisie und der Regierung gegen die des Inlandes ausgespielt werden kann.

## Die Lehren von Leubus.

Ein Volljähriger, der nicht unter Vormundschaft steht, kann einen Pfleger für seine Person und sein Vermögen erhalten, wenn er infolge körperlicher Gebrechen, insbesondere weil er taub, blind oder stumm ist, seine Angelegenheiten nicht zu besorgen vermag.

Vermag ein Volljähriger, der nicht unter Vormundschaft steht, infolge geistiger oder körperlicher Gebrechen einzelne seiner Angelegenheiten oder einen bestimmten Kreis seiner Angelegenheiten, insbesondere seine Vermögensangelegenheiten nicht zu besorgen, so kann er für diese Angelegenheiten einen Pfleger erhalten.

Die Pflegschaft darf nur mit Einwilligung des Betroffenen angeordnet werden, es sei denn, daß eine Verhängung mit ihm nicht möglich ist.

Die vorstehenden drei Absätze, die wir — gleichsam als Motto — an die Spitze unseres Epitaphs zum Schneid-Verfahren stellen, bilden den § 1910 des Bürgerlichen Gesetzbuches, das bekanntlich fürs ganze Deutsche Reich gilt, oder richtiger: gelten soll. In seinem interessanten Plaidoyer hat Dr. Halpert, Schneid-Verteidiger, bewiesen, daß man in Weuthen, in Leubus, in Schlesien die Schutzbestimmungen des § 1910 nicht zu beachten für nötig hält, ja mehr noch: er hat glaubhaft gemacht, daß man in Deutschland überhaupt die Reichswohlthaten, die jener Gesetzesparagrafen den Pflegschaftskandidaten angeheben lassen will, bisher in der Irrenprovinz wenig oder gar nicht beachtet.

Der Staatsanwalt, der alle Angriffe, die Schneid erhoben hatte, für abgelehnt hält, der Staatsanwalt, der kein Fehl an der schlesischen Provinzialverwaltung, an irgendeinem der beamteten Weuthener oder Leubuser Ärzte zu entdecken vermochte, der Staatsanwalt, dem die Beachtung von Ministerialerlassen, Reglements und dergleichen Krimskrames wichtiger zu sein scheint als die Beachtung des Gesetzes, er mußte doch zugeben, daß bei der Einleitung der Pflegschaft wider Lubek in der Tat die gesetzlichen Bestimmungen nicht beachtet worden sind, ja — der Herr Staatsanwalt ging soweit, anzudeuten, daß der Weuthener Amtsrichter, dem der grobe Verstoß gegen den § 1910 des Bürgerlichen Gesetzbuches zu Lasten fällt, unter Umständen gar haftpflichtig gemacht werden könnte! Und da wir gerade beim Staatsanwalt sind: er sprach über die Privat-Irrenanstalten ungefähr in derselben Weise, in der Kreisphysikus Medizinalrat Dr. Koch aus Weuthen diese Institute — wir haben darauf mit Nachdruck hingewiesen — bewertet hatte!

Wie die Behörden sich übrigens einen „guten Prozeß“ zu sichern wissen, das legte der Angeklagte deutlich dar: Es treten nicht die beleidigten Ärzte der Leubuser Anstalt als Kläger oder Nebenkläger auf, sondern ihr Vorgesehter, der Landeshauptmann von Schlesien, stellt den Strafantrag. Weichen Effekt erzielt er damit? Die beleidigten, die interessierten Beamten, sie können unpfählig eidlös ausgesagen, sie befanden sich also in einer dermaßen günstigen Position, daß schon Reichen und Wunder geschehen müßten, wenn der Pflegsünder durch die Wucht dieser Säwille nicht erdrückt werden sollte.

Dah die Verteidigung sich kein pharisaisches Sachverständnis anmaßte, das verweist sich von selbst. Es hätte ihr auch wenig genügt. Aber nicht übel war die Wippe und doch auch erste Bemerkung des Dr. Halpert: daß die vielbesprochenen halbtägigen und längeren Dauerüber allerdings eine „wohltuende“, eine „beruhigende“ Wirkung haben dürften; wenn nicht auf die Geisteskranken oder nicht auf alle Geisteskranken, so doch auf alle Irrenärzte und alle Irrenpfleger, die sich auf die einfachste Manier von der Welt die Last mit einem Schock unruhiger Geisteskranker vom Hals zu schaffen wissen.

Man sieht nach allem: die Forderung, die Schneid, die Forderung, die Schneid, die Forderung, die bei gegebener Gelegenheit in den Parlamenten schon früher sozialdemokratische Abgeordnete des öfteren gestellt haben, sie trägt ihre Vollberechtigung in sich selbst: dem berühmten „diskretionären Ermessen“ (das Dr. Halpert mit dem Worte Willkür übersetzte), dem diskretionären Ermessen irgendwelcher Reichs-, Staats- oder Kommunalbeamten muß auch auf dem Gebiete der Irrenpflege sobald wie nur irgend möglich das Totenglocklein gesätet werden.

Schneid ist zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt worden — eine Strafe, die der sehr hohen Vorlesung als milde bezeichnete. Wir wollen mit ihm herüber und über dies und jenes andere nicht rechten. Muß dem Herrn Landgerichtsrat Spetiuscher doch ein nicht geringer Teil des Verdienstes zugesprochen werden dafür, daß es gelungen ist, in den vier Tagen des Prozesses eine Reihe von Feststellungen zu machen, deren Wichtigkeit im Kampfe um die Reform des Irrenwesens sich über kurz oder lang mit genügender Deutlichkeit ergeben wird.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. November 1908.

### Was Wilow „glaubt“!

Die „Kreuz-Zeitung“ beruft sich heute auf die Aeußerungen Wilows über den kaiserlichen Vorenkriegsplan zum Beweise dafür, daß die Darstellung des im „Daily Telegraph“ veröffentlichten Interviews eine völlig irreführende gewesen sei. Die Wesart von dem Kriegsplan falle „in das Kapitel der Mißverständnisse“. Wir müssen dieser bewußten oder unbewußten Täuschung der Öffentlichkeit denn doch energisch entgegen treten!

Wilows Erklärung lautete nach der „Kreuz-Ztg.“, die offenbar den stenographischen Bericht zitiert, folgendermaßen:

„Es handelt sich nicht um einen ausgearbeiteten, detaillierten Feldzugsplan, sondern um rein akademische Gedanken; sie waren ausdrücklich, wie ich glaube, als Aphorismen bezeichnet über die Kriegsführung im allgemeinen, die Se. Majestät der Kaiser in dem Briefwechsel mit der verwitweten Königin Viktoria ausgesprochen hat. Es waren theoretische Betrachtungen ohne jede praktische Bedeutung für den Gang der Operationen und für den Ausgang des Krieges.“

Weiter erklärte Wilow, daß sowohl der Chef des Generalstabs, General v. Moltke, wie sein Vorgänger, Graf Schlieffen, erklärt hätten, daß der Generalstab niemals einen Feldzugsplan oder eine ähnliche auf den Vorenkrieg bezügliche Arbeit des Kaisers geprüft oder nach England weitergegeben habe.

Diese letztere Feststellung des Fürsten Wilow war nicht neu. Bereits die „Mil. Pol. Kor.“ hatte erklärt, daß die Leiter des Generalstabs mit einem Kriegsplan gegen die Vuren nichts zu tun gehabt hätten. Dagegen, so versicherte die „Mil. Pol. Kor.“, halte man es „in militärisch gut unterrichteten Kreisen“ für sehr möglich, daß der General v. Moltke oder der General v. Beseler, der zu jener Zeit Oberquartiermeister im Generalstabe war und oft zum Kaiser befohlen wurde, einen solchen kaiserlichen Entwurf begutachtet habe. Die betreffende Korrespondenz sagte noch folgende positive Mitteilung hinzu:

General v. Beseler, jetzt Generalinspekteur des Ingenieur- und Pionierkorps und der Festungen, hat auch in jenem Winter des Jahres 1900 mehrfach Kriegsspiele geleitet, die auf dem damals allerdings noch ziemlich primitiven sudafrikanischen Wege und Geländefaktorenmaterial gespielt wurden und tatsächliche kriegsmäßige Annahmen aus dem englischen Feldzug gegen die beiden Vurenrepubliken zur Grundlage hatten.“

Fürst Wilow hätte also auch die Mitteilungen über die Mitwirkung der Generale von Moltke und von Beseler deabzuwehren müssen, wenn er den Eindruck der Wahrheitsliebe für seine Behauptung erwecken wollte, daß es sich um keinen Kriegsplan, sondern nur um „rein akademische Gedanken“, um „allgemeine Aphorismen“ gehandelt habe. Im übrigen war ja der Reichszentralrat selbst so vorsichtig, dieser Darstellung der Dinge ein „wie ich glaube“ hinzuzufügen! Der Reichszentralrat hat es also nicht für notwendig erachtet, sich eine genaue Kenntnis der Vorgänge zu verschaffen. Offenbar nur, um eine so harmlose Darstellung geben zu können!

Daß der Glaube des Reichszentralrats ein gutgläubiger Wahn ist, ergibt sich ja zu allem aus den Aktenstücken selbst. Das Interview des „Daily Telegraph“ sprach nicht nur von einem Kriegsplan, der mit Hilfe der deutschen Generalität ausgearbeitet worden sei, sondern auch davon, daß dieser Plan eine große Ähnlichkeit mit dem gehabt habe, nach dem Feldmarschall Roberts bald darauf in Südafrika seine Aktionen eingerichtet habe! Und der Wortlaut dieses Interviews hat doch dem Kaiser selbst, also dem sachkundigsten Beurteiler selbst vorgelegen! Denn nach der Erklärung der „Norddeutschen Allgem. Zeitung“ war es ja der Kaiser selbst, der den Wortlaut des im „Daily Telegraph“ veröffentlichten Interviews dem Fürsten Wilow zur Prüfung überlieferte. Natürlich nur zu einer Prüfung der politischen Gefährlichkeit oder Ungefährlichkeit. Denn den tatsächlichen Inhalt konnte ja nur Wilhelm II. auf seine Wichtigkeit hin kontrollieren, wie er ihn ja zweifellos auch geprüft und für richtig befunden hat! Dieser kaiserlichen Mitbestätigung der Wichtigkeit der Darstellung des Interviews gegenüber überhat also das „Wie ich glaube“ dem Fürsten Wilow auch nicht einmal das Gewicht einer Pfaufeder! Alle Versuche des Reizens der Wirklichen, wenn auch noch so peinlichen Tatsachen beweisen also nur das eine, daß man die Politik der plumpen Täuschung auch nach der letzten diplomatischen Katastrophe ungeniert fortzusetzen wagt! —

### Stadtverordnetenwahlen in Frankfurt a. M.

Frankfurt, den 10. November.

Am Donnerstag, den 12. November, finden in Frankfurt a. M. die Wahlen zum Stadtparlament statt. Ein Drittel der Stadträte scheidet alle zwei Jahre aus der Stadtverordnetenversammlung aus. Von den 22 Mandaten, die diesmal neu zu vergeben sind, hatten die Demokraten 13, die Freisinnigen 2, die Nationalliberalen 6 und das Zentrum einen Sitz inne. Drei größere Parteigruppen stehen sich gegenüber und kämpfen um die Mandate: die Sozialdemokratie, die Liberalen und die Mittelständler.

Auf der Kandidatenliste der Mittelständler stehen auch die Namen von zwei Demokraten, zwei Nationalliberalen und vier Zentrumskandidaten. Die Demokraten, Freisinnigen und Nationalliberalen bilden, wie bei den letzten Wahlen, wieder ein bürgerlich-liberales Kartell. Ihre Liste enthält: 13 Demokraten, 6 Nationalliberale und 4 Freisinnige. Die Nationalsozialisten, die den Demokraten bei der Reichstags- und Landtagswahl treue Wähler leisteten und denen ursprünglich zwei Mandate zugesichert wurden, sind auf der Liste leer ausgegangen. Sie setzten deshalb eine Resolution, in der sie „aufs äußerste mißbilligen, daß der nationalsozialistische Wahlverein trotz ungenügender und aufopferungsvoller Mitarbeit bei allen Reichstags-, Landtags- und Stadtverordnetenwahlen von linksliberaler Seite bei der Aufstellung der Kandidaten nicht zugezogen worden und sein Anspruch

auf Ueberlassung eines ausfächtreichen Stadtverordnetenmandats von linksliberaler Seite abgelehnt worden ist“. Trozdem littet der Nationalsozialistische Verein seine Mitglieder, sich bei Abgabe ihrer Stimmen bei den Wahlen nicht von persönlicher Bestimmung, sondern ausschließlich von sachlichen Erwägungen leiten zu lassen. Er fordert sie deshalb auf, „für die linksliberalen Kandidaten, als die politisch nächstliegenden zu stimmen“.

Die Sozialdemokratie zieht mit guten Hoffnungen in den Wahlkampf. Sie hat dieses Mal keine Siege zu verteidigen, sondern nur zu erobern. Am ausfächtreichsten für die sozialdemokratische Partei sind die Wahlen in Bornheim und Wodenheim. In beiden Bezirken siegten bei der letzten Wahl vor zwei Jahren unsere Kandidaten. In Wodenheim schon bei der Hauptwahl, in Bornheim bei der Stichwahl. In letzterem Bezirk scheidet 3 Stadtverordnete aus — zwei Demokraten und ein Nationalliberaler, in Wodenheim ein Demokrat und ein Freisinniger. Der Kampf ist in beiden Bezirken ein sehr hartnäckiger und heißer; doch ist zu hoffen, daß die sozialdemokratischen Kandidaten schon in der Hauptwahl die Mandate erobert. Sehr günstig ist die Situation für unsere Partei auch in Niederrad. Es ist demnach wahrscheinlich, daß die sechs Stamm starke sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion durch die Wahlen nicht unwesentlich vergrößert wird. —

### Wahlrechtsänderung in Oldenburg.

Dem Oldenburger Landtage ist wieder der Wahlgesetzentwurf zugegangen. Das betreffende Gesetz, das eine Änderung des Staatsgrundgesetzes bedingt, muß nämlich von zwei aufeinander folgenden Landtagen beschlossen werden. Den letzten Landtag hat es bereits beschäftigt. In der bei Eröffnung des gegenwärtigen Landtages verlesenen Thronrede beauftragte die Regierung einige „durch die früheren Verhandlungen notwendig gewordene Änderungen“ vor. Nach dem vorliegenden Entwurf sollen statt der bisherigen zehn insgesamt 22 Wahlkreise gebildet werden. Die Wahlkreisgeometrie soll sich an die bestehenden Kreise anlehnen, nur die beiden zum Großherzogtum gehörigen Fürstentümer Läger und Virdenfeld sowie die Kreise Nürtingen und Wehde sollen geteilt werden. Die mit der Einwohnerzahl steigende Abgeordnetenzahl, wie sie im jetzigen Gesetz auf der Grundlage von 10 000 Einwohnern für jeden Abgeordneten besteht, soll dauernd festgelegt werden, und zwar beabsichtigt der Entwurf, ein für allemal die Bevölkerungsziffer der Volkszählung von 1905 zugrunde zu legen. Infolgedessen würde die Zahl der Abgeordneten stets 48 betragen. Als zwanzig Jahre soll eine Neueinteilung der Wahlkreise vorgenommen werden. Im übrigen sieht der Entwurf, wie auch der vorjährige, eine dreijährige Karenzzeit für die Wahlberechtigung und eine fünfjährige Legislaturperiode vor. Dagegen soll die Ausübung des Wahlrechts nicht mehr an die Staatsangehörigkeit geknüpft werden; auch ist der Kreis der Wahlberechtigten nicht unerheblich erweitert. Die von einem Teil des Landtages im Vorjahre geforderte Wahlpflicht lehnt der Entwurf ab. Das Wahlrecht selbst soll direkt anstatt wie bisher indirekt ausgeübt werden.

### Auslandsstimmen über die Wilowrede.

Der „Daily Telegraph“ weist heute auf das energischste den Versuch Wilows, die richtige Wiedergabe der kaiserlichen Aeußerungen in Zweifel zu ziehen, zurück. Das Blatt erklärt, es hätte dafür gefordert, daß ein so wichtiges Dokument nicht in die Welt hinausgeschickt werde ohne die strengsten Vorkehrungen dafür, daß der Kaiser die Veröffentlichung wünsche und daß der Inhalt den Ansichten des Kaisers entsprach. Als Fürst Wilow gestern im Reichstag erklärte, im Bericht des „Daily Telegraph“ keinen Ungenauigkeiten vor, habe er wohl vergessen, daß das Dokument den amtlichen Erlaubnisempfehlung, als es von Deutschland in die Redaktion des „Daily Telegraph“ zurückkam. Merkwürdig sei auch die Behauptung des Fürsten Wilow, daß der Kaiser keinen Feldzugsplan gegen die Vuren ausgearbeitet habe, sondern nur „Aphorismen“. Das Blatt fragt: „Wie stimmt diese Angabe mit der Erklärung überein, daß die Beamten des Auswärtigen Amtes den Bericht auf seine historische Wichtigkeit geprüft haben?“

Die Rede Wilows findet im Auslande überwiegend ungünstige Kritik. Der „Standard“ meint, daß alles beim alten bleibe. Die Dohnaht des Parlaments sei offenkundig geworden gegenüber einem energischen Kaiser und einem Kanzler, der eingeschlossen ist, den Kaiser zu unterstützen. Etwas optimistischer urteilen die französischen Blätter. So sagt der „Figaro“: „Es wäre verfrüht, zu behaupten, daß sich etwas geändert habe, aber offenbar ist etwas im Begriff, sich zu ändern. Die öffentliche Meinung und der Reichstag übernehmen eine Rolle, die sie bisher nicht gespielt haben. Jene, die bisher schwiegen, reden heute und wagen zu verlangen, daß diejenigen, die bisher allein und gar zu oft sprachen, schweigen mögen. Das ist eine beachtenswerte und tiefgehende Revidierung, die nicht mehr aufzuhalten sein wird.“

Die „Humanität“ sagt: „Die letzten, zugleich tragischen und grotesken Tage sind geschichtliche Tage. Sie bedeuten den Bankrott der Diplomaten und Regierenden und eröffnen eine neue Ära der Völkerbeherrschung. Es hat den Anschein, als wolle die europäische Menschheit ihre Angelegenheiten in die eigene Hand nehmen, es bedeutet vielleicht den Regierungsantritt der Regierten.“

Wenigere Blätter geben der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Stellung Wilows doch auf die Dauer unhaltbar sei und er sich nach Schluß der parlamentarischen Session wird zurückziehen müssen.

### Freisinn und Wahlreform.

In der „National-Zeitung“ lesen wir: „Wie wir von subalternativer Seite hören, werden die Vorenarbeiten für die preussische Wahlreform im landesstatistischen Amt tunlich beschleunigt. Die Einplanung der Wahlziffern nach den vom Minister des Innern angeordneten Gesichtspunkten dürfte demnächst beendet sein. Es wird allgemein angenommen, daß das Gesetz über die Abänderung des preussischen Wahlrechts im Herbst 1910 vor den Landtag gelangt.“

Nach dieser Verhütungspitze der „National-Zeitung“ sollen wir also auf den preussischen Wahlreformgesetzentwurf „nur“ noch zwei Jahre zu warten haben! Da die „National-Zeitung“ diese Meldung ohne jeden Kommentar durch Sperrdruck wiedergibt, scheinen sich die Herren Nationalliberalen mit dieser Verschleppung der Wahlreform bereits vollständig abgefunden zu haben. Man hofft offenbar, daß nun auch der Freisinn infolge der „unlichsten Verschleppung“ der Vorenarbeiten und der für 1910 in Aussicht gestellten Vorlage alle Forderungen zurückstellen und der verheißenen Wahlreform geduldig entgegenharren wird.

Sache der entretretenen Waffnen ist es, dem Freisinn mit dem denkbar größten Nachdruck klarzumachen, daß die preussischen Heloten gar nicht daran denken, auch „nur“ zwei Jahre zu harren, bevor ihnen in Gestalt eines offiziellen Wahlgesetzentwurfes die abermalige Verschleppung dessen zuteil wird, daß die Regierung gar nicht an eine

nach nur halbwegs ernsthafte demokratische Wahlreform denkt! —

### Ehrenheld Peters.

In der „Münchener Post“ lesen wir: Aus Köln geht uns von Herrn Rechtsanwält Hälz eine Beschränkung gemäß des § 845 der Zivilprozessordnung zu, der zu entnehmen ist, daß der kaiserliche Reichskommissar a. D. Dr. Karl Peters die Kosten in seinem Verteidigungsprozeß gegen die „Kölnische Zeitung“, in dem Peters unterlegen ist, nicht bezahlt hat. Die Herren Redakteur Bräggemann und Gouverneur a. D. v. Vernigien haben von Dr. Peters die Wiederstattung der ihnen erwachsenen Kosten und Auslagen im Betrage von 3508 M. 39 Pf.

nicht beizutreiben vermocht, da von Dr. Peters eben nichts zu holen ist. Sie haben daher durch ihren Rechtsbeistand unseren verantwortlichen Redakteur benachrichtigt, daß sie alle Forderungen des Peters, die aus Erstattung von Prozeßkosten und Auslagen in dem Verteidigungsprozeß Dr. Peters kontra „Münchener Post“ herrühren, auf Grund einer vollstreckbaren Ausfertigung des Kostenfestsetzungsbeschlusses des Schöffengerichts Köln pfänden lassen werden.

Dr. Peters mit dem feinen Ehrgefühl verlegt also die ganze Welt wegen Verteidigung und zahlt, wenn er im Prozesse unterliegt, keine Kosten.

### Eine Stimme aus der Vergangenheit.

„Kur der Alerkurgstättigste kann sich heute noch einbilden, durch Adressen und dergleichen Zeug, durch die sogenannte Stimme des Volkes oder die sogenannte öffentliche Meinung sei irgend etwas gegen den Willen unserer Gottbegnadeten durchzusetzen. Worte, gesprochen oder geschrieben, mögen sie noch so schön, noch so mutig klingen, nützen gar nichts mehr, seitdem die Macht dem Volke aus den Händen gerungen ist und ganz allein bei den Gottbegnadeten ruht. Das muß dem Blinden klar sein. Wir müssen die verlorene Macht wieder haben — dorum handelt es sich allein. Die Macht aber ist nicht anders zu gewinnen, als durch den Kampf. . . .“

So eine Verfassung ist wahrhaftig das allerwenigste. Die Macht ist die Hauptsache und der Kampf, der sie uns verschaffen soll. Haben wir erst die Macht, dann wollen wir schon eine Verfassung bekommen, die sich gewaschen hat.“

(Aus der „Neuen Kölnischen Zeitung für Bürger, Bauern und Soldaten“, April 1849).

### Warnung vor Südwelt!

Aus dem Stabi-Minenbezirk erhalten wir folgende Zuschrift mit der Bitte um Veröffentlichung:

Schon seit längerer Zeit herrschen hier an der Stabi-Mine und Eisenbahngesellschaft Zustände, die wirklich das Interesse des Publikums erregen werden. An der Eisenbahn sowohl wie an der Mine sind mehr als die Hälfte der Handwerker, Streckenarbeiter und selbst ein Teil der höheren Beamten Nichtdeutsche. Es sind insofern und auch wegen der sonst hier herrschenden traurigen Geschäftslage (sowie Beise (Deutsche) ohne Stellung, daß z. B. Windhut, die Hauptstadt des Schuggebietes, voll davon ist. Die diese Leute ohne Erlaubnismittel und bei den hier herrschenden lauren Lebensmittelpreisen ihr Dasein fristen, können Sie sich vorstellen, und dabei kommt fast mit jedem in Stoopopmund anlangenden Dampfer noch Bezug aus aller Herren Länder an, der sich für geringen Lohn anbietet, was die Anwerbung älterer, hier ansässiger Landleute zur Folge hat. Namentlich an der Stabi-Eisenbahn und Minengesellschaft sind sehr viele Italiener, Spanier, Ungarn, Kroaten, Russen, Engländer, Holländer usw. angestellt, die meiner Ansicht nach als Arbeiter einem Deutschen an Tüchtigkeit und Kenntnissen nicht überlegen sind, jedoch durch Protektion von ihren Landesleuten, die sich in besseren Stellungen bei diesen Gesellschaften befinden, bevorzugt werden.

Hast jede Woche kommen Kündigungen, teils aus unbedeutenden Ursachen, teils aus Anträgen und Schwärzereien vor. Häufig haben solche Leute kaum 8—14 Tage gearbeitet und sind bei ihrer Entlassung nicht mal mit soviel Geld versehen, daß sie die von ihnen eingegangenen Schulden bei den Wirten und Geschäftslenten bezahlen können.

Nicht einmal ein Freifahrtschein wird ihnen gewährt und so können Sie fast alle Tage reisende Handwerksburschen die Strecke Stoopopmund—Krumm (576 Kilometer) heraus- und herunterziehen sehen, von denen ein Teil vielleicht noch gezwungen ist, sich unterwegs von den angelegten Eingeborenen ihr lautes Mittagessen zu erbitten!

Erst vor zwei Monaten wurde einem großen Teil der weichen Streckenarbeiter gekündigt. Es wurden dafür Schwarze angestellt. Auch in anderen Betrieben und beim Kaufmannstande herrscht hier ein großer Ueberfluß an Arbeitskräften, und stellungslöse Handlungskommiss sind hier stark vertreten.

Auf den Farmen werden meist nur Leute zur Ausbildung gesucht, die noch obendrein Geld dazu bezahlen müssen.

Viele mit dem Militärverordnungsbein versehenen Leute, von denen ein Teil sogar den letzten großen Aufstand mitgemacht hat, werden von der Regierung übersehen und dafür Leute durch Protektion angestellt, die nie in ihrem Leben gedient haben.

Auch die von der Kolonialgesellschaft in Berlin hinausgeschickten weiblichen Dienstmädchen sollen nicht so leichtfertig Kontrolle unterschreiben, bevor sie sich nicht über die Verhältnisse genau orientiert haben. Wie oft kommt es vor, daß junge Mädchen nach drei bis vierwöchiger Arbeit ihre Stellung verlieren und was dann? Eine jede taugt nicht dazu, in den Hotels und Restaurants als Barmädchen zu figurieren, und der Schritt nach unten ist hier bald getan.“

Das sind die Fortkommensmöglichkeiten in dem Lande, das Herr Dernburg ein „Neu-Deutschland“ genannt hatte!

### Die Landtagswahlen in Schwarzburg-Rudolstadt.

Am 26. November finden in Schwarzburg-Rudolstadt Landtagswahlen statt. Die Bevölkerung folgt ihnen mit Spannung, denn gerade im Rudolstädter Landtage hing seit mehreren Legislaturperioden die Majorität der bürgerlichen Parteien an einem Faden. Schon bei den Wahlen im Jahre 1902 fielen und von den gesamten Mandaten (18 — darunter 4 Abgeordnete der Höchstwerteten) 7 zu und bei der Wahl im Jahre 1905 wurden 8 Sozialdemokraten und 8 Bürgerliche gewählt. Die Annahme, daß bei dieser Zusammensetzung des Landtags dem letzteren seine lange Lebensdauer beschieden sein werde, traf ein. Als der Landtag die beantragte Erhöhung der Spanne des Fürsten von 208.000 M. auf 300.000 M. ablehnte, erfolgte die Auflösung, und bei der Neuwahl im Jahre 1906 glückte es den Gegnern unter strapulöser Anwendung der traurigsten Mittel, und wieder ein Mandat abzunehmen, so daß im letzten Landtage wieder 7 Parteigenossen und 9 Bürgerliche saßen. Die Machtverhältnisse lagen also für die Bürgerlichen immer kritisch, und nur dem Umstande, daß wir bei der Wahl der 4 Abgeordneten der Höchstwerteten keine keinen Einfluß hatten, hatten sie ihre Majorität zu verdanken. Unsere Genossen haben in allen Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt und durch eine Reihe von Versammlungen den Wahlkampf eröffnet. —

### Eine falsche Vermutung.

Der Abgeordnete Gorbain legt im „Verl. Tagebl.“ die Gründe dar, weshalb ein Teil der Freisinnigen bei der gestrigen Abstimmung über den Verlagsantrag des Zentrums mit Konservativen und Nationalliberalen gegen die Verfassung gestimmt hat. Er schreibt:

„Der Verlagsantrag kam so unerwartet, daß schon das jede vorherige Verständigung ausgeschlossen hätte. So war ein reiner Zufall, daß die Woparteien zusammen stimmten. Die

Sozialdemokraten stimmten wohl lediglich dem Zentrum zuzuleide mit diesem.“

Herr Gorbain irrt. Seine Annahme ist unrichtig. Nicht dem Zentrum zuzuleide stimmte die sozialdemokratische Fraktion für die Verfassung, sondern weil in der Reichstagsmehrheit die Absicht bestand, nach Freiherrn v. Hertlings Rede die Debatte zu schließen. —

### Exkommuniziert.

Wie der „N. Fr. Pr.“ aus Rom gemeldet wird, hat der Papst den Erzbischof von München beauftragt, dem Professor Schniger die Exkommunikation anzukündigen, falls derselbe sich nicht verpflichtet, fortan nichts mehr zu publizieren, keine Vorträge mehr zu halten und sich überhaupt jeder öffentlichen Kundgebung zu enthalten. —

### Die Balkankrise.

#### Die Orientbahnfrage.

Frankfurt a. M., 11. November. Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Konstantinopel: Die Orientbahnen unterbreiteten gestern den bulgarischen Delegierten ihre Forderungen, welche sich erstrecken auf Erstattung des Eigentumswertes, Exploitationswertes und Wertes von rosendem Material sowie diverser Immobilien. Die Gesamtsumme beträgt 145 Millionen Franken.

#### Eine Intervention in Serbien.

Paris, 10. November. Der hiesige österreichisch-ungarische Votschafter Graf zu Reventin sprach einem ihm gewordenen Auftrage gemäß dem Minister des Aeußern Pichon Dank aus für die von Frankreich der serbischen Regierung erteilte Mahnung zur Ruhe und Besonnenheit. Gleichzeitig wies jedoch Graf Reventin darauf hin, daß die serbische Regierung ihre kriegerischen Maßnahmen und sonstigen darauf sich beziehenden Maßnahmen fortsetze, daß beispielsweise der gegenwärtige Stand des serbischen Heeres das Vierfache des normalen Bestandes betrage. Oesterreich-Ungarn, das sich bisher darauf beschränkt habe, seine Gendarmerieposten an der Grenze zu verstärken, würde sich daher schließlich gezwungen sehen, entsprechende Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Es wäre deshalb wünschenswert, wenn die französische Regierung in Belgrad neuerdings zur Mäßigung und Besonnenheit mahnen würde. Ein gleicher Schritt wurde von den österreichisch-ungarischen Votschaftern in London und Petersburg unternommen.

#### Ein türkisch-serbisches Bündnis?

Belgrad, 10. November. „Nali Journal“ meldet, daß es Kovakowitsch in Konstantinopel schließlich gelungen sei, ein Bündnis zwischen der Türkei und Serbien zustande zu bringen.

### Ungarn.

#### Das Schandwahlrecht.

Budapest, 11. November. Der Minister des Innern Graf Andrássy legte dem Abgeordnetenhaus die Gesetzentwurf über die Wahlreform vor. Dem Entwurf gemäß ist jeder 24jährige Staatsbürger, der seit einem Jahr an einem Ort ansässig ist, Wähler. Die des Lesens und Schreibens Unkundigen wählen derartig, daß eine Gruppe von zehn Analphabeten einen Wahlmann (!) wählt. Dieses indirekte Wahlrecht der Analphabeten ist damit begründet (!), daß nahezu ein Drittel der Wählermasse Analphabeten sind. Durch den Gesetzentwurf wird die Wählerzahl von 1,1 Million auf 2,6 Millionen vermehrt. Um nun infolge dieser außerordentlichen Ausdehnung des Wahlrechts das bisherige Gleichgewicht nicht allzu sehr zu verrücken, und die Ueberlegenheit der intelligenten Klassen zu wahren, wurde das Pluralvotum eingeführt. Alle diejenigen, welche 32 Jahre alt sind, ihrer Militärpflicht genügt haben, 3 Kinder haben, oder Arbeiter, die 5 Jahre in demselben Betriebe tätig sind, können zwei Stimmen erlangen. Man rechnet, daß 30000 Arbeiter auf dieser Grundlage das Pluralvotum zustehen wird. Als weitere Bedingung zur Erlangung von zwei Stimmen führt der Gesetzentwurf die Abscholvierung der unteren Klasse der Mittelschule und Zahlung einer direkten Jahressteuer von 20 Kronen an. Zwei Stimmen hat ferner der Arbeitgeber, der in seinem Betriebe einen Arbeiter beschäftigt. Dreifache Stimme hat derjenige, der eine Mittelschule ganz durchgemacht hat oder 100 Kronen direkte Jahressteuer entrichtet. Der Zweck dieses Pluralsystems ist dahin gerichtet, daß die gesamte politische Macht nicht in die Hände von Leuten gerate, welche nicht imstande sind, diese Macht im Interesse des Landes und im eigenen wohlverstandenen Interesse auszuüben. Der Gesetzentwurf behält das bisher übliche öffentliche Abstimmungsverfahren mit der Begründung bei, daß die Ausübung des Wahlrechts, da sie im öffentlichen Interesse geschieht, auch nicht der öffentlichen Kontrolle entzogen werden darf. Die Vorlage wird nur in Verbindung mit der Vorlage über die Wahlbezirke in Kraft treten, die demnächst unterbreitet wird.

So sieht also das Wahlrecht aus, das der korrupteste, brutalste und kulturloseste Herrschersklingel der Welt zur Aufrechterhaltung seiner verrotteten Wirtschaft sich ausgedacht. Der magyarische Klüngel, der in Budapest herrscht, alle anderen Nationen an ihrer kulturellen Entfaltung hindert, das Proletariat in Stadt und Land völlig entrechtet, hat da eine Wahlreform ausgeheckt, deren infame Lücke nur durch die bodenlose Frechheit ihrer Motivierung überboten wird. Ein Drittel der Wähler sind Analphabeten, weil die fürchtbare Mißwirtschaft der Herrschenden die Volksschule vollständig vernachlässigt hat. Sie werden für das Verbrechen, das an ihnen begangen, noch bestraft, indem man ihnen ein Wahlrecht gibt, das nur eine Beihetelstimme gewährt. Die Budapestter Schwindler haben wirklich eine schöne Erfindung gemacht. Sie begnügen sich nicht damit, wie die Pluralwahlverkörper anderer Länder, die Stimme der Besitzenden zu multiplizieren, sondern sie dividieren noch außerdem die Stimmen der Besitzlosen. Merken muß man sich auch das Geständnis, daß das Pluralwahlrecht nur die Form ist, eine Wahlreform zu machen, die die bisherige Verteilung der politischen Macht unverändert läßt. Was man in Sachen lenkt, wird in Ungarn mit der brutalen Offenheit zugestanden.

Die Krone hat diesem Schandgesetz, das nicht einmal die Quelle der schändlichsten Wahlbeeinflussung, des Terrorismus und der Korruption, die öffentliche Stimmenabgabe, veritost, ihre Voranktion gegeben. Der Treubruch der Krone, der sich auf das geheime und gleiche Wahlrecht verpflichtet hatte, ist ein schmählicher Verrat und eine große Dummheit, die noch ihre Vergeltung finden wird. Hoffentlich gelingt es der unermüdeten Tat-

kraft unserer ungarischen Genossen, die Gesehwerdung dieses elenden Machwerks noch zu verhindern.

Budapest, 11. November. Abgeordnetenhau. Minister des Innern Andrássy begründete in eingehender Rede das Wahlreformgesetz. Zu Beginn der Rede wurde der Minister durch erregte Zwischenrufe wiederholt unterbrochen. Auf den Zuruf, daß er nicht Wort gehalten und nicht eine Vorlage über ein allgemeines, gleiches und geheimes Wahlrecht eingebracht habe, erwiderte der Minister erregt: Wer behauptet, ich hätte mein Ehrenwort gebrochen, lügt. Der Minister rechtfertigte sodann eingehend das Pluralvotum, dessen Zweck sei, der Intelligenz das Uebergewicht zu sichern. Sodann wies er den Vorwurf, der Gesetzentwurf sei nicht demokratisch genug, zurück. Er führte aus: Wenn die Pluralität wirklich die Rechtsgleichheit verleiht, so wird es leicht sein, die Pluralität zu streichen. Gelingen können die verderblichen Folgen, die einem allzu lähnen Radikalismus entspringen, nicht so leicht gut gemacht werden. Es ist unmöglich, einmal verliehene Rechte zurückzunehmen. Beim Schluß der Rede des Ministers wurden von der Galerie Jettel in den Sitzungssaal geworfen, in denen die Regierung des Wortbruchs beschuldigt und das Parlament zur Ablehnung der Vorlage aufgefordert wurde. Der Abgeordnete Petoe wurde wegen wiederholter Zwischenrufe zur Abbitte vor dem Hause verurteilt.

### Ein Proteststreik.

Brinn, 11. November. Wegen der Verhaftung zweier Sozialistenführer ist hier der Generalstreik ausgebrochen. Es streikten über 15000 Arbeiter verschiedener Branchen.

### Frankreich.

#### Die Todesstrafe.

Paris, 11. November. In der Depariertenkammer wurde heute die Debatte über die Abschaffung der Todesstrafe fortgesetzt. Dejeante (Sozialist) bekämpfte die Todesstrafe. Castillard (Republikaner) erklärte, der wesentlichste Grund für die Beibehaltung der Todesstrafe sei die Notwendigkeit, die anständigen Leute zu schützen, denn die Gesellschaft habe das Recht der Notwehr. Man müsse die Vorsorge treffen, daß durch die Nichtanwendung der Todesstrafe die Leidenschaft der Menge entfacht werde und daß sich diese selbst Recht verschaffen würde. (Beifall rechts, im Zentrum und bei einem Teil der Linken, Lärm auf der äußersten Linken.)

## Aus der Partei.

#### Zum Fall Rezhäuser.

Als Herr Rezhäuser nach dem Prozeß Fischer kontra „Post“ im „Vorwärts“ die gebührende Kennzeichnung erhalten hatte, suchte er sich in altgewohnter Weise hinter dem Rücken des Buchdruckerverbandes zu decken. Sein zehnpaltiger Verdunkelungsversuch — im „Korrespondent“, den wir erwähnt haben, sucht die Aufmerksamkeit von dem einzig wesentlichen Punkte der Sache durch eine langatmige Aufzählung der unverbildeten Kränkungen abzulenken, die er sich angeblich wegen seiner mutigen Vertretung der Buchdruckerinteressen von sozialdemokratischen Vätern, insbesondere vom „Vorwärts“ und von der „Leipziger Volkszeitung“ hat gefallen lassen müssen. Dieses Bestreben Rezhäusers, seine Sache zur Sache des Buchdruckerverbandes zu machen, die Kennzeichnung seines ehrlösen Verhaltens als eine Ehrenkränkung des Verbandes hinzustellen, ist zwar ebenso durchsichtig wie unehrlich, hat aber trotzdem, wie die letzte Nummer des „Korrespondent“ zeigt, auf eine große Buchdruckerversammlung in Leipzig seine Wirkung nicht verfehlt. Diese Versammlung hat sich, wie der „Korrespondent“ triumphierend berichtet, weidlich über den „Vorwärts“ und die „Leipziger Volkszeitung“ entrüstet und gegen 9 Stimmen (über 3000 Besucher soll sie gezählt haben) eine Resolution angenommen, die sich mit Rezhäuser solidarisch erklärt. Wir haben nicht die Absicht, gegen diese Versammlung zu polemisieren; wer nicht fähig ist, die Handlung Rezhäusers, um die es sich hier handelt, losgelöst von allem anderen zu betrachten und sie als unanständig und unehrenhaft zu erkennen, mit dem läßt sich nicht rechten. Aber wir halten es angeht der Unverschämtheit, mit der jetzt wieder, um für Rezhäuser Stimmung zu machen, die Unwahrheit verbreitet wird, der „Vorwärts“ sei bei Gelegenheit der Tarifberatung „dem Buchdruckerverband in den Rücken gefallen“, eine Unwahrheit, die auch in der Leipziger Resolution insofern ihren Niederschlag gefunden hat, als darin erklärt wird, die Versammlung erblickten in dem Vorgehen „bezeichnete Väter“ („Vorwärts“ und „Leipz. Volksz.“) „weiter nichts als eine planmäßige Dege, um einen gewissen Kreisen seit Jahren nicht genehmen energischen Vertreter seiner Berufsgenossen zur Strecke zu bringen“, doch für nötig, die Tatsachen kurz festzustellen! Es ist nicht wahr, daß der „Vorwärts“ bei den letzten Tarifverhandlungen dem „Buchdruckerverband in den Rücken gefallen“ ist, daß er ihm „in kritischer Situation angefallen“ hat. Die Kritik am Tarifentwurf, die der „Vorwärts“ damals gelbt hat, gab die Anschauungen wieder, die nicht unerhebliche Kreise in der Mitgliedschaft des Verbandes damals vertraten. Daß wir mit unserer Auffassung über den Tarifentwurf nicht allein standen, beweist übrigens auch die Tatsache, daß der größte Gau des Buchdruckerverbandes, die Berliner Buchdruckerschaft, damals den Entwurf mit übergroßer Mehrheit ablehnte. Der „Vorwärts“ ist also nicht dem Buchdruckerverband in den Rücken gefallen, sondern hat die Interessen von Verbandsgliedern gewahrt, wie diese sie damals selbst verstanden.

Das müßten wir für unsere Genossen, denen diese einige Jahre zurückliegenden Dinge nicht mehr genau in der Erinnerung sein mögen, feststellen, angehts des wohlberedneten Strebens Rezhäusers und der Seinen, auch diese klaren Tatsachen zu verdrehen!

#### Gemeindevahlen.

In Reuhaldenstein (Provinz Sachsen) wurden bei der Stadtverordnetenwahl am Montag zwei Genossen gewählt. Ein Genosse steht in einer ausständigen Stellung. Die Gewählten hatten mit 253 bzw. 244 Stimmen; 1906 erhielt die sozialdemokratische Liste 121 bis 137 Stimmen. Trotz der Krise sind also die sozialdemokratischen Stimmen um über hundert gestiegen. —

Die Stadtverordnetenwahlen der dritten Abteilung in Eisenberg (Sachsen-Altenburg) gingen am Sonntag unter großer Beteiligung vor sich und endigten mit einem glänzenden Siege der sozialdemokratischen Liste. Zwei Genossen erhielten je 270, die Gegner 120 Stimmen.

**Zentralbibliothek in Begeck.** Die dem Kartell angeschlossenen Gewerkschaften haben zusammen mit dem sozialdemokratischen Verein Begeck eine Zentralbibliothek ins Leben gerufen. Das Gewerkschaftskartell Begeck und Umgegend, Vorsitzender Herr W. Wünschmann, Langestr. 22, richtet daher an alle Zentralvorstände sowie Kartelle und Sekretariate die Bitte, das Unternehmen durch Zusendungen von Jahrbüchern, Jahresberichten usw. zu unterstützen.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

**Wieder eine freisinnige Wahlfrage.** Kurz vor den letzten Landtagswahlen in Neuchâtel, 2. Sept. das freisinnige „Geraische Tageblatt“ nach berühmten Mustern die perfide Verdächtigung in die Welt: ein sozialdemokratischer Führer habe Unwahrheiten gegen seinen bürgerlichen Gegner verbreitet; als er aufgefordert worden sei, zu widerrufen, habe er erklärt: „Vor der Wahl widerrufe ich nichts, nach der Wahl alles!“ In Gera handelte die Sozialdemokratie ebenso, behauptete das freisinnige Organ.

Wegen dieser Verdächtigung führte unser Generalsekretär dem „Tageblatt“ auf den Zahn, das erklärte: der betreffende sozialdemokratische Führer sei unser Genosse v. Elm in Hamburg gewesen! Die Folge war eine Privatklage des Genossen v. Elm gegen das freisinnige Organ, das jetzt folgende Erklärung abdruckt:

„Wir haben uns inzwischen überzeugt, daß unsere Angaben unrichtig sind. Wir sprechen unter lebhaftem Bedauern darüber aus, eine derartige, jeder tatsächlichen Grundlage entbehrende und Herrn v. Elm schwer beleidigende Behauptung aufgestellt zu haben und nehmen alle an die Behauptungen geknüpften Schlussfolgerungen zurück. Wir verpflichten uns ferner, die durch die Privatklage des Herrn v. Elm wider unseren verantwortlichen Redakteur bisher entstandenen Gerichtskosten und Anwaltskosten zu Händen des Herrn Rechtsanwalt Dr. Herz in Altona zu zahlen.“

Man kann aus dieser Erklärung ersehen, was an den Verdächtigungen ist, die die bürgerlichen Parteien bei jeder Wahl gegen die Sozialdemokratie schleudern.

## Jugendbewegung.

Die Gründung einer Jugendorganisation auf neuer Grundlage wurde in Nürnberg vollzogen. Bisher bestand lediglich eine dem Arbeiterbildungsverein Vorwärts angeschlossene Jugendabteilung, die etwa 120 Teilnehmer zählte. In einer statt besuchten Jugendversammlung wurde die Errichtung einer eigenen Organisation beschlossen. Als nach einem Vortrage der Genossin Grünberg die Frage gestellt wurde, ob ein Verein zu gründen sei, erteilte aus den Reihen der Jugend ein hundertstimmiges „Ja, ja“. Als erster Vorsitzender wurde ein erwachsener Genosse gewählt, die übrigen Posten wurden aus den Reihen der Jugend selbst besetzt. Das Eintrittsgeld ist auf 10 Pf., der Monatsbeitrag ebenfalls auf 10 Pf. festgesetzt. Es liegen sich sofort über 300 junge Leute beiderlei Geschlechts aufzunehmen. Die Zusammenkünfte sollen jeden Sonntag stattfinden und Vorträge belehrender Art, Musik, Gesang, Turnen, Spiele, Ausflüge, Exkursionen usw. bringen. Die Politik ist aus dem Programm ausgeschlossen.

## Gewerkschaftliches.

### Internationale Scharfmacherei.

Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe gibt folgendes bekannt:

Der zweite internationale Bauarbeiterkongress tritt am Sonntag, den 15. November in Paris zusammen. Der internationale Kongressausschuss (Sitz Brüssel) hat sich mit der Leitung des Zentralverbandes der französischen Bauarbeiter verbunden, um den Kongress zu einer wichtigen und eindrucksvollen Veranstaltung zu machen. Hohe Persönlichkeiten der französischen Staatsverwaltung, der Handelsminister, der Arbeitsminister, der Minister der öffentlichen Arbeiten und andere Notabilitäten haben das Protektorat über den Kongress übernommen und ihre Teilnahme an der Tagung zugesagt. Das Programm der Versammlung, für deren Verlauf 4 Tage vorgesehen sind, enthält eine Reihe wichtiger Verhandlungsgegenstände, unter denen besonders hervorzuheben: Submissionswesen, Fachschulwesen, Lehrzeit, die Arbeiterbewegung, ganz besonders im Hinblick auf ihre Bestrebungen zur Verkürzung der Arbeitszeit, Unfallversicherung, Schiedsgerichtswesen, und endlich eine Aussprache über die Festigung der internationalen Beziehungen aller Bauarbeiter.

Die Leitung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe hat beschlossen, den Kongress durch einen Beauftragten zu besuchen.

Es ist Tatsache, daß heute eine einflussreiche wirtschaftliche Fachvertretung, die in vollem Umfange ihren Aufgaben gerecht werden will, nicht mehr allein auf den Reich setzen kann, der ihre innerhalb der politischen Grenzpfähle ihres Staatswesens zugewiesen ist.

Auch die deutschen Bauarbeiter müssen zur Förderung ihrer Organisation einmal sehen, wie es die anderen machen, welche Mittel sie anwenden, um zu einem Ziele zu kommen, das auch unser Ziel ist. Die Arbeiterschaft aller Länder muß, ohne daß sie deswegen utopischen Vorstellungen von internationalen Verbrüderungen nachzugeben braucht, voneinander lernen, wie sie ihre grundtätig nicht differenzierten Wirtschaftsinteressen am besten behandelt und am wirkungsvollsten verteidigt.

Die Leitung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe hat angeordnet, daß gewissermaßen als Einkleitung zu späteren Beteiligungen deutscher Fachgenossen an diesen internationalen Verhandlungen, dem Kongress ein Bericht über die baugewerblichen Fachorganisationen Deutschlands, deren geschichtliche Grundlage, Funktionen und Ziele erstattet wird.

### Berlin und Umgegend.

#### An die Mitglieder des Bäcker- und Konditorenverbandes.

Die Wahl des Gesellenausschusses findet heute (Donnerstag), nachmittags 8 Uhr, im Innungshaus: Chausseest. 110, statt. Ganz plötzlich, wenige Tage vor der Wahl, ist dies den Wahlberechtigten mitgeteilt, so daß eine umfassende Agitation unmöglich war.

Eine hinterhältige Keberrumpelung, die allen bisher bekannten Künsten die Krone aufsetzt.

Die „Selben“ haben bessere und zeitigere Mitteilung erhalten, als die Gesamtheit der Gesellenschaft. Der bekannte Weibe Wischnowski verteilt schon seit mehreren Tagen ein Flugblatt, in dem er den Wahltermin genau angibt, während dem geschlich gewählten Gesellenausschuss erklärt wurde, man wisse noch nicht, wann der Wahltag sei!!!

Besser lassen sich die Wählerimmungen nicht kennzeichnen, als sie es hierdurch selbst tun.

Kollegen! Macht durch einmütigen Aufmarsch zur Wahl den sauberen Plan zunichte.

Die Verbandskollegen versammeln sich mittags, punkt 1 1/2 Uhr, bei Hübnar, Chausseest. 120.

Verlangt vom Meister die Wahllegitimation!

Wer keine gedruckte Wahllegitimation vom Arbeitgeber bekommt, melde sich eventuell auf dem Bureau, da ein umfassender Wahlprotest an die Ausschüssebehörde geplant ist. Gestern noch wurden den Beauftragten der bewilligten Wäckerien die Legitimationen auf dem Innungsbureau verteilt, während die Karten in den unbewilligten Wäckerien seit 3 Tagen verteilt worden sind. Ihr seht, wie es gemacht wird!

Seid daher alle Mann auf dem Posten!

Die Verbandsleitung.

**Angriffe auf den verlässlichen Arbeitsnachweis der Bäcker** veranlassen eine am Dienstag abgehaltene Mitgliederversammlung des Bäckerverbandes zu einem Abwehrbeschlusse. Der paritätische Arbeitsnachweis, welcher dem Zentralarbeitsnachweis in der Vormannschaft angegliedert ist, wurde beim Abschluß des Tarifvertrages im Jahre 1905 errichtet. Kontrahenten für den paritätischen Arbeitsnachweis sind die Freie Vereinigung der Bäckermeister und der Verband der Bäcker und Konditoren. Bei der Schaffung dieses Arbeitsnachweises wurde vereinbart, daß bei Benutzung desselben die Mitglieder der beiderseitigen vertragschließenden Organisationen den Vorrang vor Anders- oder Nichtorganisierten haben. Dieser Vereinbarung gemäß ist die Arbeitsvermittlung auch bis jetzt gehandhabt worden. Kürzlich nun hat die Freie Vereinigung einen Antrag angenommen, welcher besagt, daß die erwähnte Vereinbarung fallen, das heißt, der paritätische Arbeitsnachweis ohne Unterschied an Verbandsmitglieder, an Gelbe, an Unorganisierte usw. Arbeit abgeben soll. Seitens des Bäckerverbandes war den Meistern schon früher das Zugeständnis gemacht worden, daß in besonderen Ausnahmefällen unter Zustimmung der Arbeitsvermittler von dem vereinbarten Vorrangrecht der Verbandsmitglieder abgesehen werden kann. Wegen die gänzliche Aufhebung dieses Rechts, welche der Beschluß der Freien Vereinigung der Bäckermeister verlangt, haben die Vertreter des Verbandes entschieden protestiert. Die Mitgliederversammlung des Verbandes billigte dies Verhalten und beschloß: Den Verbandsvertretern im Kuratorium des Arbeitsnachweises wird zur Pflicht gemacht, dem Beschluß der Freien Vereinigung der Bäckermeister nicht zuzustimmen, sondern dafür einzutreten, daß die Arbeitsvermittlung in derselben Weise weitergeführt wird, wie es die Schlichtungskommission im Jahre 1905 beschlossen hat.

**Achtung, Schäftebrand!** Die Firma Gebr. Simon jr., Kochstraße 13, sucht in der „Volkszeitung“ einen Modelleur und Zuschneider. Wir machen darauf aufmerksam, daß sämtliche bei der Firma beschäftigte Personen, Zuschneider, Vorarbeiter und Stepperrinnen, wegen ausgebrochener Differenzen die Kündigung eingereicht haben und bitten, dieses zu beachten.

Zentralverband der Schuhmacher. Ortsverwaltung Berlin.

**Achtung, Freiseurgehilfen!** Auf der zurzeit verbreiteten Liste der bewilligten Geschäfte sind die Betriebe von Schrole, Landwehrstraße 3, und Reie, Greifenhagener Straße 33, irrtümlich nicht mit aufgeführt worden.

Verband der Freiseurgehilfen Deutschlands. Zweigverein Berlin und Vororte.

### Deutsches Reich.

#### Eine Ausperrung

hat der Arbeitgeberverband für die hiesige Metallindustrie über die Eigengeschäfte von Nachen und Umgegend verhängt. Vorläufig sind 7 Betriebe mit 300 Arbeitern von dem Gewalttätigen getroffen, an dem freie, christliche und Hirsch-Dundersche Gewerkschaften beteiligt sind. Die Differenzen waren entstanden, als die Arbeiter der Eisengießerei Ed. Körres durch Eintreibung der Kündigung die Zurücknahme der Maßregelung eines Formers verlangten. Trotzdem die Verbände nachher auf die Einstellung des Mannes verzichteten, führten die Unternehmer die Sperre dennoch durch. Sie halten offenbar die jetzige Zeit zu einem Schlage gegen die Organisation für vorzüglich geeignet.

Zugang nach Nachen und Umgegend ist streng fernzuhalten.

### Ausland.

#### Der Hafenarbeiterstreik in Kristiania.

Die 30 Mann, die am Donnerstag von Kopenhagen nach Kristiania verschifft wurden, um Streikbrecherdienste zu leisten, verweigern die Arbeit. Die Befehlshaber des Schiffes suchten sie durch Drohung mit Verhaftung zur Arbeit zu zwingen, sie blieben aber standhaft, gingen in die Stadt, wandten sich an einen Rechtsanwalt und haben nun auch das dänische Generalkonsulat um Schutz erbeten. — Das ferdende Dampfschiff „Sjælland“, die größte dänische Schiffsahrtsgesellschaft, sucht sich jetzt in der Weise für Kristiania Hafenarbeiter zu verschaffen, daß sie für die Fahrt doppelte Schiffsbesatzung annehmen, natürlich ohne den neuangeworbenen Leuten zu sagen, für welche Art Arbeit sie bestimmt sind. Haben die Leute einmal den schriftlichen Anstellungsvertrag unterschrieben, so sind sie bei mindestens 14 Tagen Gefängnisstrafe verpflichtet, an Bord zu gehen.

Am Donnerstag und Freitag ist es in Kristiania am Hafen zu Straßentumulten gekommen, die von jungen Leuten, solchen, die auch bei anderen Gelegenheiten gerne einmal Raub machen, veranstaltet waren. Dabei plüßten auch ein paar „Bomben“, wenn man mit etwas Pulver und Sündstoff versehen *Simonaden* Flaschen so nennen will. Die Streikenden haben natürlich nichts mit den Tumulten zu tun.

Die Dampfschiffperpetuitäre haben ihre sämtlichen streikenden Arbeiter wegen geschwinderiger Arbeitsniederlegung verklagt. Das norwegische Strafgesetzbuch bedroht den mit Geldstrafe, der „ohne annehmbaren Grund“ einen Arbeitsvertrag bricht. Die Streikenden sind nun allerdings der Meinung, daß für sie der Vertragsbruch, den die Unternehmer begangen haben, ein durchaus zureichender Grund zur Arbeitsniederlegung war.

## Aus der Frauenbewegung.

### Werkführer und Arbeiterinnen.

Die Klagen über das Verhalten vieler Werkführer ihrem weiblichen Arbeitspersonal gegenüber wösten nicht verstummen. Immer wieder werden Beschwerden laut über Erdemänner, die die Abhängigkeit der Arbeiterinnen zu ihrer Lustbefriedigung auszunutzen suchen. Im hiesigen Gewerbeinspektorenbericht wird über diese Mißstände berichtet; auch der Beamte für Württemberg verzeichnet zahlreiche Beschwerden von Arbeiterinnen über die Ausdringlichkeiten von Seiten der Fabrikgehaltigen.

Den Arbeiterinnen ist dringend zu raten, sich ihrer Gewerkschaft anzuschließen, durch welche ihnen Schutz gewährt werden wird. Die moderne Arbeiterbewegung ist moralisch stark genug, diesen Herren das Handwerk zu legen. Das ist um so notwendiger, als diese Unternehmer derartige Vorkommnisse fühllos abüberleben, oder ihren würdigen Vertretern noch die Stange halten, sofern diese sich als schändliche Antreiber bewähren. Die Arbeiterinnen sollten sich in allen derartigen Fällen an die freien Arbeiterorganisationen wenden, die stets Abhilfe schaffen werden.

Eine glatte Abgabe wurde den amerikanischen Frauenrechtlerinnen vom Präsidenten Roosevelt zu teil, als er gebeten wurde, in seiner Vorkraft an den Kongress auch ein Wortchen zugunsten des Frauenstimmrechts zu sagen. „Nicht eine Million Unterschriften auf einer Petition könnten mich veranlassen, die Einführung des Frauenstimmrechts zu empfehlen!“ So antwortete er. Und dabei haben die Frauenrechtlerinnen Roosevelt immer als einen Freund ihrer Bestrebungen betrachtet.

Für das Frauenstimmrecht ist in Buffalo eine nationale Liga amerikanischer Studentinnen gegründet worden, die Zweigvereine an etwa zwölf Universitäten und Hochschulen besitzt.

## Versammlungen.

Der Deutsche Metallarbeiterverband hielt für die Verwaltungsjahre am Montag 15. Bezirkerversammlung ab, die alle ein und dieselbe Tagesordnung hatten. Zuerst hatten die Mitglieder Stellung zu nehmen zu der am 15. d. M. stattfindenden Generalversammlung. Da auf der Tagesordnung derselben nur geschäftliche Angelegenheiten stehen, so kam es in den Bezirken

Versammlungen nicht zu erheblichen Debatten über diesen Punkt. — Hierauf folgte in allen Versammlungen ein Referat über die bevorstehende Gewerbeberichterstattung. Die Referenten besprachen die Bedeutung der Gewerbeberichte im allgemeinen und wandten sich im besonderen der bevorstehenden Wahl zu, erläuterten die Technik des jetzt zum erstmaligen in Anwendung kommenden Systems der Verhältniswahl und forderten die Umwandelnden auf, für eine lebhafteste Beteiligung in den Bezirken zu agitieren, denn wenn die Beteiligung an der Wahl ebenso schwach sein würde wie bei den früheren Wahlen, dann erhalten die freien Gewerkschaften nicht diejenige Zahl von Beisitzern, welche ihnen ihrer Stärke nach zukommt. Früher, bei dem alten Wahlsystem, war den freien Gewerkschaften die Wahl ihrer Kandidaten sicher. Bei dem Verhältniswahlsystem dagegen können sie auf eine ihrer Stärke und Bedeutung entsprechende Anzahl von Beisitzern nur dann rechnen, wenn jedes wahlberechtigte Mitglied der freien Gewerkschaften sein Wahlrecht ausübt. Deshalb muß im Metallarbeiterverband wie in allen Gewerkschaften eine lebhafteste Agitation für die Gewerbeberichterstattung betrieben werden.

**Leser- und Diskussionsklub „Wilhelm Liebknecht“.** Heute abend 9 Uhr bei Eichhorn, Danziger Str. 10. Gäste willkommen.

**Sozialdemokratischer Agitationsverein für den Reichstagswahlkreis Kalan-Vulkan.** (Sitz Berlin.) Sonntag, den 15. d. M., findet eine Kalenderverteilung statt. Die Ausgabe des Materials erfolgt am Freitagabend 8 1/2 Uhr beim Genossen Leu, Soedstr. 7.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Die Protestbewegung.

München, 11. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Zu einer machtvollen Kundgebung gegen den unverantwortlichen Absolutismus gestaltete sich die Demonstration der Münchener Arbeitererschaft. Schon nach 7 Uhr wählte der Riesenhaufen der Münchener Kind-Keller abgesperrt werden. Die Münchener Bürgerschaft, die der Protestversammlung der Blokliberalen am letzten Sonntag nicht mit Unrecht ferngeblieben war, war in unserer Versammlung zahlreich erschienen, sodaß Tausende umkreisen mußten, obwohl sofort eine zweite Versammlung veranstaltet wurde.

Genosse Adolf Müller ging in scharfer Weise mit der Werteweltgeschäftshuberei der Reichsleitung ins Gericht. In dem früheren Reichstag hätte die stärkere Vertretung der Sozialdemokratie noch einen Hemmschuh an dem politischen Kreislauf gebildet. Den jetzigen Zustand hat das deutsche Völkertum dem Ausfall der Hortenstimmwahlen zu verdanken. Wenn es so weiter geht wie jetzt, könnte aber die Reichsleitung sehr leicht ein blutiges Erwachen des deutschen Bürgertums erleben. Bei der bekannten Unerschrockenheit des deutschen Reichsoberhauptes in der Politik sei es dahin gekommen, daß die öffentliche Kritik Deutschlands auf dem Nullpunkt angelangt sei. Es sei die höchste Zeit, daß der deutsche Kaiser in die Schranken der Verfassung zurückgewiesen werde. Der Reichstag hat, anstatt das Ansehen des Reichstages und des Reiches zu mehren, sich in dieser tiefsten Situation zum Stiefelputzer des preussischen Junkertums erniedrigt.

In der zweiten, ebenfalls überfüllten Versammlung sprach Genosse Landtagsabgeordneter Friedrich Schmidt unter fürstlichem Beifall.

Unter begeisteter Zustimmung der Versammelten wurde in beiden Versammlungen folgende Resolution angenommen:

„Die heute in der Zahl von 10.000 im Münchener Kind-Keller versammelten deutschen Männer und Frauen beschließen: Angeichts der ungeheuren Schädigungen des Ansehens, der Sicherheit und der wirtschaftlichen Verhältnisse des Reiches, die durch das persönliche Regiment herbeigeführt worden sind, fordern wir eine Aenderung der Reichsverfassung, dahingehend, daß

erstens, jede persönliche Machtbefugnis des deutschen Kaisers zur Erledigung auswärtiger Angelegenheiten, insbesondere, das Recht, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, ausgeschlossen wird,

zweitens, daß die Ernennung und die Entlassung des Reichskanzlers und der verantwortlichen Reichsminister durch den Reichstag zu erfolgen hat,

drittens, ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz.

Die Versammelten protestieren, indem sie diese Forderungen stellen, gegen das verfassungswidrige persönliche Regiment und die überaus klägliche Haltung, die die Mehrheit des deutschen Reichstages in allen Fragen bis jetzt gezeigt hat. Sie erwarten daher vom deutschen Reichstag, daß er sich noch dazu aufraffen wird, den oben gestellten Forderungen zur Durchführung zu verhelfen und der jetzigen Reichsregierung keinen Pfennig zu bewilligen, ehe diese Forderungen nicht zur Durchführung gelangt sind. Die Versammelten verpflichten sich mit aller Energie dafür zu sorgen, daß nur solche Männer in Zukunft in den Reichstag gewählt werden, deren Vergangenheit für die Durchführung dieser Forderungen bürgt.“

Die Demonstration der Münchener Arbeitererschaft war eine so glänzende, wie sie München kaum je erlebt hat. Über 15.000 Personen nahmen an ihr teil, während die Versammlung der Blokliberalen am Sonntag von ganzen 700 Personen besucht war.

### Das Grab des Nordpolfahrers Andree?

Kopenhagen, 11. November. (W. Z. V.) Kapitän Storm vom dänischen Schoner „Jugo“, der sich am 30. September bei In. an Sicile auf Labrador befand, berichtet, daß Kapitän Chalker des amerikanischen Schiffes „Pelos“ auf einer Landtour im nördlichen Teile Labradors unweit der Küste von Kap Nauyoga ein einfaches Kreuz mit dem Namen Andree gefunden habe. Unter dem Kreuz fand sich in der Erde eine Leiche sowie ein Kasten mit Papieren. Der Kapitän entfernte das Kreuz, verweigerte aber jede Auskunft über die Papiere. Die Fundstelle ist vollständig öde und wird selten von Esimos besucht. Wo die beiden Begleiter Andrees geblieben sind, ist nicht bekannt. Die in dem Kasten enthaltenen Papiere werden wahrscheinlich Aufschluß geben.

### Wehr Licht.

Magdeburg, 11. November. (W. Z. V.) Seit 5 Uhr liegt infolge einer schweren Betriebsstörung im hiesigen Elektrizitätswerk die ganze Stadt, soweit sie elektrisch beleuchtet ist, im Dunkeln. Der Geschäftsvorkehr in den Ladengeschäften und der Betrieb in den Establishments mit elektrischer Kraft steht gänzlich. Man befürchtet, daß die Störung noch stundenlang dauern wird. Die Vorstadt erhält heute überhaupt keinen elektrischen Strom mehr.

### Fürsorgeerziehung.

Wien, 11. November. (W. Z. V.) Der Justizminister hat einen Gesetzentwurf betreffend Fürsorgeerziehung im Parlament eingebracht, der bezweckt, straffällige, umhüllende Jugendliche und Verwahrloste auf öffentliche Kosten und unter öffentlicher Aufsicht zur Erziehung an geeignete Familien, Anstalten oder Vereine zu überweisen.

### Die Anruhen in Persien.

Tabriz, 11. November. Der Schah hat die Mitglieder der Kadshamen von Tabriz zum Zwecke von Verhandlungen telegraphisch nach Teheran berufen. Auf Befehl Sattar Khan wurde ein Bewohner der Ortschaft Egiand, namens Kotschali Sultan, zum Gouverneur von Dzulfa gewählt. Ein Haufen von Revolutionären mit roten Flaggen ist abgegangen, um ihn nach Dzulfa zu geleiten.

Reichstag.

159. Sitzung vom Mittwoch, den 11. November, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: von Bethmann-Hollweg, Schow, von Tirpitz, Dernburg, Kraetke. Die Besprechung der

Interpellationen über das Kaiser-Interview

wird fortgesetzt.

Abg. Freiherr v. Camp (Rp.): Die Art, wie der Abg. Liebermann A. itil geübt hat, wird in den Kreisen der Konservativen nicht Billigung finden. (Zustimmung rechts. Obol links.) Es ist ein tragisches Geschick, daß ein Kaiser, der so hervorragende Eigenschaften hat (Boutes Geschlechter bei den Sozialdemokraten), ein Kaiser, dem die Arbeiter so viel verdanken (Stürmische Unterbrechungen bei den Sozialdemokraten. Zuruf: Schimpfworte haben sie ihm zu verdanken! Glorreiche Präsidenten), dem die Arbeiter ihren Dank so oft zum Ausdruck gebracht haben (Hohngelächter bei den Sozialdemokraten), es ist ein tragisches Geschick, daß ein solcher Herrscher so oft in Widerspruch treten muß mit den Anschauungen der großen Masse der Bevölkerung. Daß er aus allen Vorurteilen seines Lebens so wenig Lehre gezogen hat, hat seine Ursache darin, daß er nach dem Abgange des Kaisers Bismarck nicht Männer zur Seite hatte, die den Mut, den Willen und die Kraft hatten, ihre verfassungsmäßige Aufgabe auch nach oben hin zu wahren. Graf Caprivi war Soldat; das hat er selbst oft bekannt, und daß er als solcher Einfluß auf den Kaiser nicht erlangen konnte, ist klar, und von dem alten ehrwürdigen Fürsten Hohenlohe wird einen solchen Einfluß wohl niemand erwartet haben. Ich wünsche, der gestrige Tag wäre ein Wendepunkt im Leben des Kaisers. Das wünscht die ganze Nation. Es wäre wünschenswert, wenn Fürst Bälou uns sagte, worauf er seine Überzeugung stützt, daß keiner seiner Nachfolger die Verantwortung für impulsive Auslassungen des Kaisers übernimmt. Vielleicht ist der Nachfolger ein General (Heiterkeit) und hält sich für verpflichtet, die Befehle seines Herrn zu erfüllen. Die Erklärung des Fürsten Bälou gibt uns keine Gewähr, daß solche Vorkommnisse sich nicht wiederholen. (Hört! hört!) bei den Soz.) Es müßte dem Kaiser nahe gelegte werden, mehr Zuhörer zu nehmen mit den besten Männern der Nation. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Sie rechnen ich nicht dazu, (Welcher bei den Sozialdemokraten.) Am meisten haben wir bedauert, daß der Kaiser in dem Moment, wo ganz Deutschland für die Buren Partei nahm, seiner Großmutter Mittel an die Hand gab zur Bekämpfung der Buren. — Unsere Flotte hat nur eine subtile Bedeutung; die Hauptfrage ist der Ausbau des Landheeres. (Reichstanzler Fürst Bälou betritt den Saal.) Daher braucht unsere Flotte durchaus nicht die Größe der englischen zu erreichen. Nur muß ein entsprechender Abstand gewahrt werden. Diesen Standpunkt sollte England als berechtigt empfinden. Es gibt niemand, der einen Krieg mit England wünscht. Wer es doch tut, den müßte man auf seinen Weisheitsstand untersuchen lassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Solche Leute gibt es aber nicht, es müßte denn sein in Ihren Reihen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wohl aber gibt es in England eine Partei, die zum Kriege mit Deutschland hegt. (Widerpruch.) Unter diesen Umständen halte ich es für bedauerlich, daß man von allerhöchster Stelle von anderen Zielen unserer Flotte gesprochen hat. Je mehr sich China entwickelt, desto weniger wird es zu Konflikten mit Europa geneigt sein. In wirtschaftlicher Beziehung haben wir alles Interesse an der Entwicklung Chinas. Einzelne Mißverständnisse sollten durch Schiedsgerichte geregelt werden. Ich bedauere, daß es noch nicht zum Abschluß von Schiedsgerichtsverträgen gekommen ist. Eine gelbe Gefahr steht uns nur insoweit bevor, als uns bei der industriellen Entwicklung Chinas und Japans angeht die Verdünnungslosigkeit ihrer Arbeiter eine schwere Konkurrenz droht. Aber diese wirtschaftlichen Probleme haben uns heute nicht zu beschäftigen. — Von den Rednern der Linken ist gefordert, das Parlament solle Einfluß auf die Besetzung der Ministerposten und der Stelle des Reichstanzlers erhalten. Wir weisen das zurück; ein parlamentarisches Regime steht im Widerspruch mit dem nationalen Empfinden des deutschen Volkes. Wohl aber verlangen wir Garantien für die Ver-

antwortlichkeit des Reichstanzlers. — Einbuße an Ansehen hat Deutschland durch die Gespräche des Kaisers nicht erlitten. Das Ansehen, welches Deutschland in der Welt genießt, beruht auf der Fähigkeit und den Leistungen der deutschen Nation. Das deutsche Volk steht noch heute auf dem Boden der Worte, die Fürst Bismarck am 6. Februar 1898 gesprochen (Höl bei den Soz.): Wir Deutsche fürchten Gott und sonst nichts in der Welt. (Zuruf bei den Sozialdemokraten, Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Glorreiche Präsidenten.)

Abg. Schrader (fr. Vg.): Notwendig ist und Einmütigkeit, und daher werde ich dem Vordränger auf dem Weg der Polemik nicht folgen. Ich will mich auf die Tatsachen selbst beschränken. Unklar ist die Behandlung des kaiserlichen Manuskripts im Auswärtigen Amt. Wenn ein Rat angefordert ist, Bericht darüber zu erstatten, so wird er das auch getan haben, und in dem Bericht wird auch enthalten gewesen sein, was in dem Manuskript gestanden hat. Soll nun dieser einzige, der seine Pflicht getan hat, für die Sache büßen? Sehr deutlich ist zutage getreten, wie unzumutbar die räumliche Trennung der wichtigsten Regierungsämter ist; hätten der Kaiser und Kanzler persönlich über die Sache sprechen können, so hätten ein paar Worte genügt, die Sache zu verhindern, ebenso, wenn der Kanzler mit dem Auswärtigen Amt hätte sprechen können. Wir alle sind über die Veröffentlichung des Gespräches des Kaisers erschrocken gewesen, aber allerdings nicht in gleichem Maße wie diejenigen, die der Politik fern stehen, für uns war sie nur ein neues Glied in einer alten Kette. (Sehr richtig! links.) Der Reichstanzler meinte, Einzelheiten seien nicht richtig wiedergegeben. Dies oder jenes mag vielleicht in der Veröffentlichung scharfer pointiert sein, als bei der Unterhaltung, aber im großen und ganzen entspricht die Veröffentlichung den Tatsachen. Von neuem zeigt sich hier, daß niemand vor freier Aussprache sich mehr hüten soll, als hochstehende Personen. Es gibt eine Menge Leute, die sich mit solchen Gesprächen gern groß tun. (Sehr richtig!) — Soll nun wirklich, was heute ist, fort-dauern? Eine solche zwiespältige Politik ist für ein großes Reich unmöglich. Es muß eine wirklich einheitliche Politik erzielt werden. Wir alle hätten gewünscht, daß der Kaiser in diesen wichtigen Tagen in Berlin wäre. (Sehr richtig! links.) Es ist jetzt eine Aussprache des Reichstanzlers mit dem deutschen Kaiser notwendig. Findet diese Aussprache statt, so möge der Herr Reichstanzler diese Verhandlungen dem Kaiser vorlegen und ihm sagen, daß der ganze Reichstag einig ist in der Forderung, daß der Kaiser mehr Zurückhaltung übe. (Diavol! links.) Möge der Enkel in dieser Hinsicht den Spuren seines Großvaters folgen, er wird sich damit den Dank des Vaterlandes verdienen. (Diavol! links.) Wir bitten den Herrn Reichstanzler auf das allerdringlichste, seiner Majestät vorzustellen, daß es so nicht weiter geht. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wenn diese Verhandlungen resultatlos verlaufen, müssen sie uns vor dem Auslande bloßstellen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ein einmütiger Reichstag, getragen von den Gefühlen des Volkes, ist eine Macht, der kein Kanzler, kein Kaiser widerstehen kann. Ein parlamentarisches System ist mit unserer Verfassung nicht vereinbar, aber wenn wir mit dem Kanzler nicht einig sind, müssen wir die entsprechenden Maßnahmen ergreifen. Ein großes Volk, wie Deutschland, kann nicht isoliert sein. Wir wollen noch außen stark sein, dazu müssen wir auch im Innern stark sein. Möge der Herr Reichstanzler für eine einheitliche Politik nach außen und nach innen sorgen. (Diavol! links.)

Abg. v. Normann (L.): Ich habe folgende Erklärung für meine Freunde abgegeben: Die Antwort, welche wir gestern von dem Herrn Reichstanzler gehört haben, erachten wir als der Gesamtsituation entsprechend. Wir glauben und deshalb jetzt eines weiteren Eingehens auf den Sachverhalt enthalten und die Erwartung aussprechen zu dürfen, daß der Herr Reichstanzler seinen Worten auch diejenige Ausführung geben wird, welche das Wohl unseres Vaterlandes erfordert. (Diavol! rechts.)

Abg. Zimmermann (Ant.): Den Wunsch, daß der gestrige Tag ein Wendepunkt im Leben des Kaisers sein möge, teile ich, aber mir fehlt der Glaube. Die Erklärung des Reichstanzlers befriedigt uns und das deutsche Volk nicht. Die Ausführungen des Reichstanzlers waren rednerisch sehr geschickt, aber sie hatten keinen Inhalt, die ganze Rede war nur Schale ohne Kern. Was die Rede überhaupt für den Reichstag bestimmt oder nach Donauessingen gerichtet? Der Reichstanzler sagt, der sogenannte Kriegssplan habe nur aus akademischen Gedanken bestanden. Aber der Kaiser hat sich derselben

als eines Verdienstes um den Krieg gerühmt. Eine tiefbetrübt Großmutter mag man mit akademischen Erörterungen trösten; wenn sie aber Herrscherin eines kriegsführenden Landes ist, ist die Behandlung solcher Erörterungen doch sehr bedeutend und kann leicht als Verletzung der Neutralität aufgefaßt werden. Warum unsere Politik gegenüber den Buren sich geändert hat, hat der Reichstanzler nicht gesagt. Früher hat er einmal gesagt, wir wollen nicht um die Gunst des Auslandes werben. Aber leider haben wir von bestimmter Stelle aus eine sehr übertriebene Werbung um die Gunst Englands, und die Wirkung dieser Werbungen muß uns erschrecken. Das deutsche Volk ist friedliebend, aber zu England wünscht es nur korrekte, klare Beziehungen. Beim Kaiser aber zeigt sich eine Verengländerung der gesamten Lebensauffassung. Wie sehr das dem deutschen Volke zu wider ist, erfährt er nicht, denn er sieht nur die hurrafeuchende Menge und Häftlinge. Haben doch hoffliche Eunuchen es fertig gebracht, den Kaiser zu der Veröffentlichung im „Daily Telegraph“ zu begünstigen. Garantien gegen die Wiederkehr solcher Ereignisse hat der Reichstanzler nicht gegeben. Daß der Kaiser größere Zurückhaltung üben wird, hat der Reichstanzler schon mehrfach gesagt, aber die Sache ist stets dieselbe geblieben. Auch in monarchischen Kreisen hat sich die Ueberzeugung Bahn gefunden, daß eine Erweiterung der Rechte des Parlaments dringend notwendig ist. Die Reichstanzlerreform freilich wollen wir davon nicht abhängig machen. Aber über der subjektiven Willensmeinung des Kaisers steht das Reich und Volkes Wohl. (Sehr gutes Bravo bei den Antisemiten.)

Abg. Hausmann (libd. Vp.): Von den vielen schmerzlichen Ereignissen der letzten Zeit hat das Volk eines durch eine nationale Tat überwunden, die Zerstörung des Luftschiffes in Osterdingen. Damals hat man von Berlin vorgeschlagen, man solle ein Kuratorium einlegen. Das Volk hat erklärt, für den Grafen Zeppelin brauchen wir das nicht, und hat diesen im Schlosse gewachsenen Gedanken zurückgewiesen. Der gestrige Tag wird ein Wendepunkt für die Nation bleiben. Denn was wir gehört haben, ist etwas Neues gewesen, nämlich die Einmütigkeit, die bei den Rednern aller Parteien hervorgerufen ist. Das ist etwas Neues und Großes und erlaubt uns zu hoffen, daß das Parlament nicht so ohnmächtig ist, wie man bisher geglaubt hat.

Die Szene wurde zum Tribunal. Der Reichstag machte sich zum Vertreter der großen Sorgen, die gegenwärtig durch die Nation gehen. Die Stellung, in die der Reichstag gestellt zum erstenmal gekommen ist, erweckt erfreuliche Hoffnungen, wenn er bei der Einmütigkeit gegenüber großen Gefahren bleibt. Niemand hat die Äußerungen des Kaisers verteidigt. Der sozialdemokratische Redner hat erfreulicherweise utopische Vorschläge zur Abhilfe, die ihm vielleicht nahe lagen, bei Seite gelassen. Die Herren vom Bundesrat sind gewiß froh darüber gewesen, daß es eine Instanz gibt, in der die Meinung des Volkes so offen ausgesprochen werden kann (Sehr gut! links), eine Auffassung, wie sie in allen Kreisen des Volkes bis in die Offizierskasinos hinein vorhanden ist. Es ist das Wort gesprochen: Schwarzeschäfer dulde ich nicht, und derselbe Mann hat Schwarzeschäfer zu Millionen geschaffen. (Sehr gut! links.)

Was konnte der Herr Reichstanzler gestern dagegen sagen. Er hat wehmütig gesprochen. Es ging bei gedämpfter Trommel Klang. Wir erkennen die Schwierigkeit an, in welcher der berechtigte Staatsmann, der formell die Staatsgeschäfte leitet, stand. Wir hörten viel, was nicht gesagt wurde. (Heiterkeit und Sehr gut! links.) Es machte den Anschein, als hätte er auch die Interpellationen nicht gelesen. (Große Heiterkeit.) Wir legen nach Gewissheit und der Herr Reichstanzler sagt: „Ich muß bezweifeln“, daß die Darstellung des „Daily Telegraph“ in allen Einzelheiten richtig ist. Ist der Kaiser nicht gefragt worden oder hat etwa auch der Kaiser das Interview nicht gelesen? (Große Heiterkeit.) Die Nachricht mit dem Reduzungsplan soll nicht richtig sein. Aber wie konnte dann der Kaiser sich dieses Planes als einer Tat rühmen. (Sehr richtig! links.) Der Reichstanzler sagte, die Farben seien in dem Interview zu hart aufgetragen worden, aber er hat nicht gesagt, wer die Farben zu hart aufgetragen habe. (Sehr gut! links.) Von der Anregung Frankreichs und Australiens ist allerdings im September in der „Deutschen Revue“ die Rede gewesen. Aber es hat in ihr nicht gefaßt, daß diese vertraulichen Anregungen damals sofort nach England mitgeteilt worden sind. Es klang wie ein Aufseuffen, als der Herr Reichstanzler sagte, die sichere Politik wäre wohl die, die keine Indiscretionen zu fürchten hat. Es wäre uns angenehmer gewesen, wenn er dies von der

Kleines feuilleton.

Eine Epistel Clemenceaus in tyrannos. Der Pariser „Koppel“, das Organ der um Combes geübten radikalen Opposition, das mit ausgefuchter Wohheit einen großen Teil seiner täglichen Polemik gegen das Ministerium Clemenceau dem literarischen Lebenswert des jetzigen Ministerpräsidenten entleert, veröffentlicht einen Brief, den Clemenceau 1867, kurz nach der Erhebung des Kaisers Maximilian von Mexiko, an eine Dame gerichtet hat. Es heißt darin: „Zum Teufel, wie kommen Sie dazu, die Maximilianen und die Charlotten zu belagern? Mein Gott, ich weiß ja, viele Leute sind immer reizend. Das steht nun einmal von altersher fest. Sie haben das Rezept zu allen Tugenden und das Geheimnis jeder Grazie. Wachen Sie, Sie sind entzückend. Weinen Sie, Sie sind rührend. Nun gut, ich will Ihnen eins sagen: alle diese Kaiser, Könige und Fürsten sind groß, edel und erhaben, ihre Damen sind alles, was Sie wollen. Aber ich habe sie mit einem Hasse, der keinen Paradox kennt, so wie man im Jahre 88 höhe, damals, als man den Schwachkopf Ludwig XVI. einen schwächlichen Tyrannen nannte. Zwischen uns und diesen Leuten gibt es einen Kampf auf Leben und Tod. Sie haben in Qualen jeder Art Millionen von uns getötet und ich möchte nicht wetten, ob wir von ihnen schon zwei Duzend getötet haben. Es ist ja wahr, daß die Klasse der Ausbeuter der menschlichen Dummheit groß ist, aber sie stehen an ihrer Spitze und als solche muß man sie aus dem Storn nehmen. Ich habe kein Mitleid für diese Leute: den Wolf belagern, heißt ein Verbrechen gegen die Gerechtigkeit begehen. Jener (Maximilian) wollte ein wahres Verbrechen begehen, diejenigen, die er töten wollte, haben ihn gerächt. Ich bin davon überzeugt. Seine Frau ist wahnsinnig: nichts ist gerechter. Es ist der Ehrgeiz dieser Frau, der diesen Schwachkopf vorwärtsgetrieben hat. . . . Oder nein, ich bedauere, daß sie wahnsinnig ist und nicht begreifen kann, daß ihr Gott durch ihre Schuld tot ist, und daß es ein Wolf ist, das sich gerächt hat. Uebrigens wüßten Sie die Verantwortung auf niemand anderen ab. . . . Sie sehen, ich bin grausam. Aber was ist immer ist: ich bin un-nachgiebig und werde mich niemals ändern. . . . Warum machen Sie Unterschiede zwischen diesen Leuten? Wachsen Sie mir, einer ist so viel wert wie der andere. Gähne es wirklich eine Höhe und es gäbe dort nicht einen besonderen Kessel für sie, würde der liebe Gott in meiner Achtung sinken. Es gibt wohl keinen Attributen, der so wie ich das Heilen einer Verlesung bedauere. Ich verleihe mich dann ganz auf ihre Gerechtigkeit und könnte mir so erlösen zu lassen. Aber es ist schmerzlich, daran zu denken, daß alle diese Glenden denselben Schlaf wie die Guten schlafen.“

Der „Koppel“ fragt höhnisch, ob die Harmonienmeister die nötige Vorsicht üben, wenn der Mann, der „sich nie ändern“ wollte, mit Eduard VII. oder dem Schwachkopf Ludwig XVI. im Grunde tut das oppositionelle Blatt dem Verpötheten unrecht. Nicht etwa, daß man die Reuegeringen des Clemenceau von damals nicht ernst nehmen und dem gerechten Mann anrechnen dürfte. Der Schwärmer des Briefes war nicht mehr im Sturm und Drang der Gymnasialjahre, wo man sich Brutus, Schinderhannes und Karl Moor zum Muster vornimmt, sondern Doktor der Medizin, und

drei Jahre später war er Bürgermeister von Montmortre. Aber in dem Gepolter des jungen Clemenceau gegen die Monarchen zeigt sich schon die ganze Verständnislosigkeit, die er für die soziale Bedingtheit geschichtlicher Formen und Bewegungen immer bewiesen hat. Er hat sich nur insoweit entwickelt, als er sich heute eine Ehre daraus macht, mit Moskathen zu speisen, anstatt sie selbst zu verpeisen.

Die neue Kometenhoffnung. Das Jahr 1908 ist ein Jubiläumsjahr für die Kometengeschichte, denn vor 50 Jahren wurde den Augen der Erdbewohner das herrliche Schauspiel des berühmten Donatichschen Kometen besahert. Dieser Komet gehörte zu den schönsten Naturerscheinungen dieser Art, die während der letzten Jahrhunderte für die Erde eingetreten sind. Er wurde zuerst am 2. Juni als eine ganz schwache Nebelmasse von Donati in Florenz entdeckt, entwickelte dann während des Monats August einen Schweif, der aber Ende August für das bloße Auge noch kaum sichtbar war. Die Entwicklung an Schwefel und Area nahm aber immer weiter zu und erreichte ihren Höhepunkt in der ersten Hälfte des Oktober. Der Schweif erstreckte sich damals fast über 60 Grade der Himmelslänge und hatte eine eigenartige Federform, während noch ein zweiter kleinerer Schweif von gradliniger Gestalt zu erkennen war. Es wäre nun eine eigene Fügung, wenn jetzt gerade nach 50 Jahren die Welt ein ähnliches Schauspiel erleben sollte. Es hat aber fast den Anschein, als ob der von Morehouse entdeckte Komet, der vorläufig die Bezeichnung 1908 o erhalten hat, gleichfalls eine solche Entwicklung nehmen könnte. Nach den in Vorbezug gemachten Beobachtungen, die der Pariser Akademie mitgeteilt worden sind, war zwischen dem 17. und 18. Oktober der Komet nur eine schwache Nebelmasse ohne Kern, aber mit einem deutlichen, zwei Grad langen Schweif; dieser war aber nur in einer Nacht dieser Woche sichtbar. In Amerika ist nach einer Meldung von „Englisch Mechanik“ der Himmelskörper am 29. Oktober bereits mit bloßem Auge gesehen worden. Er war, wenn auch noch sehr schwach, als ein langer dünner Lichtstreifen deutlich erkennbar, und der Schweif wurde bereits auf mehr als 5 Grade geschätzt. Im diese Zeit stand er in dem Sternbild der Leier. Die größte Sonnennähe hat der Komet noch nicht erreicht; er wird daher an Glanz noch zunehmen, und es wird auch von Astronomen als nicht unmöglich bezeichnet, daß er noch zu einem Ereignis ersten Ranges werden könnte.

Humor und Satire.

— Sein ausgedrückt. Raimun Kanolgerich aus Tarnob wird von einem Bekannten gefragt, wie sein letzter Konkurs ausgegangen sei.

„Im“, sagt Raimun, „wie soll er sein ausgegangen? Cines Tages hab' ich mich eingeladen meine Gläubiger, ich soll geben Aufklärungen über meine Bücher. Bin ich gekommen in a großes schönes Haus nach Zomburg, hat mich e Herr in e schönen grünen Beamtenuniform empfangen, hat mich aufgefordert zum Essen, und darauf bin ich gefessen und bin gefessen und bin gefessen und hab' sechs Monat' Aufklärungen gegeben über meine Bücher.“

— Lichtsteuer. Der Bundesrat machte wieder einmal halbe Arbeit, indem er Gas und Elektrizität versteuert und so und so viele andere Lichtquellen frei läßt. Petroleum ist allerdings auch besteuert, aber wie sieht es mit Oel, mit Kerzen, mit Streichhölzern, mit X-Strahlen, mit Radium-Strahlen? Und wenn man alle diese künstlichen Lichtquellen versteuert, warum nicht die natürlichen Strahlen des Tageslichtes? Ein Bedenken gegen eine Tageslichtsteuer wäre allerdings vorhanden; eine Steuer würde sich vielleicht weniger empfehlen als ein Monopol. Wenn der Staat das Sonnenlicht monopolisiert, braucht er niemand abzufinden; die Sonne verlangt keine Entschädigung. Und wie wirksam würde es sein, wenn der Staat jedem häuslichen Steuerzahler einfach die Tageslichtleitung absperrten könnte? („Jugend“.)

Notizen.

— Unsere Mitarbeiter und Korrespondenten sowie die Einsender von Manuskripten und Anfragen bitten wir, die in der Erledigung ihrer Angelegenheiten eingetretene Verzögerung zu entschuldigen, da der leitende Feuilleton-Redakteur längere Zeit erkrankt war.

— Theaterchronik. Grillparzer's Lustspiel „Woh' dem der lügt“, wird in diesem Jahre in den beiden Schiller-Theatern für die Rößlinge der Gemeindegulen der Stadt Berlin zum erstenmal gespielt werden.

— Neue Dramen. Leonid Andrejew's Spiel „Das Leben des Menschen“ erlebt seine deutsche Uraufführung am 23. im Düsseldorf'schen Schauspielhaus. Vorwiegend gelangt das Stück Anfang nächsten Jahres auch in Berlin im — Hebbel-Theater — zur Aufführung.

— Der Berliner Opernsegen. Neben den vielen Opernplänen, die in Berlin dann und wann aufstehen, ist schon wieder von einem neuen die Rede. Nach der „Modistin“ soll die neueste Oper, die sich auch der Unterstützung Wilhelms II. erfreuen soll (wir werden es ihm nicht, daß ihm keine eigene Oper nicht gefällt), Unter den Linden errichtet werden und 15 Millionen bereits gesichert sein.

— Der von Preisen verfolgte Dichter. Ernst Hardt, der für sein Drama „Tantris der Rarr“ den Voss'scher Preis erhielt, ist jetzt auch noch mit dem staatlichen Schillerpreis bedacht worden. Außerdem erhielt Karl Schönherr in Wien den Staats-Schillerpreis für seine Komödie „Erde“. Auf-nahmeweise scheint ja die staatliche Kommission nicht daneben gegriffen zu haben und auch nicht von höheren Eingriffen gestört worden zu sein.

— Was ein Raphael kostet. Durch die „Gesellschaft für Kunst und Literatur“ wurde in Berlin ein kleines Raphaelsches, aus römischem Vesuv stammendes Gemälde, das Maria mit dem Kinde darstellt, versteigert. Es kam auf 250 000 M. Im allgemeinen sind die Raphaels heute nicht mehr hoch so bewertet und zudem gibt es eine Reihe zweifelhafter.

deutschen Volkstümlichkeit behaupten können. (Sehr gut! links.) Die Behauptungen über die Stimmung Deutschlands zu England lassen auf einem großen Mißverständnis beruhen. Auch meine Freunde schließen sich den Erklärungen der anderen Parteien über unser Verhältnis zu England vollständig an, ja wir erklären darüber hinaus, daß das englische Volk Einrichtungen beifügt, um die wir es gerade jetzt am meisten bedürfen. (Sehr gut! links.) Nach die Behauptungen über Japan sollen falsch verstanden sein. Wir entziehen uns eines Telegramms des Admirals des Atlantischen Ozeans an den Admiral des Stillen Ozeans. Nach diesen Behauptungen scheint es aber, als wolle der Admiral des Atlantischen Ozeans auch Admiral des Stillen Ozeans werden. (Große Heiterkeit.) Der Kanzler sagte, dem Kaiser gehehe schweres Mitleid, wenn man an der Kauterkeit seiner Bestimmung und Vaterlandsliebe zweifeln. Wir tun das nicht, aber die Mittel, mit welcher er seine Vaterlandsliebe zum Ausdruck bringt, sind so bedenklich, daß wir sie nicht mehr angewendet sehen möchten. Ein Wehrer der Sympathien für Deutschland ist der Kaiser nicht gewesen. Der Reichskanzler hat hier einmal gesagt, der deutsche Kaiser soll kein Schwächling sein; er hätte hinzusetzen müssen: er soll auch kein Sonnenkönig sein. (Sehr richtig! links.) Der Reichskanzler sagte gestern: daß der Kaiser in Zukunft mehr Zurückhaltung üben wird, diese Ueberzeugung habe ich in diesen schweren Tagen gewonnen. Diese Ueberzeugung beruht auf einer Vermutung über einen psychologischen Prozeß, der ihn schon oft getrieben hat. Hier wollten wir etwas über Tatsachen hören, etwas darüber, daß der Reichskanzler mit dem Kaiser gesprochen und hier erklären konnte: der Kaiser und ich, wir sind einig. (Rebhastere Verfall links.) Der Reichskanzler hat von schweren Tagen gesprochen. Waren es auch schwere Tage für den Kaiser? (Rebhastere Verfall links.) Schwere richtig gewesen, in diesen Tagen im Mittelpunkt der Staatsgeschäfte zu sein und den leitenden Staatsmann zu Erklärungen zu ermächtigen, die die deutsche Nation beruhigt hätten. (Rebhastere Zustimmung links.) Der Kaiser soll in Oesterreich gefügt haben, er hoffe, daß es gelingen werde, die parlamentarischen Schwierigkeiten zu überwinden. (Rebhastere Verfall links.) Das Parlament hat niemals Schwierigkeiten gemacht in auswärtigen Angelegenheiten. (Bucur bei den Sozialdemokraten: Leider!) Es hat eine so große Zurückhaltung ausgeübt, daß es eine große Versäumnis heute ausgesprochen werden kann. (Sehr gut! links.) Aber gerade deswegen sind die entstandenen Schwierigkeiten ohne Schuld des Reichstages entstanden, die Verantwortung trifft ausschließlich die anderen gelegentlichen Faktoren. (Sehr richtig! links.) — Der Herr Reichskanzler sagte: Weder er noch ein Kanzler noch ihm werde die Verantwortung übernehmen, wenn die erwartete Zurückhaltung des Kaisers ausbleibe. Das war ein bedeutungsvoller Satz und er wäre noch bedeutungsvoller, wenn — er nicht schon einmal gesprochen worden wäre. (Sehr gut! links und Heiterkeit.) Das Schlimme bei der Sache ist, daß der schlimme Zufall im Auswärtigen Amt, der für uns von nebensächlicher Bedeutung ist, nicht eine Singularität, sondern einen latenten, einen chronischen Zustand offenbart hat. (Sehr wahr! links.) — Auf die Fragen der Intervention: Ob der Kanzler in der Lage sei, für die Zukunft ähnliche Vorkommnisse zu verhindern, hat der Reichskanzler wie gewohnt nicht geantwortet. Ich wiederhole diese Frage und frage weiter, welche Frage überhaupt der Kaiser bei der Uebernahme des Manuskripts gestellt hat. Sollten nur die Tatsachen nachgeprüft werden und wurde damit der Veröffentlichung des Interviews präjudiziert? Eine Politik, die in das goldene Buch zu Münden geschrieben hat: **Suprema lex, regis voluntas!** (Das oberste Gesetz ist der Wille des Königs!), ist nicht geeignet, selbständige Staatsmänner heranzubilden, wie es für ein Volk von 80 Millionen notwendig ist. Die Hauptfrage ist, ob die staatsrechtliche Verantwortlichkeit des Reichskanzlers nicht zur reinen Fiktion geworden ist. Zur Frage der Verschuldung muß ich noch sagen, schuld hat auch die byzantinische Presse und das Volk, welches diese Presse liest. (Rebhastere Zustimmung links.) Ueber die englische Presse will ich nicht sprechen, nur von dem einen, dem Fremden, der das Interview mit den schmeichlerischen Worten eingeliefert hat, es würde Sympathien für den Kaiser erwecken. Viele Treuhersgeist gleich der Treuhersgeist des Fuchses in der Habel vom Fuchs und den Raben, wo der Fuchs den Raben mit schmeichlerischen Worten über sein schönes Singen veranlaßt, sein Singen aufzumachen. (Große Heiterkeit.) — Die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers kann ohne Verfassungsänderung eine stärkere werden. Der Bundesratsauschuß darf nicht eine bloß schlafende Behörde sein, sondern muß regelmäßig zusammentreten. Ohne Verfassungsänderung können wir zur konstitutionellen Regierungsweise übergehen. Der Staatsmann, der für die Regierungsgeschäfte die Verantwortlichkeit im Parlament hat, muß eben auch die Staatsgeschäfte selbst führen; die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers ist ja nur eine Fiktion, wenn er die Geschäfte nicht selbst führt. Wenn er sich auf eine Mehrheit im Parlament stützt, wird auch seine Stellung außerordentlich gefährdet. Ist er nur der Mandatar eines Einzelnen, so hat er dessen Aufträge auszuführen. Kann er aber sagen, gewisse Maßnahmen nehme ich nicht vor, weil ich keine Mehrheit im Parlament dafür habe, so ist ihm das Rückgrat außerordentlich gefährdet. (Rebhastere Zustimmung links.) Man sagt nun, wir haben keine Mehrheitsparteien. Das ist eine petitio principii. Wir sind jedenfalls im Uebergang zu diesem Prinzip. Es wäre ein großer Gewinn, wenn die neuesten Erlebnisse zur Schaffung einer solchen Mehrheit führten. Bis vor wenigen Tagen waren dies, was ich vortrage, akademische Apophorismen. (Sehr gut! links.) Heute fällt es das ganze Volk. Auch die Konservativen werden sich sagen müssen: die Zustände wären nicht eingetreten, wenn wir die konstitutionelle Verfassung in Deutschland hätten. (Sehr gut! links.) Gerade wenn ein Monarch begibt und voll Initiative ist, wenn er noch — dazu auf die Menschen hinreichend wirkt, wird die Gefahr um so größer, weil er dann dadurch verführt wird, immer mehr aus sich herauszutreten. Das führt zur Vertrauenslosigkeit, die wieder ein Moment zur Steigerung des Selbstvertrauens wird. Dazu kommt, daß nach dem Hofzeremoniell kein anderer als der Monarch die Richtung des Gesprächs bestimmen darf. Halb ist auch der konservative Redner schon zum konstitutionellen Prinzip übergegangen, wenn er erklärt: wir halten uns allein an den Reichskanzler. Dann müssen Sie auch den weiteren Schritt tun, dem Reichskanzler, der die Verantwortung haben soll, auch allein die Führung der Geschäfte zu überlassen. Es hängt viel von Ihnen (nach rechts) ab. Sie können nach dem, was vorgefallen ist, das persönliche Regiment nicht wollen. Sie werden erwägen müssen, ob nicht wirksame Gegengewichte geschaffen werden müssen und ob nicht die natürlichen Gegengewichte die sind, die in dem konstitutionellen Regierungswesen liegen. Den größten Nutzen davon würde die Monarchie haben; das sollte für Sie auslaggebend sein. Wenn es zu einer Einigung nicht kommt, wenn dieser Reichstag und nicht wird der nächste Wahlkampf unter dieser Parole vom deutschen Volke geführt werden und dieser Wahlkampf beginnt mit dem Augenblick, wo der Reichstag zeigt, daß er versagt in der Erfüllung dieser Aufgabe. (Rebhastere Zustimmung links.) Die Einigkeit des Reichstages hat uns den Gedanken einer Adresse an den Kaiser nahegelegt, die nur möglich ist, wenn wir einig sind und daß dies der Fall ist, hat die Debatte gezeigt. Wir können Ihre (nach rechts) Formulierungen annehmen (Widerspruch bei den Sozialdemokraten), sowohl die Formulierung, daß etwas geschehen müsse, um derartige Vorkommnisse in Zukunft zu verhindern. Das ganze deutsche Volk würde es als eine Tat ansehen, wenn eine solche Einigung stattfände. Es wäre das ein ehrlicher Versuch, eine Wandelung mit dem Kaiser herbeizuführen. Möge Deutschland wachsen, gedeihen und blühen, geklärt durch dieses Trauerspiel. (Rebhastere Verfall bei den Freisinnigen.)

Abg. v. Saff-Jaworski (Pole) verliest eine auf der Tribüne unverständlich klingende Erklärung seiner Fraktion.

Abg. Heine (Soz.):  
Auch und konnte die Erklärung des Reichskanzlers nicht befriedigen, sie war ein äußerst geschickter

persönlich hat sie, so angesehen, ästhetisches Vergnügen gemacht. Aber weiter war sie nichts. Am auffallendsten war das, was gar nicht berührt wurde, sie enthält kein Wort über die Vorgänge in Casablanca. Tagelang hat man es verstanden, die öffentliche Meinung aufzuregen und von dem wichtigsten abzulenkten. Man hat sogar gemeint, wir sollten uns wegen dieser Bogatelle mit Frankreich überwerfen. Es gibt Blätter, die von einem Kriege geredet haben und sagten, man habe auch an Krieg gedacht. Sollten sich vielleicht auch die ernsten Töne des Reichskanzlers, der von großen Gefahren sprach, auch auf Casablanca beziehen? Na, die Sache ist ja so beigelegt, wie es einzig und allein würdig ist. Ich hätte mir schon vorgenommen, dem Reichskanzler einen mir bekannten alten Amtsrichter zu empfehlen, der eine außerordentliche Routine darin besitzt, wenn die Schulzen und die Wöllern sich in die Haare geraten sind, weil ihre Kinder sich beim Spielen gezannt haben, eine Vergleichsformel zu finden. Ich freue mich, daß das Auswärtige Amt seinen Kredit wiederhergestellt hat, indem es die Vergleichsformel auch ohne den alten Amtsrichter fand. (Heiterkeit.) Es war aber

ein Spiel mit dem Frieden, das parlamentarisch gar nicht richtig charakterisiert werden kann. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Was der Reichskanzler als Grund der Irrungen im Auswärtigen Amt angegeben hat, will ich als richtig annehmen. Ich habe nicht Lust, nachzufragen, wie es früher war. Was wir beim Lausitzer Prozeß erfahren haben, zeigt ein so unentwirrbares Netz von Intrigen und Unwahrhaftigkeiten, daß es unmöglich ist, dort einzudringen. Wer kann wissen, ob das Manuskript überhaupt in das Auswärtige Amt gekommen ist. Wer kann wissen, ob der Reichskanzler der erste nicht hat sein wollen, der Bedenken gegen das Manuskript erhebt. Wer kann wissen, ob nicht ein Beamter im Auswärtigen Amt Bedenken gegen das Manuskript gefunden hat, aber doch das Verhängnis hat seinen Gang gehen lassen. Es gibt hierbei wichtigere Dinge zu betrachten. Wenn alles wahr ist, was uns über die Veröffentlichung mitgeteilt ist, so bleibt unter allen Umständen ein erhebliches Verschulden des Reichskanzlers. Er wußte erstens, daß das Manuskript in einer englischen Zeitung erscheinen sollte; er wußte zweitens, daß es aus dem kaiserlichen Hoflager kam, also keine Kleinigkeit war; und er wußte drittens, daß der Kaiser die Veröffentlichung wünschte. Wenn er trotz alledem nicht vorhatig war, so trifft ihn, was wir Juristen bezeichnen als culpa lata dolo proxima (ein Verschulden, das an Vorsatz grenzt). Er wußte doch, daß alles, was von dorther kommt, wie Sprengpulver wirkt.

Was nun den Inhalt des Interviews betrifft, so hat der Kanzler in der Form eines Dementis alles wesentlich zugehoben. Was heißt es denn, wenn er sagt, die Äußerung über die Feindschaft der Mehrheit des deutschen Volkes gegen England wären zu stark gewesen. Wer hat denn den Ausdruck zu stark gewählt? Heute steht im „Daily Telegraph“, daß das Manuskript genau so abgedruckt ist, wie es im kaiserlichen Hoflager gewesen und dort genehmigt ist, ja, daß dort die Veröffentlichung gewünscht wurde. Das hat der Kanzler gestern auch gar nicht bestritten. Wir müssen also damit rechnen, daß das, was veröffentlicht ist, auch so veröffentlicht ist, wie es der Kaiser gewollt hat. Aus den Behauptungen des Kanzlers geht auch hervor, daß der Kaiser den Engländern gegenüber nichts von einem Feldzugsplan gesprochen hat. Ob der Ausdruck vom Kaiser gebraucht ist, ist wirklich gleichgültig, ob es nun ein detaillierter Plan oder nur Apophorismen gewesen sind. In meinem Blick hat ja Lord Roberts den Feldzugsplan nicht bemerkt. Möge sich das immer für unser deutsches Volk ereignen, daß wir so viel Mühe mit derartigen Feldzugsplänen haben. (Sehr gut! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Der Generalkonsul, heißt es in der Erklärung des Fürsten Witow, habe einen Feldzugsplan nicht geprüft. Fürst Witow sagt aber nicht, ob nicht etwa einer oder mehrere Offiziere des Generalkonsulats eine solche Arbeit geleistet haben, wie es heutzutage in der Presse behauptet worden ist und wie sehr gut unterrichtete Leute wissen, daß es geschehen ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Mitteilungen des Kanzlers über

die Intervention zugunsten der Buren und die Mitteilungen nach England sind ebenfalls mehr als gewunden. Herr Houhmann hat schon darauf hingewiesen. Ich habe wirklich das Gefühl, als ob, wenn man hier noch weiter frant, Dinge herauskommen, die im Interesse des Deutschen Reiches besser verschwiegen bleiben. (Sehr gut! links.) Aber auf eines möchte ich hinweisen: der Kanzler hat von dem Artikel der „Deutschen Revue“ gesprochen. Dieser Artikel gleicht in seiner Tendenz und seinem Inhalt dem Artikel im „Daily Telegraph“ ganz ausfallend. Auch er spricht abschätzend über die Haltung des deutschen Volkes gegen England und nimmt auch Bezug auf persönliche Korrespondenzen des Kaisers an seine Großmutter in diesen traurigen Zeiten englischer Niederlagen. Und dieser Artikel stammt aus dem Auswärtigen Amt. (Rebhastere Hört! Hört! links.) Hat nun der Herr Reichskanzler von diesem Artikel auch nichts gewußt, hat er nach dem Erscheinen des Artikels nicht wenigstens von dieser gefährlichen Art, um die Sympathien Englands werden zu wollen, gewarnt, hat er womöglich gar diesen Artikel in der „Deutschen Revue“ veranlaßt und gebilligt? Was ich am meisten in der Erklärung des Kanzlers vermisste, ist jede Ankündigung einer Sicherheit gegen eine Wiederholung dieser Vorkommnisse. Der Kanzler hat die Hoffnung ausgesprochen, daß der Kaiser sich Zurückhaltung auch in seinen Privatgesprächen auferlegen werde. Ja, wenn ihn nun die Hoffnung täuscht, was dann? Wir können uns doch damit nicht beruhigen, und ich meine, auch der Kanzler kann es nach seinen Erfahrungen nicht. (Sehr richtig! links.) Ich folge der Aufforderung des Reichskanzlers, der Kaiser meine es gut. Ich Du lieber Gott, daran hat hier im Hause und außer dem Hause nie ein Mensch gezweifelt. Aber die Hauptfrage ist, ob der Kaiser sich Zwang auferlegen kann, und da sage ich, das kann er nicht, er kann eben nicht anders handeln, als er ist. (Sehr gut! links.) Gewiß hat er den guten Willen, aber mit dem guten Willen ist es nicht gemacht, und er glaubt, daß es mit dem guten Willen gemacht sei. Wenn er seinen Erfolg sieht, bei seinen sehr wohl gemeinten und von uns dem Ziele nach gebilligten Bestrebungen, England freundlich zu machen, so beklagt er sich, die anderen wären daran schuld. Er sagt, die Engländer verstanden ihn nicht und fühlt sich

als verkannte Unschuld. Er erzählt den Engländern, was er alles Gute für England getan hat, vergißt dabei aber ablos, wie er durch das Telegramm an dem Träger die englische öffentliche Meinung auch gereizt hat. Er vergißt vollständig, daß es ein Lieblingswunsch gerade des kriegsliebenden englischen Volkes ist, eine internationale Verständigung der Mächten zu erreichen, und daß er es ist, der diesen Wunsch durchkreuzt hat. (Sehr gut! links.) Und dann wundert er sich immer noch, daß die Engländer nicht vor Begeisterung hochgehen, wie der Berliner sagt. Er nennt sie Wurzholer, die ihn nicht verstehen wollen. Ich habe die sichere Erwartung, daß der Kaiser aber uns hier, über den Reichstag, über die ersten Vorschläge, die gestern hier von allen Seiten laut geworden sind, ganz ebenso denkt, daß er sich wundert, daß wir keine guten Absichten nicht anerkennen, und sich von uns verkannt fühlt. Das Gefühl, verkannt zu sein, ist das notwendige Ergebnis einer solchen Pöbe, wie wir sie beim Kaiser nun seit 20 Jahren kennen. (Sehr gut! links.) Er fühlt sich sicher auch von den Arbeitern verkannt.

Aber vielleicht ist es gut, daran zu erinnern, wie er sich über die Partei ausgesprochen hat, der doch nun einmal 3 250 000 Arbeiter angehören — bei den letzten Wahlen angehört, heute mehr es dank der Vorkommnisse der letzten Tage eine ganze Zahl mehr sein. (Sehr wahr! bei den Sozialisten.) 1800 kam die Sozialreform. Die Sozialdemokratie erklärte, sie wolle abwarten. Dazu hatten wir allen Grund, denn bereits 1880 kam die Rede an die Bergarbeiter-

deputation, worin der Kaiser erklärte — zu Sozialdemokraten — daß jeder Sozialdemokrat für ihn ein Reichs- und Vaterlandsfeind sei. Er würde auf die Arbeiter schießen lassen, wenn sie sich sozialdemokratischen Bestrebungen hingeben. Als ob nicht jeder das Recht hätte, auch Sozialdemokrat zu sein. So ist es stets. Mit Bedrohungen und Beschimpfungen bei jeder Gelegenheit: „Rotte von Menschen, nicht wert, den Namen Deutsche zu tragen“, „vaterlandlose Gesellen“ und so fort. Ich bin überzeugt, der Kaiser wundert sich und ärgert sich über die Unabkärtheit dieser Leute, die seinen guten Willen nicht anerkennen wollen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Dazu kommt sein ruderisches Temperament. (Heiterkeit.) Gestern hat uns der Kanzler erklärt, die Ausdrücke in dem Interview seien zu stark aufgetragen. In derselben Minute überreichte der Kaiser am Bodenfuß dem Grafen Joppelin den Samaritanen Adlerorden und nannte ihn „den größten Deutschen des 20. Jahrhunderts“. Bei aller Verehrung für den genialen, mutigen und dabei höchst beschriebenen Grafen (Sehr gut!) — ist das nicht etwas stark aufgetragen? (Sehr gut! und Heiterkeit.) Ist das der Anfang einer mehr temperierten Rede? (Große Heiterkeit.) Wir brauchen ernste konstitutionelle Garantien. (Sehr wahr!) Der Abg. Singer hat gestern einige der Maßnahmen erörtert, die zur Vorbeugung nötig sind. Darauf hat der Abg. v. Hildebrand erwidert, er sehe nicht ein, warum Singer nicht gleich die Abschaffung der Monarchie gefordert hätte. Ganz einfach deshalb, weil es sich dabei nicht um eine prinzipielle Erörterung, sondern nur um Maßnahmen für den gegenwärtigen Augenblick auf dem Boden der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung handelt. Alles, was der Abg. Singer gefordert hat, ist keine sozialdemokratische Zukunftsutopia, sondern durchaus vereinbar mit der gegenwärtigen Staatsordnung und in einer ganzen Reihe von Staaten schon durchgeführt. Singer hat zunächst

ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz gefordert. Schon im Jahre 1900, als der Kaiser die Chinarobe gehalten hatte, haben wir dem Hause einen ausgearbeiteten Entwurf über die Ministerverantwortlichkeit vorgelegt. Der Schwerpunkt des Entwurfs lag nicht sowohl in dem genau durchgearbeiteten Verfahren der Ministeranklage und der Bildung des Staatsgerichtshofes, als darin, daß die Verantwortung des Kanzlers überhaupt zweifelsfrei festgestellt wurde. Wir haben bisher nur den Artikel 17 der Verfassung: „Anordnungen und Verfügungen des Kaisers bedürfen zu ihrer Vollziehung der Gegenzeichnung des Kanzlers, welcher hierdurch die Verantwortung übernimmt.“ Es handelt sich also hierbei nur um schriftliche Akte, während unser Entwurf forderte: „Der Reichskanzler ist für seine Amtsführung dem Reichstage verantwortlich.“ Diese Verantwortung erstreckt sich auf alle politischen Handlungen und Unterlassungen des Kaisers.“ Also nicht nur auf kontrahirte Akte, sondern auf alle Handlungen. Aber damals hieß die ganze „nationale“ Reichstag über unsere verrückte Idee, stellte uns so als „Wurzholer“ als eine Art Witzfigur hin. (Heiterkeit.) Als wieder im Jahre 1900 Kaiserreden die Öffentlichkeit aufregten, brachten wir wenigstens eine Resolution ein, die eine wirksame Verantwortung des Reichskanzlers forderte. Ich habe damals dargelegt, daß die Verhältnisse der deutschen Politik dieses Regieren bald von hier, bald von da, bald vom Schiff und bald vom Eisenbahnwagen (Jurist: Luftschiff!) nicht zuließen. Ich habe auf die Reizung des Kaisers zu privaten Kreuzzügen hingewiesen, die neben einer eminenten politische Tragweite hätten. Gleichwohl hat es kein einziger in diesem Hause außer uns für angemessen gehalten, auch nur ein Wort zu diesem Antrag zu sagen und unsere Resolution haben Sie niedergestimmt. (Rebhastere Hört! hört! bei den Soziald.) Ich konstatiere, daß heute von allen Seiten Einverständnis mit dem erklärt worden ist, was wir damals gefordert haben. Nun hat der Reichskanzler allerdings erklärt, er übernehme die Verantwortung für alle Handlungen des Kaisers. Aber damit ist dem Volke und dem Reich die nicht gedient. Nicht darauf kommt es an, ob ein Minister so tätig ist, freiwillig diese unangenehme Verantwortung zu übernehmen, sondern darauf, daß er durch Gesetz dazu gezwungen ist. Es könnte ja auch einmal ein Kanzler kommen, der uns sagt: Was geht das mich an? Was geht das gar nichts an! (Heiterkeit.) Wir müssen eine gesetzliche Festlegung schon deshalb haben, um für die Diskussionen des Reichstages eine Basis zu gewinnen. Früher hat bekanntlich Graf Walldrem als Präsident den Grundlag aufgestellt, man dürfe über Reden des Kaisers nur sprechen, wenn der „Reichsanzeiger“ sie abdruckt. Das hatte nur zur Folge, daß der „Reichsanzeiger“ Kaiserreden überhaupt nicht mehr brachte. (Heiterkeit.) Zu unserer Freude ist man jetzt von dieser alten Gepflogenheit abgewandt; aber der Reichstag möchte weiter gehen und fordern, daß ihm alle Reden und Schriftstücke des Kaisers, die dieser an andere schickt, in authentischer Form als Weisbücher vorgelegt werden. (Sehr gut! links.) Dann erst hätten wir die Basis für eine fruchtbare Debatte. Der Wunsch, den Kaiser nicht in die Erörterung zu ziehen, ist nur da haltbar, wo der Fürst wirklich nur herrscht, aber nicht regiert, wo er nicht ist als Repräsentant der Nation, sich aber in die Politik selbst hineinmischet. Bei uns ist es einfach unmöglich, den Kaiser aus der Diskussion herauszulassen. Aus dieser Lage herauskommen können wir nur, wenn wir zu wahrhaft konstitutionellen Zuständen gelangen. Dazu gehört an erster Stelle, daß ein Kanzler, der das Vertrauen des Hauses verliert, von seinem Posten weichen, gestürzt werden muß. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Abgeordnete v. Hildebrand hat gestern gesagt, daß der Reichskanzler so große Verdienste um das ganze Volk hätte, wie er sie in Wahrheit nur um die Agrarier hat, auch dann müßte er nach meiner Meinung jetzt vom Schauplatz verschwinden. Selbst wenn wir wüßten, daß wahrscheinlich ein viel Schlechterer und Unfähiger an seine Stelle kommt, müßten wir doch seinen Rücktritt fordern, nicht um seiner selbst willen, sondern weil dem Kaiser gezeigt werden muß, daß sich kein Kanzler halten kann, der nicht seinen persönlichen Neigungen energisch entgegentritt. Wenn erst drei oder vier Kanzler auf diese Weise verdrängt sein werden, dann wird der Kaiser aufhören. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Notwendige Vorbedingung dazu ist die

Abänderung der Verfassungsordnung. Wenn die heutige Debatte mit einer Resolution endete, strefte ich doch stark, ob die Mehrheit es wagen würde, dem Reichskanzler ihre Vertrauen auszusprechen. Nur die Unmöglichkeit, die heutige Debatte durch Annahme einer Tagesordnung zu schließen, ist die Rettung aller Minister, die nur einen Schein von Verantwortlichkeit, keine wirkliche Verantwortlichkeit vor dem Hause übernehmen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Singer hat ferner die Entscheidung über Krieg und Frieden durch den Reichstag verlangt. Der Reichskanzler hat gestern gebeten, keine Schwäche vor dem Auslande zu zeigen; auch ich glaube, obwohl diese Äußerung die Forderung Deutschlands vollenden wird, nicht, daß sie jetzt oder in naher Zukunft zum Kriege führen wird. Das Interesse, das alle Mächte an der Erhaltung des Friedens haben, ist Gott sei Dank wichtiger, als die Wünsche der Chauvinisten und Kriegstheoretiker. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber in diesen Tagen ist es ein Fehler geworden, daß das Deutsche Reich viel weniger Schutz vor dem Auslande braucht, als vor seiner eigenen Leitung. (Sehr wahr!) Wer so gründlich die Tatsachen und die Wirkung seiner Handlungen und Neuzerungen verkennt, wie es geschehen ist, kann uns eines Tages in eine Situation hinein geritten haben, in der ein Krieg da ist, den niemand gewollt hat, weder das Volk noch der Kaiser. Hier sind ganz energische Hemmungen notwendig. Wer vollständig empfindet, für den ist es überhaupt selbstverständlich, daß die Vertreter des Volkes zu entscheiden haben, ob sie dem Kriege zustimmen wollen. Denn das Volk ist es doch schließlich, das die Kosten und Leiden des Krieges zu tragen hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Volksvertretung hat zu bestimmen, wie die Kasernen in Auenstein oder Neu-Ruppin gebaut werden

so, aber nicht zu entscheiden über Krieg und Frieden. Diese ganze bei und verfassungsmäßig überlieferte Regelung von Krieg und Frieden durch den Monarchen ist nichts als ein Ueberbleibsel aus der Zeit, wo der Staat nur Privatbesitz und Werkzeug des Fürsten und der Krieg dessen vornehmstes Vergnügen war. Aber über diese Zeit sind wir doch tatsächlich weit hinaus. Ich hätte geglaubt, daß über diese Frage alle Parteien einig sein könnten. Ich habe meinen Diener nicht getraut, als vorhin der Abgeordnete Schrader sagte, er sei nicht für ein parlamentarisches Regime und nicht für verantwortliche Reichsministerien. Ich weiß ja, daß das Gegenteil davon im Programm der Freisinnigen steht (Große Heiterkeit). Ich habe inzwischen gehört, daß der Abg. Schrader sich nur versprochen hat und gemeint hat, unsere verfassungsmäßigen Zustände böten keine große Hoffnung auf Durchführung dieses Programms. Ich habe danach kein Interesse. diesen Internen der Freisinnigen Vereinnung weiter nachzugehen. Aber schon gestern hat der Abg. Singer dargelegt, daß es ganz unerheblich ist, wie kurzzeit der Bundesrat über diese Forderungen denkt. Wichtig ist zunächst, daß wir einmütige Beschlüsse des Reichstages herbeiführen! Dann können wir die Verantwortung für den Fortbestand dieser anarchischen Zustände dem Bundesrat überlassen. Das Interesse, die Ehre und das Ansehen des Reichstages macht es notwendig, so vorzugehen. Einmal muß man anfangen, energisch zu fordern, man kann damit nicht warten, bis der andere es schon bewilligt hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber übrigens hat die Mehrheit jetzt

#### ein mächtiges Pressionsmittel

in der Hand. Die Mehrheit ist verpflichtet, die Reichsfinanzreform zur Erfüllung unserer konstitutionellen Forderungen auszuführen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Haußmann schien zu dieser Politik ja bereit. Wann wollen Sie denn überhaupt die konstitutionellen Garantien, die wir fordern, einführen, wenn nicht die Regierung in einer Zwangslage ist? Gutwillig wird sie sie nicht geben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Alle parlamentarischen Rechte seit der Zeit der Magna Charta sind erungen worden, wenn sich die Regierung in Geldverlegenheiten befand. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Glauben Sie doch nicht, daß das zum Zusammenbruch der Bundesregierung führen würde. Sie können sicher sein, man riskiert keine Auflösung des Reichstages, keine Reuewahlen unter der Parole für oder gegen den Kaiser, für oder gegen 500 Millionen Mark neue drückende Steuern. (Heiterkeit und Beifall.) Nie war eine Situation für die parlamentarische Mehrheit günstiger als jetzt. Glänzendere Erfolge kann eine energische Vollvertretung garnicht erringen als jetzt. Wer diese Forderung des Tages verkennt, vernachlässigt seine staatsbürgerlichen Pflichten. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Freilich Gesetze allein machen es nicht. Es muß dazu kommen, die politische Ermahnung, der politische Wille, sich das persönliche Regiment nicht länger gefallen zu lassen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Denn verantwortlich für diese Dinge ist garnicht allein der heutige Reichskanzler, verantwortlich sind die bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme und die weitesten Kreise des Volkes selbst. Namentlich die Herren v. Liebermann und v. Camp, die in diesen Tagen die Plänen Bismarcks heraufbeschworen haben, möchte ich daran erinnern, daß Bismarck der eigentliche Vater des persönlichen Regiments ist. Ich erinnere Sie an den Erlass Kaiser Wilhelms I. vom 4. Januar 1882, diesen Erlass, worin er für den König von Preußen in Anspruch nimmt, die Regierung und die Politik nach eigenem Ermessen zu leiten. Damals wurde das persönliche Regiment stabilisiert, als es hier, alle bleiben auch nach der Gegenzeichnung durch die Minister Akte des Königs und bezeichnen seine Willensmeinung. Es ist eine Verschleierung und Verdunkelung, wenn die Sache so dargestellt wird, als ob diese verfassungsmäßigen Akte ausgingen von dem Minister und nicht von dem König selber. Der Kaiser nimmt es als sein Recht in Anspruch, seinen Willen nicht nur in Preußen, sondern auch den geachteten Körpern des Reiches gegenüber zur Geltung zu bringen. „Ihrer mein und meiner Nachfolger verfassungsmäßiges Recht zur persönlichen Leitung der Politik will ich keinen Zweifel lassen.“ (Lebhafte Heiterkeit!) Bei den Sozialdemokraten.) Am dem Tage, wo der Erlass erschien, war ich mit einem mir befreundeten Engländer zusammen, der mir sagte: „Du, jetzt hast du doch nach vier Monaten die Revolution!“ (Große Heiterkeit.) Ich schmeckte etwas von Straßrod und Karl L. vor. Ich erwiderte, daß mir solche Verhältnisse in Deutschland nicht hätten. In der Tat habe ich auch außer einigen sehr zahmen Protesten seitens der Fortschrittspartei nicht den Sturm der Entrüstung gegen diese Vernichtung der Parlamentarität gesehen, den man hätte erwarten sollen. Fast die gesamte Presse und namentlich Herr v. Liebermann, die nationale Presse jubelte über diese

#### Stabilisierung des persönlichen Regiments.

Damals stand in der ganzen Presse zu lesen, daß wir in Preußen ein persönliches Regiment hätten, und man tat sich wer weiß was zugute über diesen Risikofortschritt. Jetzt sehen Sie ja, was daraus geworden ist. (Heiterkeit.) Bismarck selber wußte ja, wie er den alten Kaiser beherrschte. Zu dem reinen Zwecke seiner persönlichen Politik moštierte er sich als ihr Handlanger, und nachher hat er ja selbst ihre Folgen zu lösen bekommen. Die Weltgeschichte ist nicht reich an Akten der Gerechtigkeit; aber das war einmal Reines, daß dieser kluge und große Mann selbst in die Grube stürzte, die er anderen gegraben hat. Den alten Kaiser Wilhelm hat der Erlass wohl nicht sehr geschädigt. Er hat ihn wahrscheinlich mit einigen Kopfschütteln unterzeichnet. Aber der jetzige Kaiser war damals 22 Jahre alt, und ihm hat Bismarck damals diese Handlangertheorie, diese Aspirations des persönlichen Regiments eingebläht, und die Folgen tragen wir noch heute. (Sehr wahr!) Aber auch Bismarck war nicht allein schuld, alle Parteien waren schuld daran, weil sie abwechselnd den Träger der Krone gegen die Gegner auspielteten. Ich erinnere daran, wie vor allem die Antisemiten den alten Kaiser persönlich in den Streit hineingezogen haben und ihn ausgepielt haben gegen die Fortschrittspartei. Ich erinnere die Liberalen daran; nicht mit Unrecht konnte Bismarck sich damals gegen die Angriffe, die Eugen Richter gegen ihn richtete, darauf berufen, daß ja die Fortschrittspartei selber ihm Vorwürfe gemacht hatte, weil er ein Handweiser wäre und den großen und guten König verdrängen wollte. Und wie haben es nachher die Liberalen mit Kaiser Friedrich gemacht? Sind sie nicht auch mit seinen Äußerungen, z. B. über die antisemitische Bewegung, heulend gegangen? Während seiner kurzen unglücklichen Regierungszeit hat er zwar streng parlamentarisch regiert, es hat aber mit an Versuchen gefehlt, ihn zu persönlichen Eingriffen in die Politik zu bewegen. Und was hat das Zentrum getan? Wer war der Präsident des Reichstages, der in Ehrfurcht erkrankte? (Sehr gut! links.) Und was hat der Block in der Wahlzeit des Jahres 1907 getan, als er vor die Fenster des Schloßes zog und sich dort eine lobende Anerkennung holte? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ihr seid allzumal Sünden! (Stürmische Heiterkeit.)

Die Sozialdemokratie hat sich davon ferngehalten. Als 1890 der Kaiser die Sozialdemokratie auf sich nehmen wollte, als er uns mit der Verbeihung der Sozialpolitik kam, da hätte es sehr nahe gelegen, daß die Sozialdemokratie darauf einging und die hingestreckte Hand ergrieffen und geschüttelt hätte. Ich kenne nicht einen Sozialdemokraten, der auch nur einen Moment irre geworden wäre über die Haltung, die die Partei damals einzunehmen hatte. Darum konnte ich sagen: „Ihr seid...“ — Es kommt ja noch ein anderes hinzu.

#### Die Pringenerziehung

ist immer etwas Gefährliches, gefährlicher noch wie kritische Bewandlung, die von allen Seiten dem Träger der Krone in jungen Jahren schon entgegengebracht worden ist und die sich in einer wahrhaft fieberhaften Hitze von Jahr zu Jahr steigert. Als das muß ja wie Gift wirken. Der Kaiser hat vielerlei Interessen, er hat sich gewöhnt, über alles zu

sprechen. Er spricht über Wissenschaft und ahnt nicht, wie die Männer der Wissenschaft die Köpfe darüber schütteln, und es sagt es ihm auch niemand. Er spricht über Kunst und weiß nicht, wie man in Künstlerkreisen lächelt und die Köpfe zuckt. Er spricht über Politik — na, davon haben wir nun genug geredet. (Große Heiterkeit.) Aber das Schlimmste ist, daß ihm seine launen Bewunderer die Vorstellung beigebracht haben, daß er in allen Dingen zu bestimmen, zu kommandieren, Nichtschancen zu legen, Ziele zu stecken, Befehle zu geben habe. Der Kaiser bestimmt, welche Denkmale irgendwo ausgeführt werden sollen, auch wo er es nicht bezieht, und wo ihn die ganze Sache nichts angeht. Die Komitees lassen sich das gefallen. Der Kaiser wählt über die Köpfe seiner Minister hinweg Persönlichkeiten für die wichtigsten Posten aus, und die Minister lassen sich das gefallen. Der Reichskanzler hat früher einmal auch diese Zielgerichtigkeit des Kaisers verheißt. Er hat gesagt: „Der Kaiser ist kein Philister, Herr Bebel. Das ist im Anfang des 20. Jahrhunderts entschieden ein Gewinn.“ Nun, Bebel ist auch kein Philister, aber mit solchen Schlagworten tut man doch die ganze Sache nicht ab. Der Kanzler hat sich dabei auf den Standpunkt des Korpsstudenten gestellt, der seine Lebensaufgabe darin sieht, befreundeten Korporationen, handwegemäßen Bekanntheitsnamen Pflichten zu sagen, dann auch wieder mal an das Kapitel zu schlagen und zu rufen, der aber jeden, der fleißig arbeitet, und nur über das redet, wovon er wirklich etwas versteht, einen Philister nennt. In diesem Sinne mag ja das Wort des Kanzlers richtig sein (Heiterkeit links), aber ich sage, wir möchten lieber etwas philistisches Verantwortungsbewußtsein, als diese sogenannte Genialität, die uns in solche Logen bringt, diese Aktivität, die schließlich immer mit Verlegenheiten endet. (Sehr richtig! links.) Wir haben uns ja in Deutschland schon sehr daran gewöhnt an dieses schabrackenartige Dilettantentum, das alles gut meint, aber nichts gut macht. (Härsi Bälou erhebt sich wieder im Saal.) Dieses Dilettantentum ist gerade das Gegenteil deutscher Tatkraft. (Sehr richtig! links.) Dies Dilettantentum, das sich in weiten Kreisen unseres öffentlichen Lebens bemerkbar macht, ist längst etwas, das alle Hochschulen in allen Schichten des Volkes, in allen Parteien mit Sorge um die Zukunft des deutschen Volkes, des deutschen Geisteslebens, der deutschen Kultur erschallt. (Sehr wahr! links.) Nur der Herr Reichskanzler sieht das Bedenkliche eines solchen Dilettantismus nicht.

#### Noch ein paar Worte über

#### die Richtung der kaiserlichen Kundgebungen.

Sie sind alle von einem Geiste, nämlich alles bezieht der Kaiser auf sich und alles auf seine Familie. Deutschland haben seine Vorfahren groß gemacht. Ach, du lieber Gott, wir wissen doch, daß seit dem Tode Friedrichs des Großen bis zu dem Tage, wo Bismarck Kaiser Wilhelm I. die Zustimmung zur Annahme des Kaiserstitels betraute abzwang (Sehr richtig! links), die preussischen Könige immer nur Hemmnisse jeder nationalen Entwicklung gewesen sind. Wenn unter Wilhelm I. bedeutende Erfolge zur nationalen Einigung und sehr geringe auch zur nationalen Bekreitung gemacht worden sind, dann ist das nicht das Verdienst des Kaisers, sondern das Verdienst Bismarcks, der sah, daß er anders keine anderen Ziele nicht erreichen konnte. Es ist eine merkwürdige Selbsttäuschung, wenn man sich einbildet, die Vorfahren des Kaisers hätten Preußen, geschweige denn das Deutsche Reich zu dem gemacht, was es ist. Aber das hat man dem Kaiser so gesagt, das sind die Folgen des Gedächtnisunterriats, den er erhalten hat, die Folgen der Pringenerziehung. Das Reich ist dem Kaiser ein Mittel zur höheren Ehre der Familie. Die Kunst hat seine Ahnen zu feiern, die Religion hat die Aufgabe: „dem Geiste der Ehrfurcht gegen mich zu stärken.“ Die Formel vom Gottesgnadentum war unerschütterlich in der nachchristlichen Zeit, damals war sie ein Ausdruck frommer Bescheidenheit. Heutzutage ist sie ein Ausdruck eines Hochmuts, einer phantastischen Vorstellung, eines besonderen persönlichen Verhältnisses zu Gott, eines näheren Verhältnisses als niedrigere Sterbliche. Das ist ein Widerspruch zu dem religiös-sittlichen Empfinden und zu dem politischen Empfinden der Besten des Volkes. (Sehr richtig!) Tropdem wird immer und immer wieder das Gottesgnadentum gepredigt, ohne daß man ihm entgegentritt von den Ministern aus, ohne daß die öffentliche Meinung sich wehrt, ohne daß auch die edlen Herren der Kirche dagegen protestieren. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Das Unbehagen über diese Äußerungen geht durch alle Schichten des Volkes, der eine nimmt an dem, der andere an dem Anstöß. Mit Recht hat einer der Vorkredner darauf hingewiesen, wir wissen sehr gut, wie man in konservativen Kreisen über die Kaiserreden spricht, wenn man unter sich ist. Die Presse hat diesmal ihre Schuldigkeit getan. Meistens begnügt sie sich mit moquanten Anspielungen, meistens wird, wenn der erste Sturm vorbei ist, nichts mehr erwähnt, denn überboten sich die Zeitungen in eifrigem Exzessivismus widerlicher Art, dann drängt sich draußen der gebildete und ungebildete Pöbel, um einen Zigarettenstummel zu erhalten, den „er“ geraucht hat. (Große Lärche und Widerspruch rechts.) Lesen Sie doch Ihre eigenen Zeitungen, wie diese über diese rührenden Akte von Loyalität berichten. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Dafür kann der Kaiser nichts; er erfährt nur von dieser Begeisterung, die ihm entgegengebracht wird, von dieser Devotion, ich sage Ihnen, das könnten stärkere Geister nicht aushalten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Debatte wäre vollständig zwecklos, wenn die Haltung des Volkes den dynastischen Aspirations gegenüber sich nicht ändert. Alles, auch Gesetze, die wir geben könnten, wäre zwecklos, wenn man draußen nicht dem Kaiser gegenüber eine müßigere Haltung einnimmt. Es hörte sich ja ganz gut, was wir in diesen Tagen hörten; es ist wahr, es war eine wahrhaft nationale Bewegung, dank dem Kaiser ist endlich einmal eine nationale Einheit herbeigeführt worden, eine Einheit leider nur in einer großen nationalen Entrüstung, in einer großen nationalen Negation. Ich wünschte, die Nation könnte sich in dieser Weise einen zu einer großen nationalen Tat.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Mit Kriegerehrerbegierigkeit hat das freilich nichts zu tun. Es hätte ja nahe gelegen, als diese Dinge geschahen, daß wir so etwas wie Schandentrende empfunden hätten. Aber angesichts dieser beschämenden Lage des deutschen Volkes vor sich selbst und vor dem Auslande ist mir und denjenigen von meinen Freunden, mit denen ich gesprochen habe, die Schandenrede vergangen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Aber die kleine Bemerkung können Sie uns wohl gönnen, daß wir als Sozialdemokraten und freuen, daß jetzt das ganze Volk dem beipflichten, was wir schon lange gesagt haben. Wir haben jahrelang allein auf dem Posten gestanden gegen das persönliche Regiment. (Lebhafte Heiterkeit bei den Freisinnigen.) Die Herren vom Block protestieren. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Sie wollen auch auf dem Posten gestanden haben gegen das persönliche Regiment. Nun, ich habe Freunde darunter, auf die das zutrifft; es ist aber die Frage, ob es auf ihre Politik als Ganzes zutrifft. Keine Reklamationen! Wenn Sie heute mit uns daran arbeiten wollen, daß das persönliche Regiment anhört... (Lebhafte Heiterkeit bei den Freisinnigen.) Zuruf des Abg. Wiemer.) Herr Wiemer braucht, das muß hier festgemeldet werden, und nicht zur Vereinnung des persönlichen Regiments. Er braucht nicht zur Herbeiführung demokratischer Grundzüge in die Verwaltung die Mitwirkung des Volkes, die Mitwirkung der drei Nationen Sozialdemokraten. Eine demokratische Politik, die Herr Wiemer macht, kann und freilich nicht brauchen. Aber von Herrn Wiemer will ich nicht sprechen, sein Zwischenruf nötigt mich leider dazu. Ich muß nur zu dem etwas sagen, was Herr Haußmann vorhin vorgelesen hat. Er ist auf den Gedanken einer Adresse an den Kaiser

zurückgekommen. Eine solche Adresse ist im wesentlichen immer Sache der Mehrheit. Die meine Fraktion, die der Widerbeil angehört, sich dazu stellt, weiß ich nicht. Ich könnte mir vorstellen, daß eine Adresse in so entscheidendem und mächtigem Tone gefaßt wird,

daß auch wir ihr zustimmen könnten. Aber wenn Herr Haußmann sagt, das Manifest der Konservativen wäre eine geeignete Grundlage dafür, so glaube ich nicht, daß auf diese Grundlage wirklich demokratisch denkende Männer treten können. Herr Haußmann hat sich an die Worte in dem Manifest gehalten, die eine größere Zurückhaltung des Kaisers in seinen Verfügungen fordern. Aber das ist nicht genug. Wenn der Reichstag etwas fordert, so muß er auch das fordern, was die meisten Redner als notwendig erklärt haben: konstitutionelle Garantien, eine Änderung der Verfassung, um eine Gewähr zu schaffen gegen die Wiederholung solcher Dinge. Dem Vorschlag des Abg. Haußmann können wir also nicht zustimmen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn diese Debatte kein anderes Ende nehmen sollte, als in einer ehrsüchtigen Bitte an den Kaiser auszulassen, so wäre es besser, keine Resolution und keinen Antrag zu beschließen. Die Wirkung des heutigen Tages — schlage ich sie auch nicht zu hoch an auf die Verantwortlichkeit des Kaisers — wird sich draußen im Volk zeigen und wird jahrelang andauern. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stellvertretender Staatssekretär im Auswärtigen Amt v. Riederer-Böckler: Wegen eines Spezialfalls sind hier schwere Angriffe gegen das Auswärtige Amt gerichtet worden. Jahreslang hat der Apparat glänzend geklappt. Deshalb sollte man nicht gleich so harte Worte gebrauchen, wenn der Apparat in einem Fall einmal versagt. (Lachen links.) Die Arbeit hat sich vervielfacht und es mußten meistens neue Beamte eingestellt werden, die sich erst einarbeiten müssen. (Lautes Gelächter links.) Ich könnte Ihnen lange Tabellen vorlesen über den Umfang der Arbeiten des Auswärtigen Amtes. (Erneutes Gelächter links. Rufe: Nein, nein!) Im Auslande wird viel weniger ergriff gearbeitet als bei uns. (Stürmische Gelächter links.) Man schimpft auf die Diplomaten, wie man auf die Professoren und Aerzte schimpft. Die Diplomaten befinden sich also in guter Gesellschaft. (Große Heiterkeit links.) Man sollte unsere Arbeit also nicht verkleinern. Wenn Sie wählten, wir vortrefflich bei uns gearbeitet wird. (Stürmische Gelächter links und im Zentrum.) Nehmen Sie unseren Beamten nicht die Schaffensfreudigkeit! (Bravo! rechts. — Langanhaltendes lautes Lachen links.)

Abg. v. Dirksen (Rp.): Segen den Abg. Heine will ich den Reichskanzler nicht in Schutz nehmen. Es ist schwer, nicht zu lachen, wenn Herr Heine sich als Deutscher aufspielt. Um das persönliche Regiment der Herren Bebel und Singer beneiden wir die Sozialdemokratie wahrlich nicht. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Also für Sie (zu den Sozialdemokraten) gilt das Wort: Ihr seid allzumal Sünden! Die Rede des Sekretärs des Auswärtigen Amtes ist ja nicht sehr liebevoll aufgenommen worden. (Heiterkeit.) Vielleicht aber glauben Sie mir als einem Mann, der dem Auswärtigen Amt 22 Jahre angehört hat, daß in dieser Höhe sehr fleißig gearbeitet wird. Den vorgekommenen Fehler will ich dabei in keiner Weise beschönigen. Redner macht jedoch detaillierte Vorschläge für die Reform im Beamtenkörper des Auswärtigen Amtes und erklärt, daß er sich von der Beratung des Antrages der Wirtschaftlichen Vereinigung auf Ueberreichung einer Adresse an den Kaiser keinen großen Erfolg verspreche.

Abg. v. Oldenburg (L.): Der Abgeordnete Haußmann hat uns aufgefordert, mit ihm zusammen eine Adresse an den Kaiser zu richten. Wir tun das aus demselben Grunde nicht, aus dem heraus wir uns nicht an der Debatte beteiligen haben. Eine solche Adresse würde eine Kritik an den Handlungen des Kaisers bedeuten, die wir dem Reichstag verfassungsmäßig nicht zuerkennen. (Lachen links.) Für Sie (nach links) ist der Kaiser eine Einrichtung, für uns eine Person. Wir werden dem Kaiser persönlich dienen, solange wir leben, ohne Furcht, aber bis zum letzten Atemzug, in der alten Treue, die wir ihm noch nie versagt haben. (Lebhafte Beifall rechts. — Lautes Gelächter links.)

Abg. Lettmann (Antisemit): Wir haben eine Adresse vorbereitet und bitten Sie, derselben einmütig zuzustimmen. Wir wollen darin dem Monarchen die Gefühle des Volkes rückgratlos darlegen. (Stürmische, minutenlange Heiterkeit im ganzen Hause.) Ich meine natürlich schickliches darlegen.

Präsident Graf Stolberg: Es hat sich niemand weiter zum Wort gemeldet. Die Besprechung ist geschlossen. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Und Bälou??!!)

Es folgen persönliche Bemerkungen.  
Abg. Heine (Soz.): Herr v. Dirksen hat mich Dinge sagen lassen, die ich nicht gesagt habe; ich habe die Königin Louise weder genannt noch an sie gedacht. Wenn ich dies nicht erklärte, würde morgen in allen konservativen Blättern stehen, Herr v. Dirksen hätte die ungehörigen Angriffe des Abg. Heine auf die Königin Louise zurückgewiesen. (Heiterkeit.)

Abg. Wiemer (fr. Sp.): Herr Heine hat behauptet, seine Partei hat Jahrzehnte in der Bekämpfung des persönlichen Regiments allein gestanden. Meine politischen Freunde haben von jeher mit aller Entschiedenheit das persönliche Regiment bekämpft. Herr Heine sagte weiter, er würde sich freuen, wenn wir in Zukunft mit der Sozialdemokratie zusammengehen würden. Mein Zuruf: „Sie brauchen wir nicht“ bedeutet: Sie brauchen wir nicht, um zu wissen, daß wir das persönliche Regiment zu bekämpfen und für ein konstitutionelles Staatswesen zu kämpfen haben. (Sehr wahr! bei den Freisinnigen.)

Abg. v. Dirksen (Rp.): Herr Heine kann sich aus dem Stenogramm meiner Rede überzeugen, daß ich ihm den Vorwurf, von dem er sprach, nicht gemacht habe. Dazu ist er zu klug. (Heine: Das war nicht persönlich! Heiterkeit.)

Präsident Graf Stolberg: Zur Feststellung der Tagesordnung hat der Abgeordnete Raab uns Wort gebeten.

Abg. Raab (Wirtsch. Vg.): Ich beantrage, den Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung, eine Adresse an den Kaiser zu richten, morgen auf die Tagesordnung zu setzen. Unser Vorgehen stützt sich auf die außergewöhnliche Sachlage. Wir sind bereit, auf eine Begründung unseres Antrages zu verzichten, so daß eine Wiedereröffnung der heute geschlossenen Debatte nicht stattfindet, wenn alle Fraktionen sich zur gleichen Zurückhaltung verstehen.

Abg. v. Normann (L.): Wir haben gegen den Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung so schwere prinzipielle Bedenken, daß wir dem Wunsch des Abgeordneten Raab nicht entsprechen können.

Abg. Bausermann (natl.): Wir waren bereit, einer gemeinschaftlichen Adresse an den Kaiser zuzustimmen, da aber nach der gehörigen Erklärung einer großen Fraktion eine Uebereinstimmung, die allein eine Wirkung ausüben könnte, nicht zu erzielen ist, sind wir zu unserm lebhaften Bedauern außerstande, den Gedanken weiter zu verfolgen.  
Abg. Müller-Weinigen (fr. Sp.): Namens der drei liberalen Fraktionen habe ich zu erklären, daß wir den Wunsch des Abgeordneten Raab unterstützen. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Spahn (B.): Der Antrag könnte nur als gemeinsame Kundgebung des Reichstages Bedeutung haben. Da eine solche nicht zu erzielen ist, haben wir keinen Anlaß, von der Geschäftsordnung abzuweichen. (Näher links.)

Abg. Singer (Soz.): Wir werden für den Antrag Raab stimmen. Es ist auch nicht das erste Mal, daß ein Initiativantrag durch Beschluß der Majorität auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung kommt. Ehe man sich darüber entscheidet, ob man den Antrag ablehnt, muß man doch seinen Vorwurf kennen. Die Herren Konservativen scheuen sich offenbar, in der Öffentlichkeit des Reichstages noch weiter über die Person des Kaisers zu debattieren, während sie sich in ihren Klubs ganz ungeniert darüber aussprechen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ob wir für den Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung, für die Adresse stimmen werden, hängt natürlich von ihrem Wortlaut ab. Wenn falls werden wir dafür stimmen, sie morgen auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. Raab (Wirtsch. Vg.) bittet die Konservativen, ihren Widerspruch fallen zu lassen. Der Antrag wird doch später behandelt werden. Als Abschluß der Beratungen des heutigen

Tages kann die Frage aber sofort erledigt werden. Lassen wir morgen den Antrag über die Bühne gehen, der Eindruck wird ein um so kräftigerer und würdigerer sein.

Präsident Graf Stolberg will abstimmen lassen.  
 Abg. Gröber (Z.): Eine solche Abweichung von der Geschäftsordnung kann nur beschlossen werden, wenn niemand widerspricht. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten; Zuruf: Ver Nicht! Nicht!)

Abg. Singer (Soz.): Diese Auffassung des Vorredners ist irrtümlich. Diese Gepflogenheit bezieht sich nur auf Schmerinstage. An allen anderen Tagen hat die Mehrheit des Hauses das Recht, die Tagesordnung festzusetzen.

Abg. Bassermann (nail.) widerspricht dieser Auffassung.  
 Präsident Graf Stolberg: Wenn es gewünscht wird, werde ich über diese Vorfrage die Meinung des Hauses befragen. Nach meiner Auffassung ist es zulässig, per majore zu beschließen, daß der Antrag Liebermann morgen auf die Tagesordnung kommt. (Sehr richtig! links.) Es heißt in der Geschäftsordnung: Anträge, welche keine Gesetzesentwürfe enthalten, bedürfen nur einmaliger Beratung. Die Beratung erfolgt frühestens am dritten Tage, nachdem der Antrag in die Hände der Mitglieder des Hauses gekommen ist. Diese Frist ist morgen gemacht. (Widerspruch.) Gestern war der erste Tag, heute der zweite und morgen der dritte. (Weiter links.) Wenn also auf die Abstimmung über die Vorfrage nicht bestanden wird, bringe ich den Antrag Raab zur Abstimmung. Es liegt ein Antrag von polnischer Seite auf namentliche Abstimmung vor. (Unruhe.)

Dieser Antrag wird nicht genügend unterstützt. Der Antrag Raab wird hierauf gegen die Stimmen der Reichstagsfraktion, der Sozialdemokraten, der Freisinnigen und eines Teiles der Nationalliberalen abgelehnt.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Kleinere Vorlagen.)  
 Schluß 3/4 Uhr.

## Parlamentarisches.

Aus der Sitzung der Reichstagsfraktion. Als Redner für die Finanzreform sind von der Fraktion die Genossen Gezer, Sädelum und Emmel, als Redner für das Besoldungsgesetz Singer und Emmel, und als Redner für die Interpellation des Zentrums — betreffend schwarze Listen — Sachse bestimmt.

### Beamtenbesoldung.

In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses gelangte am Mittwoch zunächst ein Antrag zur Annahme, wonach die Polizeitelegraphenassistenten bei der Polizeiverwaltung in Berlin und Umgebung, die nach der Regierungsvorlage 1800 bis 3300 M. beziehen sollen, im Anfangsgehalt auf 1650 M. herabgesetzt werden, doch soll das Besoldungsdienstalter der von dem Tage der Verkündung des Gesetzes Angestellten um 3 Jahre voranisiert werden. Weiter wurde beschlossen, die Hauptlehrer bei den Vorschulen der Bergschule in Saarbrücken und die etatsmäßig angestellten technischen und Elementarlehrer sowie Vorschullehrer bei den höheren Unterrichtsanstalten in Orten mit nicht mehr als 25 000 Einwohnern ebenso zu stellen wie die etatsmäßig angestellten technischen und Elementarlehrer sowie Vorschullehrer bei den höheren Unterrichtsanstalten in Orten mit mehr als 25 000 Einwohnern; sie erhalten also 1800 bis 4200 M., während die Regierung nur 1800 bis 4000 M. vorgeschlagen hatte. Der nächste Antrag bezog sich auf die Oberlehrerinnen. Bisher bezog die Oberlehrerin bei der Elisabethschule in Berlin und die drei Oberlehrerinnen bei dem Lehrerinnenseminar und der Augustaschule in Berlin 2100 bis 3000 M., zwanzig Oberlehrerinnen bei den übrigen Lehrerinnenseminaren 1800 bis 3000 M. Die Regierung schlägt nun für alle diese Lehrerinnen 1800 bis 4000 M. vor. Dieser Vorschlag bedeutet zwar eine wesentliche Erhöhung des Endgehalts, aber auch eine Herabsetzung des Anfangsgehalts für die zuerst genannten Oberlehrerinnen. Es wurde deshalb beantragt, daß Gehalt auf 2200 bis 4200 M. zu bemessen. Zur Begründung wurde u. a. auf die große Differenz zwischen den Gehältern der Oberlehrer und der Oberlehrerinnen hingewiesen. Unterstaatssekretär Dombold bekämpfte den Antrag. Die Oberlehrerinnen würden jetzt schon um 1000, teilweise sogar um 1200 M. im Endgehalt aufgebessert, die Oberlehrer aber nur um 600 M. Eine Gleichstellung der weiblichen Beamten mit den männlichen sei unmöglich; die männliche Arbeitskraft werde überall höher bewertet. Man dürfe auch nicht vergessen, daß die Oberlehrer verheiratet sind und für eine Familie zu sorgen haben, während die Oberlehrerinnen, wenn sie sich verheiraten, aus dem Dienst ausscheiden. Sollte die Kommission eine Aufbesserung für erforderlich halten,

dann möge sie sich mit einer Erhöhung des Mindestgehalts begnügen, nicht aber eine noch weitere Heraufsetzung des Höchstgehalts fordern. In der Diskussion wurde es als erstrebenswertes Ziel bezeichnet, ein allgemeines Prinzip aufzustellen, wonach die weiblichen Beamten drei Viertel des Gehalts der männlichen bekommen. Der Antrag wurde schließlich mit 13 gegen 14 Stimmen abgelehnt, dagegen wurde beschlossen, die Oberlehrerinnen in Klasse 17 (2000 bis 4000 M. Gehalt) einzureihen.

Ein Antrag, den Beginn des Besoldungsdienstalters der Bahnhofs- und Gütervorsteher, welche im Wege der Beförderung in ihre jetzige Stellung gelangt sind, zu ermitteln unter Anrechnung der 5 Jahre übersteigenden Dauer ihrer diätarischen Beschäftigung und ihrer Dienstzeit in unteren Stellen, wurde zurückgezogen, nachdem die Regierung erklärt hatte, daß dieser Antrag das ganze System des Besoldungsdienstalters durchbrechen würde. Die Antragsteller behielten sich vor, ihre Wünsche in die Form einer Resolution zu kleiden.

Für die Einfahrer bei den Oberbergämtern schlägt die Regierung ein Gehalt von 1800 bis 4200 M. vor, und zwar soll das Höchstgehalt nach 21 Jahren erreicht werden. Es wurde beantragt, die Aufzählungsfristen von 21 auf 18 Jahre abzulösen. Der Antrag wurde abgelehnt.

Eine längere Debatte rief die Gehaltsfrage der Beamten der Klasse 20 hervor. Zu dieser Klasse, die 1800 bis 4500 M. Gehalt beziehen soll, gehören 7087 Beamte, darunter allein 6271 Beamte der Justizverwaltung, hauptsächlich Gerichtsschreiber. Ein Antrag verlangte, daß die Aufzählungsfristen von 21 auf 18 Jahre herabgesetzt werden, ein anderer Antrag wollte die Gerichtsschreiber im Gehalt den Regierungsekretären gleichstellen. Unterstaatssekretär Dombold erklärte namens der Regierung die Anträge für unannehmbar; ihre Wirkung würde nicht eine Gleichstellung der Gerichtsschreiber mit den Verwaltungsekretären sein, sondern eine Besserstellung, und dagegen müsse sich die Regierung entschieden wenden. Infolge dieser Erklärung wurde der prinzipielle Antrag zurückgezogen, der andere Antrag wurde abgelehnt.

### Trudfsachen.

Aus dem Reichstag (Nr. 1025). Ueberblick über die Ergebnisse des Heeres-Ergänzungsgeschäfts sowie Nachweisung über die Herkunft und Beschäftigung der Militärpflichtigen.

(Nr. 1027). Vertrag über die Unterhaltung einer Postdampfschiffverbindung zwischen dem Schutzgebiet Deutsch-Neuguinea einerseits und Hongkong sowie dem australischen Festland andererseits.

## Aus Industrie und Handel.

Ueberproduktion — Lohnabzug. Eine Generalversammlung der weisfällischen Ziegeleibesitzer setzte folgenden Beschluß: „Da der lagernde Steinvorrat so groß ist, daß der Bedarf bis zur Saison 1910 gedeckt erscheint, werden die Arbeitslöhne für die nächste Saison um 5 Prozent gekürzt.“

### Arbeitslosigkeit.

Nach der Statistik des statistischen Arbeitsnachweises in Mannheim ergeben sich für den September folgende Zahlen:

	1907	1908
Arbeitslosige, männl. . . . .	2957	3340
weibl. . . . .	500	458
insgesamt . . . . .	3457	3798
Offene Stellen, männl. . . . .	1768	1385
weibl. . . . .	547	451
insgesamt . . . . .	2315	1836
Besetzt wurden, männl. . . . .	1431	1203
weibl. . . . .	319	300
insgesamt . . . . .	1750	1512
Ueberschuss, männl. . . . .	1526	2137
weibl. . . . .	181	149
insgesamt . . . . .	1707	2286

Demnach hat sich die Lage am Arbeitsmarkt wesentlich verschlechtert.

### Rentabilität in der Landwirtschaft.

In der Frage der Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe — einem der schwierigsten Probleme der Volkswirtschaft — sind von dem schweizerischen Bauernsekretariate Untersuchungen angestellt worden, deren Ergebnisse nunmehr vorliegen. Während der Gesamtwert der landwirtschaftlichen Produktion für das Jahr 1906 auf 790,35 Millionen Frank geschätzt wird, stellt sich der Wert des gewonnenen Getreides auf nur 213 Millionen Frank oder 2,92 Proz.

des Wertes der gesamten Erzeugung. Der Getreidebau spielt also im Verhältnis zur übrigen Produktion der Landwirtschaft eine sehr untergeordnete Rolle — trotz Schusszoll! Die Rentabilität hängt ganz und gar von der Viehzucht und Vollerwerbswirtschaft, vom Obst- und Weinbau ab, die die eigentliche Tätigkeit in der Landwirtschaft ausmachen und einen größeren Arbeitsaufwand erfordern. Für das Jahr 1906 stellen sich die Einnahmen und Betriebsaufwand wie folgt:

	Einnahmen	Betriebsaufwand
	in Frank pro 1 Hektar	
Kleinbauernbetriebe bis 5 Hektar . . . . .	650,95	526,20
Kleine Mittelbetriebe 5,1—10 Hektar . . . . .	578,55	461,70
Mittelbauernbetriebe 10,1—15 Hektar . . . . .	507,85	367,20
Große Mittelbetriebe 15,1—30 Hektar . . . . .	526,90	334,50
Großbauernbetriebe über 30 Hektar . . . . .	378,80	255,10

Danach stellt sich das Verhältnis zwischen Einnahmen und Betriebsaufwand bei den großen Mittelbetrieben am günstigsten, bei den kleinen Mittelbetrieben am ungünstigsten. Der Ueberschuss der Einnahmen über die Ausgaben beträgt nämlich pro Hektar

	Frank
bei großen Mittelbauern . . . . .	190,90
„ Mittelbetrieben . . . . .	140,65
„ Kleinbauern . . . . .	124,75
„ Großbauern . . . . .	133,20
„ kleinen Mittelbetrieben . . . . .	111,85

Die Extreme des Klein- und Großbetriebes berühren sich also, obgleich gerade bei ihnen die Stärken der Einnahmequellen am meisten differieren. Es entfallen nämlich:

auf Einnahmen aus	bei Kleinbetrieben	Großbetrieben
	Prozent	
der Tierhaltung . . . . .	77,76	81,10
dem Acker- und Viehwirtschaft . . . . .	5,84	8,40
dem Weinbau . . . . .	5,94	2,47
dem Obstbau . . . . .	5,89	5,10
der Waldwirtschaft . . . . .	1,75	4,07
Verdiensten . . . . .	3,83	0,86

Auch hieraus erhellt die Unbedeutendheit des Ackerbaues und die fiskalische Bedeutung der schweizerischen Getreidezölle.

Von besonderem Interesse ist die Abstufung des Betriebsaufwandes, der in die Kosten der menschlichen Arbeit und in die sonstigen Kosten zerfällt. Wie diese im Laufe der letzten Jahre sich änderten, zeigt folgende Uebersicht:

Jahr	Kosten der menschlichen Arbeit	sonstiger Aufwand
1901 . . . . .	257,35	188,85
1902 . . . . .	248,50	150,55
1903 . . . . .	255,80	187,70
1904 . . . . .	262,05	145,55
1905 . . . . .	258,05	141,55
1906 . . . . .	284,90	124,75

Die Kosten der menschlichen Arbeit sind also um 10,7 Proz. gestiegen, der übrige Betriebsaufwand um fast ebensoviel (10,1 Proz.) gefallen. Steigerung wie Abnahme erfolgten nicht gleichmäßig stets aber so, daß sie sich gegenseitig ausglich — ein stehender Beweis dafür, daß die Lohnaufbesserungen der Arbeitskräfte nicht unbedingt in Verteuerung der Lebensmittel und der agrarischen Produkte umschlagen müssen.

Sehr verschieden ist die Verteilung der Betriebskosten auf die einzelnen Größenkategorien. Die Kosten der menschlichen Arbeit sind bei den Kleinbauern am höchsten, bei den Großbetrieben am niedrigsten. Als Regel ergibt sich, daß die Kosten der menschlichen Arbeit pro Hektar mit der Größe des Betriebes abnehmen. Durchschnittlich betragen sie

	in Frank
bei Kleinbauern . . . . .	407,05
„ kleinen Mittelbauern . . . . .	315,15
„ Mittelbauern . . . . .	243,40
„ großen Mittelbauern . . . . .	209,75
„ Großbauern . . . . .	162,70

Der andere Betriebsaufwand stuft sich nicht genau der Betriebsgröße ab. Er beläuft sich pro Hektar

	auf Frank
bei Kleinbauern . . . . .	170,45
„ kleinen Mittelbetrieben . . . . .	138,00
„ großen . . . . .	133,50
„ Mittelbauern . . . . .	131,10
„ Großbetrieben . . . . .	97,65

Auch diese Zahlen lassen die Ueberlegenheit des Großbetriebes erkennen.

Stellen-  
nachweis  
kostenlos  
für Dienstboten

Friedrich-Strasse 110-111-112

BERLIN

Oranienburgertr. 54-55-56-56a

Vereinigung erstklassiger Spezialgeschäfte

III. Stock

# Lebensmittel

III. Stock

Spezial-Angebot:

3 Fisch-Tage

Donnerstag — Freitag — Sonnabend

**Seefische:** Schellfisch gross . . . . . Pfund 30 Pf.  
 Bratschellfisch . . . . . „ 20 Pf.  
 Kabeljau . . . . . „ 30 Pf.  
 Kabeljau in ganz. Fisch. „ 25 Pf.  
 Kabeljau kleinere Fische „ 20 Pf.

**Feinster Tafel-Lachs**

Pfund 90 Pf. und 1.20

Schollen gross . . . . . Pfund 35 Pf.  
 Bratschollen . . . . . „ 20 Pf.  
**Seelachs** . . . . . „ 25 Pf.  
 Rotzungen . . . . . „ 45 Pf.  
 Rotzungen Portionsfische . . . . . „ 35 Pf.

**Lebd. Fische: Spiegel- u. Schuppenkarpfen** . . . . . Pfund 75 Pf.

**Hechte** . . . . . Pfund 90 Pf.

**Schleie**, <sup>3/4=1 1/4</sup> Pfund schwer Pfund 1.10  
 Portions-Schleie . . . . . „ 1.40

**Räucher-Fische: Pa. Ostsee-Fettbücklinge**  
 Kiste, ca. 20 Stück Inhalt . . . . . 80 Pf.  
 Kiste, ca. 40 „ „ . . . . . 1.40

**Räucher-Aale**  
 Bund, 3—4 Stück . . . . . 50 Pf.  
 Größere Aale . . . . . Pfund 1.50

**Feinster Tafel-Lachs**  
 Pfund im Aufschnitt . . . . . 1.40, 1.80

In der Passage nachm. von 3 bis 1/8 Uhr Promenaden-Konzert

# Die Disziplinarverhandlung gegen Bürgermeister Dr. Schüding.

Schleswig, den 11. November 1908.  
(Telegraphischer Bericht.)

Vom Dienstag ist noch nachzutragen, daß nach längerer Beratung der Einwand der Verteilung gegen die Angehörigkeit des Verfahrens ohne Angabe von Gründen vom Gerichtshof abgewiesen wurde. Es wurde hierauf in die materielle Verhandlung eingetreten, die damit begann, daß Teile der Anschuldingsschrift vorgelesen wurden, zu der sich bei den einzelnen Punkten der angeschuldigte Bürgermeister Dr. Schüding äußerte.

Am Mittwoch wurde die Vormittags-sitzung vollständig mit der verantwortlichen Vernehmung des Angeeschuldigten zu den einzelnen Anklagepunkten ausgefüllt. An der Hand seiner Verteidigungsschrift brachte Dr. Schüding zu den einzelnen Punkten der Anklage seine Verteidigung vor und stellte dazu in vielen Fällen Anträge. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Regierungsrat Dr. Bauermeister, sucht in einzelnen nachzuweisen, daß die Artikel und die Broschüre: „Die Reaktion in der inneren Verwaltung Preußens“ entstellte Darstellungen der Staatseinrichtungen enthalten und in vielen Punkten leichtfertig und übertrieben seien, sowie daß sich die ganzen Ausführungen als Beleidigungen von Verwaltungsbeamten und der Vorgesetzten des Bürgermeisters Dr. Schüding darstellen. — Bürgermeister Dr. Schüding trat diesen Ausführungen mit der Behauptung und der Darlegung gegenüber, daß die Veröffentlichung der Broschüre und der Artikel eine Handlung sei, die nicht disziplinarisch bestraft werden könne; denn die Darstellung der Verwaltungszustände sei durchaus sachgemäß und der Wahrheit entsprechend.

Er erbot sich, in den einzelnen Fällen durch Vorbringung umfangreichen Materials hierfür den Beweis zu führen, so für die Behauptung der Verletzungen des Vereinsgesetzes.

Kurz vor 2 Uhr wurde die Verhandlung wieder abgebrochen. Am Nachmittag soll in die Verhandlung über die Behauptung des Angeeschuldigten eingetreten werden, daß das preussische Landtagswahlrecht vielfach eine unwürdige Wahlform sei. Diese Erörterungen werden voraussichtlich den ganzen Nachmittag ausfüllen. Zum Schluß der heutigen Sitzung soll dann noch der Fall des Bürgermeisters Plewfa (Schleswig) erörtert werden. Morgen früh denkt man mit den Waldoners beginnen zu können. Am morgigen Nachmittag wird die Beratung des Urteils stattfinden, falls nicht das Gericht beschließen sollte, den Beweis anträgen der Verteidigung satzugeben. Dieser Fall würde, da die Beweisführung bei Disziplinarprozessen keine mündliche ist, mit der Hinausschiebung der Verhandlung gleichbedeutend sein. Es ist aber anzunehmen, daß das Gericht in eine neue Beweisführung nicht mehr eintreten und daß die mündliche Verhandlung morgen zu Ende gehen wird.

Auf den Vorhalt des angeschuldigten Bürgermeisters Dr. Schüding, daß es seinem Bruder, dem Universitätsprofessor Dr. Walter Schüding, nicht möglich gewesen sei, ihn und der Verteidigung Telegramme zuzustellen, hat der Vorsitzende, Regierungsrat Dr. Goldschmidt, sofort verfügt, daß eine derartige Einengung künftig unterbleibe. Er erklärte, daß das nur auf ein Mißverständnis des Gerichtsdienstes zurückzuführen sei.

# Moderne Irrenhausfolter.

Vierter Tag.

Landgerichtsdirektor Spielhöder eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr. Auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Halpert werden zwei Akte des Herrn Professors Nihil-Heidelberg und Professors Bonhoefer-Dreslau verlesen.

In dem Akte des Professors Dr. Bonhoefer,

Direktor der Psychiatrischen Nervenklinik, der Herrn Lubedi kurze Zeit beobachtet hat, heißt es: Es sei anzuschließen, daß er an progressiver Paralyse leidet oder gelitten hat. Es fehlen jedoch Anhaltspunkte dafür. Das Verhalten seiner Frau mag ihn wohl zu Eifersuchtsideen gebracht haben, die bei seinem an sich lebhaften Temperament zeitweise sich sehr gesteigert haben. Sein Verhalten sei besonnen und der jeweiligen Situation angemessen, er besitze ein gutes Urteil, Zeichen von Erregung seien nicht wahrzunehmen, selbst nicht, wenn die Rede auf seine Frau, seinen Bruder und auf seinen Aufenthalt in der Anstalt kam. Eine progressive Paralyse liege nicht vor. Die Erregung des Herrn L. sei abgeklungen, er befinde sich in einer normalen Selbstlage und sei in der Lage, seine geschäftlichen Angelegenheiten selbst wahrzunehmen. — Dieses Akte datiert vom 5. Februar 1907.

Professor Dr. Nihil-Heidelberg kommt in seinem Akte, das er nach eingehender Untersuchung des L. aufgestellt hat, zu dem Schluß, daß an L. dessen Gedächtnis vorzüglich sei, keinerlei Symptome für eine progressive Paralyse festzustellen konnten.

Bladoner des Staatsanwalts.

Staatsanwalt Kisch führt unter anderem folgendes aus: Wer den Artikel der „Zeit am Montag“, in welchem das Schicksal des Herrn Lubedi geschildert wurde, gelesen, der mußte sich fragen: wie ist es etwa in einem modernen Rechtsstaate möglich? Die Angriffe sind aber völlig unberechtigt.

In der Anstalt ist der Gesundheitszustand des Herrn L. mit großer Gründlichkeit geprüft worden. Und demgegenüber heißt es in dem Artikel, daß ein Akt brutaler Vergewaltigung vorlag und daß ein ganz gesunder Mann fünf Monate lang die Irrenhausfolter habe erleben müssen. Aus dem Artikel ist herauszulesen, daß die Anstellung zweier Ärzte als Schwiegersohn und Sohn des Leiters in der Anstalt desselben ein Übel sei und daß die Provinzialverwaltung die Ärzte angestellt habe aus Familienrücksichten, ohne auf die Interessen der Kranken zu achten. Ueber die Opportunität eines solchen Verhältnisses können Zweifel entstehen, aber davon, daß aus diesem Verhältnis in diesem Falle eine Gefahr für die Behandlung der Kranken entstanden sei, kann keine Rede sein. Es ist in jeder Beziehung nach den bestehenden Vorschriften verfahren worden. Der Staatsanwalt beantragt schließlich drei Monate Gefängnis, Vernichtung der Platten und Formen und Publikationsverbot für die Beteiligten.

Bladoner des Verteidigers.

Rechtsanwalt Dr. Halpert: Der Vertreter der Anklagebehörde ist bei seinem ganz maßlosen Antrag von drei Monaten Gefängnis von einer grundtatsächlichen Annahme ausgegangen. Gerade der Schlusspunkt des Artikels, auf den der Staatsanwalt jetzt soviel Gewicht legt, ist gar nicht auf die Ärzte in Leubus bezogen sondern eine allgemeine Verächtung. Er bezweckt mit seinem Artikel nur die Reformbedürftigkeit der Irrenhauszustände nachzuweisen, niemals aber in personeller Hinsicht den Herren Ärzten einen Vorwurf zu machen. Der Herr Lubedi, über den hier gestern die Herren Psychiater das Urteil gesprochen haben, welches ihm hoffentlich nicht den Lebensmut rauben wird, fühlte sich seinerzeit verpflichtet, das Material, welches er gesammelt hatte, zur Reform der bestehenden unzureichenden Einrichtungen in der Irrenpflege zu verwenden. Es ist immer das zweckmäßigere Vorgehen, mit der Regierung und den Behörden zu gehen, als wider den Stachel zu

stößen. Statt dessen unterbreitete er nach seiner Entlassung das ganze Material den Herren Beratern und sagte ihnen, daß sie belogen wären und sich auf Grund falscher Zeugenaussagen und Uebersetzungen eine falsche Meinung gebildet hätten. Großen Wert lege ich auf die Tatsache, daß im Laufe der Verhandlung die Geschichtslinie unmerklich, aber in sehr zäher Weise verschoben worden ist. In dem Artikel ist ja nebst dem Hauptpunkt, daß Lubedi völlig gesund war, so daß es ein Verbrechen gewesen wäre, ihn in eine Irrenanstalt unterzubringen. Das ist nie behauptet worden. Es ist vielmehr gesagt worden, daß L. ein nervöser Mann gewesen war, der dadurch, daß die Irrenärzte durch falsche Zeugnisse getäuscht wurden, anstatt in ein Sanatorium in der Irrenanstalt interniert worden war. Mehr haben wir nie behauptet. Wenn man dann aber hier so tut, als ob der Mittelpunkt der ganzen Sache wäre, daß wir behauptet hätten, Lubedi wäre geistig gesund gewesen, so heißt das die eigentliche Tendenz des Artikels völlig zu verkennen und etwas da zu suchen, wo bei objektiver Betrachtung eigentlich gar nichts zu suchen ist. Ich behaupte im Gegensatz zu dem Staatsanwalt, daß die Aufnahme des L. zu Unrecht erfolgt ist. Ich erkläre hier, daß ich die Gutachten der Psychiater nicht als ein erhebliches Etwas anerkennen kann, vor dem man sich unbedingt zu beugen habe. Auch die Psychiater sind nicht unfehlbar; man hat sich nicht der Autorität dieser Herren zu unterwerfen, sondern die Materialität ihrer Gründe nachzuprüfen. Sehr interessant für mich war die Bekundung des Medizinerrats Dr. Leppmann, die dahin ging, daß man in den verschiedenen Provinzen des Landes verschiednen diagnostiziert. Das ist doch im höchsten Grade auffällig, daß die Psychiater sagen, man kann verschiedene diagnostizieren, wir stimmen aber darin überein; der Mann ist geisteskrank! Es ist darauf hingewiesen, daß man in der Anstalt zunächst Herrn Lubedi behandelt hat als Paralytiker, dann kam man auf Grund einseitiger Mitteilungen der Ehefrau L. auf den Gedanken der Pseudoparalyse auf alkoholischer Basis, und schließlich auf Psychose auf psychopathischer Basis. Bei solchen Schwankungen muß ich der psychiatrischen Wissenschaft die große Bedeutung, welche ihr namentlich von den jungen Ärzten zugewiesen werden soll, absprechen. Die Ueberzeugung der Ärzte in der Anstalt basierte doch auf der Zusammenstellung von Einzelgängen, die sie den Mitteilungen interessierter Persönlichkeiten entnahmen, welchen ich keinerlei Glauben beimesse kann. Dazu gehören in erster Reihe die Mitteilungen der Ehefrau und des Bruders des L. Seiden glaube ich absolut nicht. Und nun die Krankheitsgeschichte! Die Krankheitsgeschichte, registriert in den Akten der Anstalt, ist nach meiner Meinung ein Dokument. Auch der Angeklagte mußte an diesen Akten glauben. Ganz bezeugt war ich über das Eingeständnis des Herrn Dr. Alter jr., der die ganze Krankheitsgeschichte mit einem einzigen Satz weglassen zu können meinte — eine Krankheitsgeschichte, die beispielsweise im bekannnten Pflanzenspross eine so eminente Rolle spielte. Herr Dr. Alter jr. erklärte diese Krankheitsgeschichte für eine Art Stillübung des Oberpflegers! Ist das nicht eine verkehrte Welt? Nein, ein Stück aus dem Tollhaus, aus der Irrenanstalt Leubus! Der Hausarzt des Herrn Lubedi, der 17 Jahre lang ihm ärztliche Dienste leistet, und nicht von Geisteskrankheit bemerkt hat, ist von dem Anstaltsärzten nicht gehört worden, ein anderer Arzt hat ihn nach eingehender Untersuchung seine Gesundheit attestiert. — Der Verteidiger führt dann unter eingehender Kritik der einzelnen in Frage kommenden Momente aus, daß bei der Ueberführung des Herrn Lubedi und bei seiner Festhaltung in der Anstalt Fehler über Fehler gemacht worden seien. Bei der Festhaltung der Pflanzenspross seinen Sachen passierte, die allerdings leider auf das Konto der Juristenwelt fallen. Die Pflanzenspross mag mit Rücksicht auf das Geschick des L. ganz zweckmäßig gewesen sein, es sei aber ungenehmlich, daß der Richter die Pflanzenspross an die Frau übertrug nicht nur für das Geschick, sondern auch für die Person.

In längeren juristischen Ausführungen legt der Verteidiger sodann dar, daß nach dem Paragraphen 1910 Absatz 2 und 3 des Bürgerlichen Gesetzbuchs eine Pflanzenspross für einen Seitenkonflikten für seine Person überhaupt nicht zulässig ist. Die Frau L. habe niemals den Ärzten eine Pflanzensprossbestellung vorgelegt, hätten do die Ärzte nicht Bedenken haben müssen? Es hätte ihnen doch bekannt sein müssen, daß ein Pflanzenspross nicht über die Person des Kranken so ohne weiteres verfügen darf. Der zweite Kapitul, der in dieser Sache gemacht sei, wäre folgender: Er lasse es als dahingestellt, ob es richtig ist, eine so interessierte Person aus der nächsten Verwandtschaft, wie in dem vorliegenden Falle die Ehefrau, zur Pflanzenspross zu bestellen. Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch ist aber bei Bestellung einer Pflanzenspross die Einwilligung des Pflanzenspross notwendig, sobald mit diesem eine Verständigung möglich ist. Nach dem Zeugnis des Dr. Alter jr. sei eine Verständigung mit Lubedi bei der Aufnahme sehr gut möglich gewesen. Trotzdem ist aber der Zeuge Lubedi gar nicht gefragt worden, ob er mit der Person der Pflanzenspross einverstanden ist. Der Richter, der die Pflanzenspross angeordnet hat, habe sich gar nicht erst die Mühe gemacht, bei der Anstaltsleitung anzufragen, ob Verständigung möglich ist. Der Herr Dr. Vode hat einfach das Akte ausgestellt und daraufhin hat der Richter die Pflanzenspross angeordnet! Sobald der Pflanzenspross, der die Verfügung über seine Person selbst hat, sagt, er wolle aus der Anstalt heraus, so ist nach dem Gesetz diesem Wunsch satzugeben und er ist eventuell in eine andere Anstalt zu überführen. Kein Mediziner dürfte sich in der Ausübung seiner diskretionären Rechte, über die durch das Bürgerliche Gesetzbuch gegebene Rechtslage hinwegsetzen. Er als Verteidiger könne den Vorwurf nicht unterdrücken, daß man die Mediziner nicht auch über derartige hochwichtige Rechtsfragen belehrt, mit denen sie sich doch täglich zu befassen haben. Vier Briefe, die Herr Lubedi aus der Anstalt heraus abfordern wollte, seien ebenfalls ohne das geringste geldmäßige Recht zurückgehalten und wurde dies einfach damit abgetan, daß es „in der Praxis so üblich sei“. Der Verteidiger schließt mit dem Antrage, den Angeklagten unter Zustimmung des 193 höchstens zu einer geringen Geldstrafe zu verurteilen.

Nach Entgegnungen des Staatsanwalts und dem Schlusswort des Angeklagten, der besonders betont, daß er lediglich die Reformbedürftigkeit und Porosität eines Systems beklagen wollte, unter welchem zahlreiche Leute zu leiden haben, wurde nach längerer Beratung das

Urteil

dahin verurteilt:

Wenn man den Artikel unbefangen liest, so wird jeder Leser die Empfindung haben, daß sich einem das Herz zusammenkrampfe, in der Hauptsache über die Vorwürfe, die den Anstaltsärzten gemacht sind. Der Artikel enthält eine Anzahl wörtlicher Beleidigungen, er spricht von der „famosen Vergeßlichkeit“ und von der „Reichthümlichkeit psychiatrischer Medizin“. Eine ablehnbare Rede im Sinne des § 186 findet das Gericht in dem Vorwurf, daß in der Anstalt die Bäder als beliebtes Straf- und Zwangsmittel an der Tagesordnung gewesen sind. Das Gegenteil ist erwiesen. Es wird ferner behauptet, daß Herr Lubedi mit Rücksicht auf den Besuch des Landeshauptmanns zu Unrecht in eine einsame Zelle gebracht worden sei. Das ist ein absoluter Konfess. Unrichtig ist auch die Behauptung, daß Lubedi erst nach der Drohung mit dem Staatsanwalt aus der Anstalt entlassen sei. Alle diese Vorwürfe treten zurück vor dem hauptsächlichsten Vorwurf, daß Lubedi fast 5 Monate zurückgehalten sei, obwohl er gesund gewesen oder doch sich in einem Zustande befand, der eine Zurückhaltung nicht rechtfertigte. Nach dem Ergebnis der Beweisnahme besteht für das Gericht auch nicht der geringste Zweifel: Lubedi durfte nicht nur, sondern mußte festgehalten werden. Das ergeben die Gutachten der Medizinerräte Dr. Hoffmann und Dr. Leppmann sowie des Geh. Rats Koell, die das Gericht gegenüber den Anstaltsärzten geladen hatte. Hier war ein Sachverständigenkollegium, wie es besser auf der Welt wohl kaum gefunden werden kann. Sie sagen übereinstimmend aus, daß Lubedi bei der Entlassung geisteskrank und

gemeingefährlich gewesen ist. Dem wird sich ein Richterkollegium nicht verschließen können. Außerdem hat sich auch hier im Saale jeder einzelne durch den Augenschein überzeugen können, daß diese Gutachten wirklich das richtige treffen. Darauf deutet seine auch hier wieder erzählte Geschichte von den Erregungsspielen und man konnte es in gewissen Momenten seinen Augen ansehen, daß der Mann, welcher noch heute Stadtvorordner in Weuthen ist, noch nicht gesund ist. Es wird dies bestätigt durch die am letzten Tage vom dem Bruder gemachte Mitteilung, daß L. nach vor kurzem eine häßliche Denunziation gegen die Frau des Bruders veranlaßt hat. Für das Richterkollegium besteht also nicht der geringste Zweifel, daß das, was L. gesagt hat, durchaus nicht als vollwertig zu nehmen ist; er ist nicht meineidig, aber ein unglücklicher Mensch, der von Bahndieben erfaßt ist. Der Beweis ist vollständig gegen den Angeklagten geführt. Es handelt sich nun um die Strafhöhe. Da mag ihm zugegeben werden, daß er zunächst wohl getrieben wurde von der Idee, Gutes zu schaffen. Er ist ein Phantast und steht vielfach nicht auf dem Boden realer Wirklichkeit. Andererseits haben wir zu schätzen die Ehre von hochverdienten Beamten, namentlich des Geheimrats Dr. Alter. Die Kammer hat mehrfach keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie es für ihre Pflicht hält, in solchen Fällen mit erheblichen Strafen vorzugehen. Wenn in diesem Falle die Strafe nicht so erheblich ausgefallen ist, so ist es geschähen, weil nach dem Aktenmaterial Herr Schüding zu der Annahme gedrängt werden konnte, daß Lubedi nicht so voll geisteskrank sei, als es sich wirklich herausgestellt hat. Das Aktenmaterial legte die Vermutung nahe, daß dem L. doch etwas zu nahe getreten sein konnte. Es hat sich herausgestellt, daß dies durchaus nicht der Fall, sondern in jeder Beziehung zu Recht verfahren worden ist. Der Gerichtshof hat den Angeklagten zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt, den drei beleidigten Ärzten wird die Publikationsverbotnis in der „Zeit am Montag“, dem „Dresdener Generalanzeiger“ und in der „Rippeschen Landeszeitung“ ausgesprochen, ferner wird die Einziehung der vorhandenen Exemplare und die Vernichtung der aus ihrer Herstellung benutzten Platten und Formen angeordnet.

# Gerichts-Zeitung.

Freiheitsberaubung, Rädigung und § 153.

Auf einem Bau des Unternehmers Eise beschwerten sich die Maurer über äußerst mangelhafte Schutzvorrichtungen. Eine Eingabe an die Berufsgenossenschaft hatte die Folge, daß der Unternehmer zur Beschaffung besserer Rüstungen usw. veranlaßt wurde. Unmittelbar darauf wurden auf diesem Bau mehrere Maurer entlassen. Die Entlassenen nahmen an, ihre Entlassung sei deshalb erfolgt, weil der Unternehmer beziehungsweise der Polizeiglaube, sie seien diejenigen, welche die Beschwerden an die Berufsgenossenschaft veranlaßt hätten. Die Zeitung des Maurerverbandes wurde von der Angelegenheit benachrichtigt. Der Vorsitzende Hank wollte mit dem Unternehmer Eise reden, um festzustellen, ob eine Mahregelung vorliege. Der Unternehmer wies den Verbandsvertreter mit einer scharfen Bemerkung kurz ab. Dadurch fühlten sich die nichtentlassenen, noch auf dem Bau beschäftigten Maurer verletzt; sie besprachen diese Angelegenheit in der Verbände. Nach wenigen Minuten kam Eise und rief: Wer nicht sofort an die Arbeit gehe, sei entlassen. Gleich darauf erschienen zwei Schulleute, die Eise jedenfalls hatte rufen lassen, und forderten die Entlassenen auf, den Bau zu verlassen. Hierauf verließen alle Maurer, auch die, welche noch nicht entlassen waren, den Bau. Statt ihrer stellte Eise Afformaurer an. Die vordem auf dem Bau beschäftigt gewesen Maurer erschienen dann jeden Morgen in der Nähe des Baues, um die Arbeitswilligen zu beobachten.

Diese fühlten sich durch die Anwesenheit der anderen Maurer schon an sich belästigt. Es mag auch der eine oder der andere versucht haben, den Arbeitswilligen klar zu machen, daß ihr Verhalten nicht den Interessen der Arbeiter entspreche. Eines Morgens will einer der Arbeitswilligen namens Forth gesehen haben, daß einer seiner Kollegen von den Gemahregelten bedrängt worden sei. Forth zog nun einen Revolver aus der Tasche und hielt ihn dem Maurer Schulz, einem der Gemahregelten, entgegen. Nachdem Schulz sich zurückgezogen hatte, ließ Forth mit dem Revolver in der Hand auf einen anderen der Gemahregelten, den Maurer Fischer zu und hielt ihm die Waffe gegen die Brust. Nun kamen einige Schulleute heran und brachten den Revolverbesitzer nach der Wache. Forth hat dann der Polizei erzählt, daß er und seine arbeitswilligen Kollegen von den Gemahregelten angegriffen und bedroht worden seien. Aus diesen Angaben des Forth ist schließlich eine Anklage wegen Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung, Rädigung und Freiheitsberaubung entstanden. Die Anklage richtete sich gegen die Maurer Seidel, Schulz, Wolf und Fischer. Doch die Unterlage der Anklage war so haltlos, daß die Strafkammer des Landgerichts I sämtliche Angeklagte freisprach. Auf die Revision der Staatsanwaltschaft hat das Reichsgericht das freisprechende Urteil aufgehoben und die nochmalige Verhandlung der Sache dem Landgericht II überwiesen.

Geheim fand die Verhandlung vor der 4. Strafkammer des Landgerichts II statt. Hier erklärte der Zeuge Forth, der Revolver, mit dem er die Gemahregelten bedroht habe, sei gar kein Schießwaffen gewesen, sondern eine harmlose Theaterpistole, mit der man gar nicht schießen könne. Nebenfalls haben aber die Angeklagten das Ding für einen Revolver gehalten. Der Freiheitsberaubung sollen sich die Angeklagten dadurch schuldig gemacht haben, daß sie einen der Arbeitswilligen in ein Restaurationslokal drängten und ihm hinderten, sich daraus zu entfernen. Die Beweisnahme zeigte jedoch, daß der Arbeitswillige aus unbegründeter Furcht vor den Gemahregelten freiwillig in das Lokal gegangen war, daß niemand Miene machte, ihm etwas zuleide zu tun und daß er sich auch ungehindert wieder aus dem Lokal entfernt hat. Im übrigen wurde den Angeklagten noch zur Last gelegt, Schimpfworte gegen die Arbeitswilligen gebraucht zu haben.

Die Anklage auf Freiheitsberaubung ließ der Staatsanwalt fallen. Den Angeklagten Wolf beauftragte er freizusprechen, weil gegen denselben nichts erwiesen worden ist, und gegen die übrigen drei Angeklagten beantragte der Staatsanwalt Gefängnisstrafen von 3 bis 6 Wochen wegen Rädigung und Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung. Um die Anwendung dieses Paragraphen zu begründen, reute der Staatsanwalt eine eigenartige juristische Konstruktion auf. Er sagte: Die Angeklagten hätten deshalb die Arbeit niedergelegt, um den Unternehmer in der freien Auswahl der Arbeiter, welche er beschäftigen wolle, zu beschränken. Eine solche Beschränkung der Willensfreiheit des Unternehmers sei gleichbedeutend mit dem Verlangen günstigerer Bedingungen für die Arbeiter.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Keltz Behrend, führte dagegen aus, daß § 153 der Gewerbeordnung in diesem Falle nicht angewandt werden könne, denn keiner der Angeklagten habe die Absicht gehabt, günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen für sich oder für andere zu erlangen. Die Arbeitsniederlegung sei lediglich deshalb erfolgt, weil sich die Maurer durch die Entlassung ihrer Kollegen und die scharfe Abweisung ihres Vertrauensmannes gekränkt fühlten. Grundtatsächlich beantragte der Verteidiger die

Freisprechung der Angeklagten; falls aber das Gericht eine Verurteilung für erwiesen halte, sei eine geringe Geldstrafe genügend. Das Gericht kam zu dem Urteil, daß weder eine Freisprechung noch eine Abtötung erwiesen sei. Den § 153 der Verurteilungsordnung hielt das Gericht für anwendbar, denn — sagte der Vorsitzende — durch Einwirkung auf die Arbeitwilligen habe erreicht werden sollen, daß diese die Arbeit verlassen und diejenigen, welche die Arbeit niederlegten hätten, beziehungsweise entlassen waren, ihre Arbeitsplätze wieder einnehmen könnten, was gleichbedeutend sei mit einer Erlangung besserer Arbeitsbedingungen. Daß die Angeklagten ihre Absicht durch körperlichen Zwang oder Drohung gegen die Arbeitwilligen erreichen wollten, hielt das Gericht nicht für erwiesen, wohl aber, daß Ehrverletzungen zu diesem Zweck gegen die Arbeitwilligen angewandt worden seien. Dieses Vergehen hielt das Gericht nur die Angeklagten Seidel und Fischer für überführt, die jeder zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt wurden. Die Angeklagten Schulz und Wolff wurden freigesprochen.

## Gerichts-Zeitung.

### Der Clou oder die Clowns der Versammlung?

Das war die Frage, um die es sich in einem Strafverfahren gegen den Vater Willy Schulz drehte. Dieser hat im Dezember vorigen Jahres in der freien Jugendorganisation zu Oberschöne- weide einen Vortrag gehalten. Mit Bezug darauf, daß drei Geistliche, die Leiter von christlichen Junglingsvereinen, zur Versammlung eingeladen, aber nicht erschienen waren, soll Schulz nach einer Anzeige des überwachenden Gendarmen gesagt haben: Es schade nicht, daß die Geistlichen nicht gekommen seien, denn nun seien einige Clowns weniger hier. — Auf Grund dieser Angabe des Gendarmen ist Schulz vom Schöffengericht Rosenau wegen Beleidigung der Geistlichen zu 100 Mark verurteilt worden. Er legte Berufung ein, infolgedessen verhandelte gestern die vierte Strafkammer des Landgerichts II gegen Schulz.

Wie in der ersten Instanz, so gab Schulz auch vor der Strafkammer an, es sei ihm gar nicht eingefallen, eine derart beleidigende Äußerung gegen die Geistlichen zu machen. Er habe gesagt, er bedauere, daß die Geistlichen nicht erschienen seien, denn dadurch sei die Versammlung um den Clou des Abends gekommen. Der überwachende Gendarm habe ihn falsch verstanden, der Gendarm habe wahrscheinlich das Wort Clou gar nicht gefasst und deshalb das Ähnlich klingende Clowns zu hören geglaubt. Das wurde dadurch bestätigt, daß der Gendarm in der Schöffengerichtsverhand-

lung das Wort Cloun zuerst nicht klang, sondern Cloun aus- gesprochen habe. Hiernach erscheine ein Irrtum des Gendarmen begründet.

Zwei Teilnehmer der Versammlung bezeugten als Zeugen, daß der Angeklagte die Geistlichen nicht als Clowns bezeichnet, sondern von einem Clou des Abends gesprochen habe.

Mit der Bestimmtheit und der unerschütterlichen Sicherheit, welche die Zeugenäußerungen von Polizeibeamten stets auszuzeichnen pflegt, behauptete Gendarmwachmeister Bökel, er könne sich gar nicht darin irren, daß der Angeklagte mit Bezug auf das Fernbleiben der Geistlichen gesagt habe, es seien einige Clowns weniger hier. Die Versammlung habe diese Bemerkung mit Lachen aufgenommen und er, der Gendarm, habe geglaubt, aus der Wendung, es seien einige Clowns weniger hier, schließen zu müssen, daß auch er vom Angeklagten als Cloun angesehen werde. — Der Vorsitzende des Gerichts bezeichnete es als ziemlich unwahrscheinlich, daß der Angeklagte so unvorsichtig gewesen sein sollte, in Gegenwart eines Polizeibeamten eine so schwere Beleidigung gegen die Geistlichen auszusprechen. — Aber das Lachen der Versammlung? Das sei doch nicht zu erklären, wenn der Angeklagte von einem Clou gesprochen hätte; wenn aber die Geistlichen als Clowns bezeichnet wurden, so habe man eine Erklärung für das Lachen der Versammlung, und die dem Angeklagten zur Last gelegte Äußerung erscheine wahrscheinlich.

Aber es gab noch eine andere Erklärung für das Lachen. Einer der Zeugen sagte, der Gendarm habe so dagesessen, daß man annehmen konnte, er sei eingeschlafen. Als der Angeklagte davon sprach, daß die Versammlung durch das Fernbleiben der Geistlichen um einen Clou gekommen sei, sei der Gendarm plötzlich auf- gefahren, wie jemand, der aus dem Schlummer aufschreckt. Das habe auf die Versammlung einen so komischen Eindruck gemacht, daß ein allgemeines Gelächter entstand.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, beantragte die Freisprechung des Angeklagten, da nicht mit Sicherheit fest- gestellt sei, daß er das Wort Cloun gebraucht habe. Der Gen- darm habe in der Aussprache dieses Wortes vor dem Schöffengericht derart geschwankt, daß man einen Irrtum dieses Zeugen für festgestellt halten könne. Uebrigens spreche auch die Logik für die Angaben des Angeklagten und gegen die Angaben des Gen- darmen, denn wenn der Angeklagte gesagt haben sollte, es seien einige Clowns weniger da, dann müßte er ja die Teilnehmer der Versammlung auch als Clowns betrachtet haben. Wer in eine Versammlung gehe, um die Besucher derselben für seine Ideen zu gewinnen, der werde doch nicht die Versammlung so vor den Kopf stoßen.

Der Angeklagte selbst verteidigte sich in längerer Rede und führte unter anderem aus, daß er es grundsätzlich vermehre, Leute, die auf einem gegnerischen Standpunkt stehen, zu beleidigen. Er

habe schon oft mit Geistlichen diskutiert und stets in durchaus sachlicher Weise, er solle auch dem Gegner jedweder die schuldige persönliche Achtung. Das sei ihm von verschiedenen Geistlichen, mit denen er polemisierte, anerkennend bestätigt worden. Besonders berief sich der Angeklagte in dieser Hinsicht auf einen Geistlichen Lissens. Gegen die Zuverlässigkeit der Aussage des Gen- darmen Bökel führte der Angeklagte Schulz an: Bei seiner ersten Vernehmung sei ihm vorgehalten worden, er solle gesagt haben, wir sind einige Clowns weniger. Danach müßte er also die ganze Versammlung als Clowns betrachtet haben. Das sei allerdings so unlogisch, daß die jetzt vorliegende Angabe des Gendarmen etwas anders laute. Derselbe Gendarm Bökel habe über dieselbe Ver- sammlung angegeben, es seien dort politische Angelegenheiten er- örtert worden. In einem daraufhin eingeleiteten Verwaltungs- streitverfahren sei festgestellt worden, daß in der Versammlung nicht über politische Angelegenheiten gesprochen wurde. Hierdurch sei erwiesen, daß der Gendarm Bökel nicht unterscheiden kann, was politische und was unpolitische Reden sind. Man könne hieraus schließen, daß Böfels Angaben über die Äußerung des Angeklagten nicht zuverlässig sind.

Rechtsanwalt Rosenfeld beantragte nunmehr, den Geistlichen Lissens als Zeugen dafür zu laden, daß der Angeklagte ihm bekannt sei als ein Mann, der nur sachlich diskutiert und nicht seine Gegner beleidigt. Ferner beantragte der Verteidiger, die Akten der Schöffengerichtsverhandlung gegen Schulz sowie die Akten des Verwaltungsstreitverfahrens als Beweismittel dafür heranzuschaffen, daß das Zeugnis des Gendarmen Böfels nicht zuverlässig sei.

Das Gericht lehnte die Beweisanträge als unerheblich ab und begründete die Berufung. Wie der Vorsitzende in der Urteils- begründung sagte, hält das Gericht die sehr bestimmt abgegebenen Aussagen des Gendarmen für glaubwürdig und den Gendarm für so intelligent, daß er wohl unterscheiden könne, ob von einem Clou oder einem Cloun gesprochen worden sei. Die entgegenstehenden Angaben der beiden Versammlungsteilnehmer erschienen dem Ge- richt nicht so glaubwürdig, wie die Aussage des Gendarmen.

### Eingegangene Druckschriften.

Liebe in Natur und Unnatur. Von W. Burghauser. 1. Teil 2 B. Berlin: C. Königs in Wien I.  
Geschäftslage und Arbeitsmarkt. Von Prof. Dr. J. Silber- glett. 1 B. Deutscher Städteverlag, Berlin W. 30.  
Der Todesstempel der Region. Von P. Gurenkoff. 80 S. Verlag: O. Voss in Leipzig.  
Ereignisse eines Kriegskorrespondenten aus den Jahren 1859, 1866 und 1870. Von A. Heinrich. 64 S. 3 B., geb. 4 B. Verlag: C. Königs, Wien I.  
Dokumente des Fortschritts. 11. Heft. Internationales Revue. Verlag: G. Reimer, Berlin W. 35.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Donnerstag, 12. November.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

Königliches Opernhaus. Hegelied.  
(Anfang 7 Uhr.)

Königl. Schauspielhaus. Kaiser.  
Deutsches, König Lear.

Kammerspiele. Eine Verur- teilung. (Anfang 8 Uhr.)

Anfang 8 Uhr.

Neues Schauspielhaus. Gustav  
Glar.

Neues königl. Opern-Theater.  
Der Amerikaner.

Leitung. Michael Kramer.  
Wesens. Wahrheit.

Wesens. Der tolle Bauer.  
Berliner. Der Veilchenfresser.

Kleines. Lady Frederick.  
Komische Oper. Wesens und  
Wesens.

Wesens. Schümmere dich um Amelie.  
Schnell. Erde.

Schnell. (Wagner-Theater.)  
Der schwarze Kavaller.

Schnell. Charlottenburg. Der  
Familientag.

Friedrich. Wilhelmstadt. Schau-  
spielhaus. Anteros.

Thalia. Bruder Strahlender.  
Luisen. Die Ehe.

Luisen. Die Ehe.  
Luisen. Die Ehe und Freie.

Luisen. Die Ehe und Freie.  
Luisen. Die Ehe und Freie.

Luisen. Die Ehe und Freie.  
Luisen. Die Ehe und Freie.

Luisen. Die Ehe und Freie.  
Luisen. Die Ehe und Freie.

Luisen. Die Ehe und Freie.  
Luisen. Die Ehe und Freie.

Luisen. Die Ehe und Freie.  
Luisen. Die Ehe und Freie.

Luisen. Die Ehe und Freie.  
Luisen. Die Ehe und Freie.

Luisen. Die Ehe und Freie.  
Luisen. Die Ehe und Freie.

Luisen. Die Ehe und Freie.  
Luisen. Die Ehe und Freie.

Luisen. Die Ehe und Freie.  
Luisen. Die Ehe und Freie.

Luisen. Die Ehe und Freie.  
Luisen. Die Ehe und Freie.

Luisen. Die Ehe und Freie.  
Luisen. Die Ehe und Freie.

Luisen. Die Ehe und Freie.  
Luisen. Die Ehe und Freie.

Luisen. Die Ehe und Freie.  
Luisen. Die Ehe und Freie.

Luisen. Die Ehe und Freie.  
Luisen. Die Ehe und Freie.

Luisen. Die Ehe und Freie.  
Luisen. Die Ehe und Freie.

Luisen. Die Ehe und Freie.  
Luisen. Die Ehe und Freie.

Luisen. Die Ehe und Freie.  
Luisen. Die Ehe und Freie.

Luisen. Die Ehe und Freie.  
Luisen. Die Ehe und Freie.

Luisen. Die Ehe und Freie.  
Luisen. Die Ehe und Freie.

Luisen. Die Ehe und Freie.  
Luisen. Die Ehe und Freie.

Luisen. Die Ehe und Freie.  
Luisen. Die Ehe und Freie.

Luisen. Die Ehe und Freie.  
Luisen. Die Ehe und Freie.

Luisen. Die Ehe und Freie.  
Luisen. Die Ehe und Freie.

Luisen. Die Ehe und Freie.  
Luisen. Die Ehe und Freie.

Luisen. Die Ehe und Freie.  
Luisen. Die Ehe und Freie.

Luisen. Die Ehe und Freie.  
Luisen. Die Ehe und Freie.

### Schiller-Theater.

O. (Wagner-Theater.)

Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Der schwarze Kavaller.

Ein deutsches Spiel in 3 Akten von  
Heinrich Heine.

Freitag, abends 8 Uhr:  
Die Zwillingsschwester.

Sonntag, abends 8 Uhr:  
Julius Caesar.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Der Familientag.

Dustspiel in 3 Akten v. Gustav Kadelburg.

Freitag, abends 8 Uhr:  
Der Graf von Charolais.

Sonntag, abends 8 Uhr:  
Der Familientag.

## Zirkus Schumann.

Heute Donnerstag, den 12. November 1903, abends präz. 7 1/2 Uhr:  
Das diesjährige große Pracht-Parade- und  
Gala-Programm.

Gala, der Seeräuber und Mädchenhändler.

1. Akt: Ein Fischerdorf in Holland. 2. Akt: Diamanten-  
grube in Indien. 3. Akt: Jagd auf den Maharadscha.  
Vertilgung des Mädchenhändlers. Zerstückung seiner Burg am Meer. 4. Akt:  
Der Elefant als Urteilsvollstrecker (Salambos Opferung).  
5. Akt: Pompöses Fest beim Maharadscha. Noch nie  
gesehene Schluß-Apotheose. Vorher: Gala-Programm und  
die einstimmig von sämtlichen Zeitungen Berlins als das beste  
anerkannten großartigen November-Spezialitäten.

**Grand-Hotel-Festsäle**  
Am Alexanderplatz. Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:  
Wilh. Wolffs Hamburger Sänger.  
Anfang Sonntags 7 Uhr, wochentags 8 Uhr.  
Eintritt 50 Pfennig. 2161b\*  
Vorsungskarten haben wochentags Gültigkeit.

**Allgemeine Ausstellung von Hunden**  
aller Rassen  
Ausstellungshalle  
am Zoo-Berlin  
14 u. 15. Nov. 1903

**Sonnabend Eröffnung!**



**XIV. Saison! Zirkus Busch.**  
Donnerstag, 12. November 1903,  
abends präz. 7 1/2 Uhr:  
Gala-Abend.  
Wiederankunft der Schu-  
lerin Mathilde Konz. II. u. III. ca.:  
Süßer noch nie dagewesen!  
Kapitän Webbs dreifache  
**9 Seelöwen 9**  
Die Ulfen! Herr Graf Schu-  
manns Kavalier. Ober. Blätter.  
Gerard u. Juliana. Reithünfler.  
Um 9,45 ca.:

**Barbarossa!!**  
Große Origin.-Mittel-Contomime  
des Helden Busch in 6 Bildern

**Passage-Panoptikum.**  
Ohne Extra-Entree!  
Lebend! Des Lebend!  
**Bärenweib.**  
Simpson der lebende Ambo-  
der Mann mit dem Stinkkörper.  
Neapolitanische Briganten.  
Panophon-Vorträge:  
Alexander Girardi,  
Otto Koutler, Carno etc.  
Alles ohne Extra-Entree!  
Eintritt 50 Pf.  
Alber, Soldaten 25 Pf.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Tauhausstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
Eine Nilfahrt bis zum zweiten  
Katarakt.  
Hör-saal 8 Uhr:  
Prof. Dr. B. Donath: Die elektri-  
schen Kraftzentren und das  
Leitungsnetz.

**Theater des Westens.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der tolle Bauer.**  
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr in halben  
Preisen: Die lustige Witwe.

**Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.**  
Donnerstag, 12. Nov., Anf. 8 Uhr:  
**Anteros.**  
Freitag zum 1. Male:  
Seine Hoheit.  
Sonntag nachm. 4 Uhr: Suez-  
wittchen und die sieben Zwerg.

**Fröhels All-plei-Theater**  
Schönhauser Allee 145.  
Heute Donnerstag 8 Uhr:  
**Rouzet, Theater und Spezialitäten.**  
Nach der Vorstellung: Großer Ball,  
schöne Ballmusik ohne jede Nachz.

# Ich hab's!

Die beste mediz. Seife zur Herstellung und Erhaltung eines rosigen, jugendfrischen Aussehens, einer weichen, samtweichen Haut, eines reinen, blendend schönen Teils, sowie gegen Sommer- sprossen und alle Hautunreinigkeiten ist unbedingt nur die allein echte

**Stechenpferd-Lilienmilch-Seife.**

Vorrätig à Stück 50 Pfg. in den Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

**Berliner Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der Veilchenfresser.**  
Morgen: Der Veilchenfresser.  
**Hebbel-Theater**  
Königsgraben Str. 57/58. Anf. 8 Uhr:  
Sum  
erstmal: **Erde.**

**Neues Opern-Theater.**  
Schiffbauerdamm 25, a. b. Villenstr.  
Abends 8 Uhr:  
**Die Dollarprinzessin.**  
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

**Residenz-Theater.**  
— Direction: Richard Alexander. —  
Abends 8 Uhr:  
„Kümmere dich um Amelie.“  
Schwanz in drei Akten (oder Südem)  
von Georges Feydeau.  
Morgen u. folg. Tage: Kümmere  
dich um Amelie.  
Sonntag, 15. Nov., nachm. 3 Uhr:  
Geben Sie nichts zu verzeihen?

**Luisen-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Die Ehre.**  
Freitag: Eine tolle Nacht.  
Sonntag nachm. 4 Uhr: Wägen,  
Dröbel. Abends: Eine tolle Nacht.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Blach-  
mann als Erzähler. Abends: Eine  
tolle Nacht.  
Montag: Eine tolle Nacht.

**BERNHARD ROSE THEATER**  
St. Franziskaner Str. 122.  
Sum  
erstmal: **Baronin-Gisela.**

Drama in 3 Akten v. Erich Kadde-  
Anfang 8 1/2 Uhr. Wochentagspreise.

**Bürgerliches Schauspielhaus**  
Kastanien-Allee 7-9.  
**Don Carlos.**

Drama. Ged. in 5 Akten v. Fr. v. Schiller.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Morgen 2. erstmal: Die Herren  
Söhne.  
Freitag, 19. November:  
3. Opernabend: Der Freischütz.

**Stadt-Theater Moabit.**  
Alt-Moabit 45.

Größter und vornehmster Theater-  
saal Moabits.  
Donnerstag, den 12. November:  
**Maria Stuart.**  
Trauerspiel in 5 Akten v. Fr. v. Schiller.  
Anf. 8 Uhr. 3. Stellenanfang 7 Uhr.  
Morgen 7 1/2 Uhr.  
Nach der Vorstellung: Ball.

**Metropol-Theater**  
Täglich 8 Uhr:  
**Donnerwetter-ladellos!**  
Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund.  
Musik von Paul Lincke. Regie  
Direktor Schultz.  
Sonntag, 15. November, nachm. 3 Uhr:  
**Durchlaucht Radieschen.**

**WINTER GARTEN**  
November - Attraktionen.  
V. Angelo's lebende Bilder  
Der Krönk. Komedianne  
**LOUISE BLAT.**  
WEDERBORN'S SIEBENKINDER-REHNER  
**ALBERT MERODE**  
LA TITOMB SINGERS PYROL  
LOLA  
SABINE  
Die SILEDES das mysteriöse Haus  
GOLEMANN'S GIGANTE HUNDE  
ANDRE JAPANESE TRUPPE  
BOS. MARTIN Xylophonist  
Der Biograph.

**Apollo Theater**  
Abends 8 Uhr: Debüt der neuen  
Attraktionen. II. a.: Sigwart  
Gontes, Hummel, Gibsy-Wooll mit  
ihren „Six Sunbonnet“, mit Diana,  
Dressler-R. Ein Beitrag zur Darstel-  
lung des Entschlupflichen.  
9.20. Unter persönlicher Leitung des  
Komponisten!  
**Eine lustige Spreewaldfahrt.**  
Bursche, Musik v. Paul Lincke.

**Großes Konzert.**  
Abends 9 Uhr:  
Auftreten erwer. Musikanten und  
-sängerinnen.

**Casino-Theater**  
Colbitzinger Str. 37. Täglich 8 Uhr.  
8 Uhr: Hotel-Bausiedler.  
8 1/2 Uhr: Das November-Programm.  
Original-Diedrich Upts usw.  
9 1/2 Uhr:  
**„Die Dianabäder.“**  
Sonntag 4 Uhr: Die fidele Kiste

**Passage-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Anni Wünsch.**  
Schneider-Duncker  
Willi Prager  
und das großartige  
November- Progr.

**Rixdorfer Theater**  
Bergstraße 147  
Sonntag, den 15. November 1903:  
Sum 10. Male:  
**Alt-Heidelberg.**  
Schauspiel in 3 Akten v. Regener-Görster.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Parodie-Theater**  
Dresdener Straße 97.  
Heute:  
**Cavalleria-Rusticana** und  
die urkomische Burleske  
„Berlin steht Kopf“.  
Anfang Sonnt. 8, wochent. 8 1/2 Uhr.

**Folies Caprice.**  
Abends 8 Uhr:  
**Die lästige Witwe.**  
Vanter Colprell.  
**Die Brautschau.**

**W. Noacks Theater**  
Dresdener Str. 116. Summentz. 16.  
Wenn der große Bellas:  
**Der Glockenguss in Breslau.**  
Anfang 8 Uhr. Summe 20 St.  
Sonntag: Wärrer v. Reichfeld.  
Sonntag, 21. Nov.: Festvorstellung:  
50-jähriges Jubiläum Dr.  
Nov. 1111.

**Wilhelm-Kasino**  
Brückenstr. 2, a. d. Jannowitzbrücke  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Familien-Bierebarel**  
das neue  
November- Progr.

**Berliner Uk-Trio.**  
Felix Scheuer  
Siralzstr. 1.

**Neues Theater.**  
Donnerstag und Freitag:  
**Wahrheit.**  
Sonntag zum erstenmal:  
**Ahasver-Besuch Silberfischen.**

**Kleines Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Musik.**  
Freitag: Musik.

**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
**Die Tür ins Freie.**

### Gastspiel - Theater:

Köpenicker Straße 68.  
Heute und folgende Tage 8 1/2 Uhr:  
Gastspiel Hedwig Lange.  
**Zaza.** 14/6\*  
Sonntag nachm.: Ein toller Einfall.

### Gebrüder Herrnfeld-

Anfang Theater. Vorverk. 8 Uhr. 11-2 Uhr.  
57 Kommandantenstr. 57.  
Abendlich:

### Stürmischer Jubel Die beiden Bindelbands.

Romöle in 2 Akten von Anton und Donat Herrnfeld.  
Scherer, Künzler u. a.:  
Gehr. Renzoni, Marga u. Milli  
Bühnenbild: Ein Walzertraum.  
Kun Arpad, jugendlicher Geigen-  
virtuose Wacker u. Wackers' Ge-  
birgs-Typen. The six Rockets,  
Gesangs- und Tanz-Terzett.

### Palast-Theater

Bangstr. 24, 2 Min. v. Spt. Börse  
Täglich 8, Sonntags 1/8 Uhr.  
Das glänzende  
**November-Programm.**  
Der Spiel !! Vondars Wunderaffen.  
Mr. Carla. Steve und Ella.  
Feldow Seagall. Finlay Brothers.  
Las 3 Soraines. Ella Vondare Trio.  
Klambler Comp. Biographische Bilder.  
Die Frau mit den drei  
Männern.  
Familienkarten, wochentags halbe  
Preise, überall gratis.

### Walhalla- Variete-Theater

Wunderbergweg 19/20, Rosenh. Tor.  
Anfang 8 Uhr:  
Das vollst. neue Novemberprogr.  
Perzina m. seinen 110 Tieren  
Am Tunnel Regimentskapellen etc.  
Theaterbesucher hat freien Eintritt

### Königstadt-Kasino.

Holzmarktstr. 74.  
Heute und folgende Tage:  
**Der Seefadett.**  
Singpiel in 2 Akten von  
D. Richter. Musik von Gust. Steffens.  
Vorher um 8 Uhr:  
Die November-Spezialitäten  
mit Franz Sobanski.

### Brauerei Friedrichshain

Am Königsbor.  
Heute, Donnerstag, 11. Tag d.  
**Gr. Internationalen  
Ringkampf - Konkurrenz**  
um den **Großen Preis von  
Berlin - 6000 M.** in bar  
Heute ringen 6 Paare:  
Saskia-Frankreich gegen  
Ali Oglu-Turkei.  
Nicht Antonitch-Sohnen  
gegen  
Nicht van Deik-Golland.  
Maksimak-Gastgeber  
gegen  
Pytlasinski-Weltmeister, Barfchau  
Petrelli-Gastgeber gegen  
Schibilski-Berlin.  
**Entscheidungskampf:**  
Neger Zippa-Kord-Kamerka geg.  
Wachtaroff-Rußland  
Vor den Ringkämpfern: Kultur  
der neuesten und besten  
**Spezialitäten.**  
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
Ref. Platz 1 M. Rum. Tisch 2 M.

### Gustav Behrens- Theater.

Goltzstr. 9.  
**Echte Spreethener.**  
Bühnenbild mit Gesang und Tanz  
von Walther Gerloke.  
Anna Selbig, Gesangsdiener: Dir. Gustav  
Behrens, Wilhelm Henckel, Arbeiter:  
Wegist, Berndt, Ränge.  
Außerdem die übrigen erstklassigen  
**Spezialitäten.**  
Anfang 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr.

**Preisermäßigung für elektrisches Licht  
in den Nachtstunden.**  
Vom 1. Januar 1909 ab wird Elektrizität für Beleuchtungszwecke in den Nachtstunden von 10 Uhr abends bis 7 Uhr morgens zum Preise von  
**16 Pf. netto pro Kilowattstunde**  
geliefert, sofern für diese Zeit ein jährlicher Verbrauch von mindestens M. 500.- gewährleistet wird.  
Abnehmer, deren Bedarf diese Höhe erreicht, belieben diesbezügliche Anträge bei uns zu stellen.  
**Berliner Elektrizitäts-Werke.**

# Freie Volksbühne

Nachmittags-Abteilungen:  
Neues Schauspielhaus: Thalia-Theater:  
**Julius Cäsar. Tedeum.**  
Lessing-Theater: Die versunkene Glocke.  
Abend-Abteilungen:  
Neues Schauspielhaus:  
**Julius Cäsar und Weh dem der lügt.**  
Sämtliche Vorstellungsdaten sind aus den Mitglieds-  
karten ersichtlich.

## Winterfest

Sonnabend, den 14. November, 8 1/2 Uhr  
im Konzertsale der **Brauerei Hoppoldt** (Hasenheide)  
**Humoristischer Konzert- u. Brett-Abend**  
mit darauffolgendem **Ball u. Gesellschaftsabend.**  
Mitwirkende:  
Am Klavier: Herr Kapellmeister **James Rothstein**  
Rezitation und Fräulein . . . **Bodzena Bradsky**  
Chansons: Herr . . . **Robert Koppel.**  
Festmarken à 50 Pf. sind in allen Zahlstellen  
(inkl. Programm) zu haben, jedoch empfiehlt sich wegen  
der starken Nachfrage die sofortige Abholung der Marken.  
**Der Vorstand.**  
In Vertr.: **G. Winkler.**  
242/1

**Reichshallen-Theater**  
**Stettiner  
Sänger**  
Zum Schluss neu:  
**Der Kompanie-Ball.**  
Willkürliche Humoreske  
von **Reysel.**  
Anf. wochentags 8 Uhr,  
Sonntags 7 Uhr.

**Sanssouci,** Kottbuser  
Straße 6.  
Direktion **Wilhelm Kömer.**  
Heute Donnerstag:  
Neues Programm:  
**Gr. Elite-Soiree** Tanz-  
Kränzch.  
von  
**Hoffmanns Nordd. Sängern**  
Aubader Weisfall.  
**Fräulein Ränge.**  
Vollst. in 1 Akt.  
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 1/2.

**Berliner Schrammeln.**  
3. Stiftungsfest Sonnabend,  
den 14. Nov.  
im **Dresdener Kasino,**  
Dresdener Str. 96. Anfang 9 Uhr.

**Elysium**  
Landsberger Allee 40/41.  
Heute Donnerstag:  
**Kinematograph**  
Konzert, Ball. (48382)  
Anf. 7 Uhr. Dauerprobestellung 20 Pf.

**Dresdener-Casino-Festsäle.**  
Dresdener Straße 96,  
Anf. 4, 8, 10, 12, 14, 16, 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32, 34, 36, 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76, 78, 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92, 94, 96, 98, 100.  
Besonderer Umhang halber  
Sonntag, 20. November frei  
geworden. 800/12  
Gleichzeitig mit: **Neujahr-  
sonntag,** Sonnabend, 9 Jan.  
Sonnabend, 16 Jan. Sonnabend,  
13. März.  
**1. Osterfeiertag.**  
Für den Sommer empfehle zu  
Dampfpforten, Gesangspartien  
mit „Seglerchloß“-Schmückwitz.  
**A. Muxfeld.**

Teile meinen Freunden und Be-  
kannnten mit, daß ich die  
**Restaurations-Tanach**  
von  
**Weinbergsweg 8,**  
Ecke Reichenh. Straße, über-  
nommen habe. 800/92  
**Karl Fahrow.** Amt III. 607.  
**Tafelmasse (Hühner)** liefert feine 5 Kg.  
Rind täglich ge-  
schlachtet, gereinigt, 1 Schmalz und  
Eratgar mit Kleingehäkel 5 M. u.  
bis 4 Schmalz-Guten od. Bouillon od.  
Suppenhühner je 5,50 M. Rühbutter,  
10 Wd.-Koll. 7,50 M. Toni Andermann,  
Buczacz via Breslau Nr. 2. 251/13

**6. Berliner  
Reichstags-Wahlkreis**  
I., II., III. Abteil. (Schönhauser Vorstadt)  
Sonnabend, den 14. November cr.  
**Kunst-Abend**  
im  
**Berliner Prater-Theater**  
Kastanien-Allee 7-9.  
Mitwirkende: **Berliner Sinfonie-Orchester**  
Dirigent: **M. Fischer.** - Konzertmeister **A. Sosa.**  
Harfenistin **Fräulein Emma Kratje.** Ge-  
sang **Frau Klara Ullau.** Rezitation **Herr Paul  
Stieler.**  
Eröffnung 7 Uhr. Anfang pünktlich 8 1/2 Uhr.  
Billets 50 Pf. Dieselben sind bei den Be-  
sitzführern und in der Expedition von **Karl Marx,**  
Lychener Straße 123, zu haben. 200/18\*

**::: Bildungsausschuß :::  
der Arbeiterschaft Rixdorfs.**  
Sonnabend, den 14. November, abends 8 1/2 Uhr:  
**Humoristisch-Satirischer Abend**  
im großen Saale der „Neuen Welt“, Hasenheide.  
Mitwirkende:  
**Fräulein M. Simonetti** (Koloratur-Sängerin) -  
**Frl. Marg. Rossi** (Violine) - **Frau M. Walkotte**  
(Rezitation) - **Herr Bruno Türschmann,**  
Vortragmeister vom Hebbel-Theater - **Herr  
Bernh. Nitsche** (Pianist) - **Berl. Sinfonie-  
Orchester,** Dirigent: **Herr Maximilian Fischer.**  
Eintritt 30 Pf. pro Person (Kinder unter zehn  
Jahren kolnen Eintritt). 200/19  
Nach Schluß **Gr. Ball.** 50 Pfennige.  
Rauchen verboten! Die Sinfonien  
sind während der Vorträge geschlossen.  
Billets sind in allen Zahlstellen und in der  
Parteilaposition, Neckarstraße 3 (Laden) zu erhalten.

**Kunst-Abend**  
Leitung: **Margarete Walkotte**  
Mittwoch, den 18. November (Bußtag).  
Mitwirkende: **Baron von Wolzogen** (Mitglied des Hebbel-  
Theaters), **Fräulein Florence Frankl,** Violinvirtuosin, **Herr  
Schröder-Piss,** Rezitator, **Margarete Walkotte.** Am Flügel:  
**Herr Bernhard Nitsche.**  
Entree 50 Pf. Beginn 7 Uhr abends. Abendkasse 60 Pf.  
Vorverkauf bei **Kilom, Hasenheide 13/15,** und bei **Herrn  
Mersch, Engelauer 15.** 202/11\*

Allen Freunden und Bekannten  
die traurige Nachricht, daß unsere  
liebe Tochter und Schwester  
**Luise Kleeblatt**  
im Alter von 18 1/2 Jahren nach  
langem schwerem Herzeiden sanft  
entschlafen ist. 27055  
Um stille Teilnahme bitten die  
trauernden Hinterbliebenen  
**Ludwig Kleeblatt**  
nebst Familie,  
Goltzstr., Sörlitzer Ufer 26.  
Die Beerdigung findet am  
Sonnabend, den 14. November,  
nachm. 12 1/2 Uhr, vom Trauer-  
hause aus nach dem Emmaus-  
Kirchhof, Rixdorf, Hermannstraße  
statt.

**Taufjagung.**  
Für die überaus herzliche Teilnahme  
und reichlichen Kranzpenden bei der  
Beerdigung meiner lieben, herzeng-  
vollen Frau, unserer treuergebenden  
Mutter, Tochter und Schwester, un-  
vergesslichen Schwägerin, Schwägerin  
und Tante, Frau  
**Helene Drömert**  
geb. **Schäbernick**  
sagen wir hiermit allen Verwandten,  
Freunden und Bekannten, besonders  
dem Gesangsverein Charlottenburger  
Viedertal sowie der Firma **C. D.  
Ulrich** und deren Angehörigen unsern  
tiefschmerzlichen Dank.  
Familie **Drömert.**  
Familie **Schäbernick.**

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,  
10-2-5-7, Sonntags 10-12 2-4

**Wer-Stoff-hat**  
fertige Herrenanzug 20 M., feinste  
Kutten, zwei Knöpfe, für guten  
Eig. brum gold. Medaille. **Ludwig  
Engel, Dresdener Str. 23 11**  
(Hilgenbergplatz). Geegründet 1892. -  
Nette zu Angedenk. spottbillig. Gelegen-  
heitslauf von 8 M. pro Meter an.  
reine Wolle, neueste Muster. Spezial:  
Winterpalet Napoleon nach Maß  
36 M. und Winterhose Leffore 12 M.,  
weich und warm. Ein Versuch führt  
zu dauernder Kundshaft. Ohne Kon-  
turnenz. 14/15

**Gardinen-  
Spezialhaus**  
**Emil Lefèvre**  
Berlin, Oranienstr. 158  
**Riesen-Auswahl!**  
Abgepaßte Fenster = 2 Flügel  
a Fenster 2, 3, 4, 5, 6, 8, 10, 12, 14, 16, 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32, 34, 36, 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76, 78, 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92, 94, 96, 98, 100.  
Ganze Stücke = 22 Meter Länge  
a Stück 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.  
Gardinen, Portieren, Stores,  
Vorhängen, Tüllbedecken usw.  
Einzelne Fenster spottbillig!  
Pracht-Katalog mit ca. 800  
Abbildungen  
gratis und franko.

**Husten-  
Heilserkelt**  
basilischen  
wunderbar leicht  
und schnell  
die berühmten  
**Hustentropfen**  
von  
**Otto Reichel.**  
Nur echt mit  
Wort  
„Medico“.  
N. 50 Pf. u. 1 M.  
Der Nachahmungen jeder Art  
sind jedoch dringend zu warnen.  
In den meisten Drogerien und bei  
**Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.**

**Möbel-  
Dessin**  
C. Rosenkranz  
Straße 39  
Stadtbahnhof Börs.  
Verkaufsstelle  
erhalten  
d. j. Kalkhof  
N. 78. -  
**Hygiensche**  
Bedarfsartikel, Neuester Katalog  
in Empfehlung A. A. Prof. grat. u. f.  
H. Engel, Gummiwarenfabrik  
Berlin W. W. Friedrichsstraße 91/92

**Todes-Anzeige.**  
Am Dienstag, den 10. d. M.,  
morgens 5 1/2 Uhr, verschied nach  
langem, schwerem Leiden mein  
lieber Mann, unser guter Vater,  
Sohn, Bruder, Schwager und  
Onkel, der **Bergolder**  
**Paul Neumann**  
im Alter von 39 Jahren an der  
Protektionskrankheit.  
**Marie Neumann**  
und Kinder.  
Weschen, 10. November 1908.  
Die Beerdigung findet am Frei-  
tag, den 13. d. M., nachmittags  
4 Uhr, von der Leichenhalle des  
Gemeinde-Friedhofes, Weihenweide,  
Hilfenstraße, aus statt. 501/24

**Deutscher  
Holzarbeiter-Verband**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Holz-  
arbeiter  
**Wilhelm Müller**  
am 8. November gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 12. d. M., nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Rixdorf-Weihenweide-  
Gemeinde-Friedhofes in der Hül-  
fenstraße aus statt.

Ferner starb am 10. November  
unser Kollege, der **Bergolder**  
**Paul Neumann.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 13. d. M., nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Rixdorf-Weihenweide-  
Gemeinde-Friedhofes in der Hül-  
fenstraße aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
203/6 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Buch- und  
Steindruckerei-Hilfsarbeiter u.  
Arbeiterinnen Deutschlands.**  
Ortsverwaltung Berlin N.  
Zahlstelle III.

**Todes-Anzeige.**  
Am Dienstag, den 10. No-  
vember 1908 starb nach langem  
und schwerem Leiden unser Mit-  
glied und Kollege, der Stein-  
drucker  
**Herrmann Führbach**  
im 36. Lebensjahre. 27/17  
Ein ehrendes Andenken bewahrt  
dem Verstorbenen  
Die Ortsverwaltung Berlin III.  
Die Beerdigung findet am  
13. November, nachmittags 3 Uhr,  
von der Leichenhalle der Friedens-  
gemeinde, Nieder-Schönhauser-  
Rohden aus statt.

**Deutscher  
Transportarbeiter-Verband.**  
Hiermit bringe den Mitgliedern  
zur Nachricht, daß unser lang-  
jähriges Mitglied, der Rastker  
**Friedrich Schwarz**  
am 9. d. M. im Alter von  
14 Jahren an Lungenerkrankung  
gestorben ist. 57/10  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 12. d. M., nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Rixdorf-Weihenweide-  
Gemeinde-Friedhofes, Weihenweide,  
Hilfenstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Die Verwaltung II.**

**Verband der Lithographen,  
Steindrucker u. verw. Berufe.**  
(Deutscher Senefelder-Bund.)  
Am Montag, den 9. November,  
verstarb unser Mitglied und Kollege,  
der Steindrucker  
**Robert Malmberg**  
im Alter von 46 Jahren an Herz-  
schwäche. 202/13  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 12. November,  
nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle  
des Rixdorf-Weihenweide-  
Gemeinde-Friedhofes, Weihenweide,  
Hilfenstraße, aus statt.  
Die Verwaltung der Filiale I.

**Deutscher  
Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin,  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der **Witzer**  
**Adolf Frese**  
am 10. d. M. an Lungenerkrankung  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 13. November,  
nachmittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Weihenweide-Kirchhofes  
in Nordend-Rixdorf-Hilfenweiden  
aus statt.  
Rege Beteiligung ersucht  
124/15 Die Ortsverwaltung.



### Partei-Angelegenheiten.

**3. Annäherung.** Der Jahlabend findet heute, Donnerstag, abends 8 Uhr bei Gobin, Moonstr. 2, für beide Bezirke statt. Der Vorstand.  
**Frederdsdorf-Petershagen.** Heute abend 8 1/2 Uhr findet für Frederdsdorf-Petershagen im Lokal von Max Giese, Frederdsdorf, der Jahlabend statt.  
**Berlin.** Heute, Donnerstagabend 8 1/2 Uhr findet für alle Bezirke ein kombinierter Jahlabend im Lokal von Hoffmann, Kaiserstraße und Chausseestraße statt. Vortrag des Genossen Julian Vorchard: Die Akkumulation des Kapitals. Der Vorstand.

### Berliner Nachrichten.

#### Polizei und Volksversammlungen.

Seit den Wahlrechtsdemonstrationen, bei denen auf ruhig ihres Weges gehende Bürger mit dem Polizeifüßel eingeschlagen wurde, scheint in Polizeikreisen sich die Meinung gefestigt zu haben, daß die ihr Versammlungsgewalt ausübenden Arbeiter vogelfrei sind. Kaum eine größere Versammlung kann mehr stattfinden, ohne daß ein Massenaufruf von Schulleuten dazu beordert wird, um die die Versammlung verlassenden Teilnehmer anzuherrschen und sie aufzufordern, gewissermaßen im Galopp nach Hause zu rennen; im andern Falle die Polizei sich ein Vorgehen erlaubt, das durch nichts gerechtfertigt wird und aufs schärfste verurteilt werden muß. Noch anlässlich der letzten Versammlung, in der Genosse Hoffmann im Feenpalast sprach, sprach und ein Ausländer, ein Oesterreicher, seine tiefste Empörung über das Verhalten der Polizei ganz harmlos Straßenschanten gegenüber aus. Und anlässlich der Volksversammlungen am Dienstag erhalten wir wiederum Klagen über die Polizei. So wird uns aus Moabit berichtet, daß nach Schluß der Versammlung in der Wickestraße zahlreiche Teilnehmer durch die Turmstraße gingen, als plötzlich eine Schuttmannskette den Weg versperrte und im Paßschritt, allerdings ohne den Säbel zu ziehen, auf die Massen einströmte, um sie vom Weitergehen abzuhalten. Dabei sollen einige Verhaftungen stattgefunden haben. In der Schönhauser Allee fand die Versammlung bei Broterjan statt. Nach Schluß derselben erschienen etwa 40 Schulleute zu Fuß und zu Pferde auf der Bildfläche und trieben die harmlos ihren Wohnwagen zutretenden Passanten vor sich her. In der Stargarderstraße 5 machte eine Frau, von einem Ausgange heimkehrend, den Versuch, in die Haustür zu gelangen. Vergeblich! Die hervorstürzenden Schulleute schlugen mit den Fäusten und zum Teil auch mit dem blanken Säbel auf die ruhig ihres Weges Gehenden oder Flüchtenden ein. Ein Faustschlag eines Schuttmanns streckte die Frau nieder, über die bald die Nachfolgenden in bunter Reihe stolperten. Durch Passanten wieder ausgerichtet, verwahrte sich die Frau dem Beamten gegenüber gegen eine solche Behandlung. „Sie freches Käs Sie, machen Sie, daß Sie ins Haus rein kommen!“ war die Antwort des Schuttmannes. Und schon war die Faust wieder erhoben, da wies ein Polizeioffizier den Schuttmann zurück: „Mann, wie können Sie sich denn nur an einer wehrlosen Frau vergrämen wollen. Die Frau tut ja gar nichts!“ Als die Frau nun vom Boden aufgerichtet, sich umdreht, stößt sie mit ihrem Kopf an den Kopf eines Schuttmannspferdes — berittene Schulleute waren sogar bis hart an die Jalouise des Schaufensters herangeritten! Die Frau versichert, nie im Leben habe sie es für möglich gehalten, daß Beamte in eine so furchtbare Verhöhnung geraten können und gegen Unschuldige in solcher Weise vorzugehen imstande wären, wie es hier geschehen ist.

Angesichts eines derartigen Vorgehens der Polizei gegen Versammlungsteilnehmer muß die Frage aufgeworfen werden, auf Grund welchen Rechts die Polizei ihr Verhalten begründen will. Herrscht denn in Preußen ausschließlich Polizeivillkür?

Schlimmer wird ja kein Verbrecher behandelt, wie es hier anständigen Arbeitern gegenüber beliebt wird, die ihr gesetzlich gewährleistetes Versammlungsrecht ausüben. Da werden immer Klagen erhoben über die Unsicherheit in manchen Stadtvierteln, in denen sich das Louisium breit macht und sich alle möglichen Frechheiten gegen anständige Bürger herausnimmt. Als Antwort wird immer auf den Mangel an Polizei hingewiesen. Würde die Polizei nicht an ganz falscher Stelle verwendet und ihrem wirklichen Zwecke zugeführt werden, würden viele derartige Klagen verstummen. Manches Verbrechen, das heute unentdeckt bleibt, würde dann eher aufgeheilt werden, als das heute leider der Fall ist.

#### Das fehlerhafte Sprachbuch von Uebel.

Aus Lehrkreisen wird uns geschrieben: „In der Pädagogischen Zeitung“ vom 2. und 9. September dieses Jahres ist eine Kritik der Uebelschen Sprachhefte, die seit einem Jahre an 103 Berliner Schulen obligatorisch eingeführt sind, enthalten. Bald nach der Einführung waren sich die Lehrer, die das Buch im Unterricht benutzen mußten, darüber einig, daß die Sprachhefte von Uebel vom Uebel seien. In ihnen ist eine Menge fehlerhafter Sätze enthalten, die davon zeugen, daß der Verfasser selbst elementare Regeln der Grammatik nicht anzuwenden versteht. Die Sprache der Kinder, von der doch bei solchen Übungen ausgegangen werden müßte, ist fast gänzlich unberücksichtigt geblieben; dafür stehen Sätze darin in einer so gezwungenen Form, daß man glaubt, auf Stelzen zu stehen, wenn man sie nur liest. Der Verfasser der Kritik in der „Pädagogischen Zeitung“ teilt mit, daß er vier Seiten fehlerhafter Sätze aus den 7 Heften herausgeschrieben habe, und wir glauben ihm gern. Aus einem, dem 4. Heft, also für Kinder von 10—11 Jahren bestimmt, einige Proben von Uebelschen Musterfragen in schönem und richtigem Deutsch:

Der Verfasser muß des ganzen Gebirges kundig sein. Der Hausfrau ist Niemand (der Nabe) Unwesenheit oft erwünscht, angenehm und lieb, weil Niemand den Mäusen nicht nur schädlich, sondern in hohem Maße verderblich wird. Dem Naben entfiel die saftige Beute, sobald er derselben auf immer entsagen mußte. Vergnügt trabe er mit dem erschöpften Wissen davon und wählte, derselbe werde ihm so gut bekommen, wie er ihm schmeckte. Gar schnell erschien ihm der Nabe seiner Schuld in Gestalt eines schmerzhaften Todes. Ein Schmutzplag ist der einst wüste Sandhaufen früher nicht gewesen. (Gemeint ist der Kreuzberg.) Zu Ehren unserer künftigen Kaiserin Viktoria führt er seinen Namen. Das Talglicht wird mit der Lichtsäure gesäuert. (Im Jahre 1908!) Der Bierbrauer und der Brauweinbrenner moßte, indem er das Maß im Maßschöckel mit heissem Wasser mischt und aufeinander wirken läßt. (Ein Fehler in einem Satze wäre auch genug gewesen.) Welkelsch schmeckt wie Cnappe. (Selt doch die Feinschmecker unter unseren Kindern, die das kennen!) Wer holzt Bäume aus dem Schönholzer Forst ab, falls er als

Gauland benutzt werden soll? Auch der listige Fuchs, welcher in Farbe und Klugheit seinem Vetter Luchs nicht unrähnlich ist, suchte flugs das Weite, indes Meister Grimbart, der Dachs, gemächlich in seiner Höhle schlief. Um so lustiger sprangen im Wege die bunten Ferkeln über ein Meter hoch nach Insekten empor, wie ihr noch einmal so großer Bruder Luchs über hohe Mühlwehre setzt. Manche Baumrinden waren der scharfen Kät erlegen. Es dreht oder drehselt der lustigste Drechsler aus zarten Buchen Quirle, Keulen und Kadelbüchsen, aus extra feinem Buchsbäum und Ebenholz sogar manches Kunstwerk, wie zum Beispiel Schachfiguren, Kreuzsäge und auch manches Stück zum Luxus. (Diese Sätze sind dem ebenbürtig: Der Schuster stach mit seiner Nadel alle Nale in der Nale tot!) Der Parze diente ehemals als Opfertier. Noch mehr als bereit muß ein Gesandter gefeiert sein. Selbst unser Kaiser läßt die Gesandten wohl gar zu Fisch oder auch in die glänzende Festversammlung, die s. E. am Neujahrstage in unserer Ruhmeshalle, dem ehemaligen Gewandhause, Kottfischer. (Aus einem Briefe, den ein, wohl gleichaltriges, Mädchen an die Freundin schreibt.) Meine Mutter schalt mich wegen meiner Verschämtheit (schreibt) nicht, daß meine jüngere Schwester äußerst selten so etwas bezogt, weil sie nicht so leichsinnig in Büchern liest wie ich. Auch schäuferte sie mir, wieviel Verdruß und selbst große Verluste man haben könne, wenn man so oft etwas vergesse. Du versprochen hast und wohl auch jetzt noch beabsichtigst, mich nächsten zu besuchen, so bitte ich Dich herzlich, mir alldann das Nächstschönste mitzubringen. Köstlich ist Dir dieser Freundschafsdienst nicht besonders lästig? Indem ich Deine liebe Mutter und Dich bitte, mir das Versehen gütigst zu verzeihen, grüße ich Dich herzlich als Deine Dich innigst liebende Freundin Franziska Großfuch.

Dies die Kostproben! Gott bewahre unsere Kinder davor, daß sie nicht über ein solches Deutsch reden! Die wissenschaftlich begründete Kritik fällt selbstverständlich vernichtend für das Buch aus und lehnt es rundweg ab. Freilich ist es leichter, Geschichten aus der Bibel, Antichismus- und Wiedererzählungen abzusprechen und dann diese Sammlung als biblisch-geschichtliches Buch zu lassen, als ein gutes Sprachbuch zu schreiben. Vers aber nicht kann, der lasse seine Finger davon, denn schlechte gibt's in diesem Genre schon genug. Oder war das Uebelsche Buch nach der Meinung des Referenten in der Schuldeputation, der es zur Einführung empfohlen hat, eines der drei besten Werke unter den zur Wahl stehenden? Auf die Kritik in der „Pädagogischen Zeitung“ ist weder vom Verfasser der Deste, Rektor Uebel in Berlin, noch von der Berliner Schuldeputation eine Erwiderung eingegangen. Halten es die Derten nicht für wert, darauf einzugehen? Viele Lehrer haben sich bei dem Kritiker bedankt für die strenge und ablehnende, doch sachliche und wissenschaftliche Beurteilung. Oder ist es nicht möglich, die Kritik zu entkräften, aber trotzdem ruhig die Deste ihr Unwesen weiter treiben zu lassen? Wenn auf die Verurteilungen in der Fachpresse nichts gegeben wird, dann hat die öffentliche Presse die Pflicht, die Eltern aufzuklären, sonst herrscht womöglich bei denen, die sich um die Schulbücher ihrer Kinder kümmern, die Meinung, die Hefte wären auf Wunsch der Lehrer eingeführt worden.

Noch ein anderer Punkt ist wert, der Öffentlichkeit unterbreitet zu werden: Vor dem 1. Oktober 1907 waren die Hefte stärker an Umfang, nachher höher im Preise. Daß sie dünner geworden sind, macht ja das Uebel etwas kleiner, aber warum die meisten Hefte um je 5 Pf. teurer wurden, bedarf wohl im Interesse der zahlenden Eltern der Aufklärung. Es war nicht etwa eine neue Auflage, sondern die Sache wurde einfach so gemacht: Auf die Stelle des Umschlages, die die Preisangabe trug, wurde ein Zettel geklebt, auf dem der um 5 Pf. höhere Preis stand. Nehmen wir an, daß 70—80 000 Kinder die Hefte gebrauchen und alle Jahre 50 000 Hefte neu gekauft werden, so bringt das immerhin etwas ein. Daß der Verlag (H. Appelius, Zimmerstr. 94) den Schulen, die für ihre Lehrer um Handexemplare bitten, einen abschlägigen Bescheid erteilen werden ließ, verdient nebenbei erwähnt zu werden. Geschäft ist Geschäft! Die betroffenen Berliner Lehrer aber bitten die maßgebenden Stellen: Erlöset uns von dem Uebel!

#### Zwei Stadtverordnetenwahlen für die zweite Abteilung

fanden gestern statt. Im 5. Bezirk standen sich der Reichstagsabgeordnete Dr. Mugdan und Professor Richter gegenüber. Während die Mugdanische Kandidatur von Herrn Cassel und terti quanti lebhaft unterstützt wurde, wirkten für Professor Richter die Anhänger der sozialfortschrittlichen Vereinigung. Das Ergebnis ist folgendes: es erhielt: Dr. med. Mugdan (alte Liste) 472, Professor Richter (sozialfortschrittlich) 474 Stimmen, während 2 Stimmen zerstückelt waren. Danach ist Professor Richter (sozialfortschrittlich) gewählt, obwohl Konserervative und Antisemiten geschlossen für Mugdan eintraten.

Die Stadtverordnetenversammlung bleibt also von einem Mugdan verschont. Es war so schön gewesen. . .

Im 12. Bezirk war unter den Freisinnigen keine Einigung über die Kandidatur zu erzielen. Die Hausbesitzer setzten ihre Kandidatur durch in der Person des Malermeisters Lohmann, von dem behauptet wurde, er sei eher konservativ, aber nicht freisinnig. Ihm war der Putzmeister Lucht entgegengestellt worden. Lohmann erhielt 602, Lucht 838 und der Eigenhümer Topp (wildliberal) 56 Stimmen. Lohmann ist somit gewählt. Mit ihm zieht der 99. Hausbesitzer in die Stadtverordnetenversammlung ein, die überhaupt nur 144 Mitglieder zählt.

Für die Arbeiter der städtischen Wasserwerke soll — wie uns geschrieben wird — eine Magistratsverfügung ergangen sein, nach welcher die Kolonnenarbeiter bei den Rohrlegungsarbeiten die neunstündige Arbeitszeit erhalten sollen und zwar, wie man hinzuzulegen für nötig hält, ohne den früher verdienten Lohn zu schmälern. An sich ist diese Maßnahme zu begrüßen; stellt sie doch einen Erfolg des Strebens der städtischen Arbeiter nach dieser Richtung dar. Unverkündet bleibt aber, weshalb die Verkürzung der Arbeitszeit nur den Kolonnenarbeitern und nicht auch der anderen größeren Hälfte der Wasserwerksarbeiter zuteil werden soll. Es wird der heute togedenen Deputation für die Wasserwerke vorbehalten sein, hier einzutreten, damit zu den ohnehin schon vorhandenen Ungerechtigkeiten in den Arbeitsverhältnissen nicht eine neue hinzugefügt wird. Ferner drängt sich angesichts des Vorstehenden die Frage auf, wo die Verkürzung der Arbeitszeit in den anderen Verwaltungsbereichen bleibt. Davon verlautet nichts, obwohl der Magistrat angeblich für oben bezeichnete Verfügung sich die Mittel in dem Verbandsorgan der Gemeindevorsteher angeordnete Begründung zu eigen gemacht hat — die Jubelfeier der Städteordnung nämlich. Es scheint aber, als ob nur die Wasserwerksarbeiter an der Stelle teilnehmen sollen; das wäre doch merkwürdig! Oder will Magistratsrat nur teilsweise seine Gaben austreten? Welcher Grund dazu vorliegt, ist dunkel. Jedenfalls heißt es jetzt die Konsequenz ziehen; denn sonst könnte befragte Verfügung das Gegenteil von Verabigung bei den städtischen Arbeitern auslösen.

Der Verband für erste Hilfe (Abteilung für Krankentransport) schreibt uns: „Zu Ihrem Artikel in der 3. Beilage der Nummer vom Sonnabend, den 7. d. M. „Erst Hilfe, dann Hilfe“ senden wir Ihnen nachstehende Mitteilung und bitten Sie, derselben, wenn irgend möglich, zur Aufführung des Publikums in Ihrem Blatt Aufnahme zu gewähren. Wer in Berlin einen Krankenwagen braucht und nicht in der Lage ist, denselben sofort zu bezahlen, möge sich nur an die Zentrale des Verbandes für erste Hilfe, Schiffbauerdamm 20 (Kant III 2424 und 2417) wenden, welche jederzeit Krankenwagen sofort stellt, gleichgültig, ob der Patient

zahlungsfähig ist oder nicht. Beim Verband für erste Hilfe genügt es durchaus, wenn die Bescheinigung der Armenkommission über die Notwendigkeit des Transports nochher erbracht wird. In keinem einzigen Falle verweigert die Zentrale die Auslieferung eines Transports, wenn der Kranke nicht zahlen kann. Die Armenkommission hat übrigens mit dem Verband einen Vertrag geschlossen, auf Grund dessen die Transporte, für welche die Armenkommission zahlungspflichtig ist, von diesem ausgeführt werden. Das Mitglied der Armenkommission war im vorliegenden Falle nicht genügend orientiert, sonst hätte es den Wagen nicht beim Krankentransportunternehmer Rupp, sondern beim Verband für erste Hilfe bestellt. Hierdurch wären alle die erwähnten Schwierigkeiten vermieden worden.“

Die Einführung der Münzgasmesser (Automaten) mit der gleichzeitigen unentgeltlichen Lieferung von Koch- und Beleuchtungsapparaten seitens der städtischen Gasverwaltung war von einem geradezu überragenden Erfolge begleitet. Die Zahl solcher Münzgasmesser nimmt von Monat zu Monat zu. Im vergangenen Jahre wurden mehr als 16 Millionen Kubilmeter Gas nur durch Automaten abgeleitet. Dieser Erfolg hat die Berliner Elektrizitätswerke nun veranlaßt, zunächst verlustlos Münzgasmesserschaltapparate einzuführen, die beim Einwurf eines gewissen Geldstückes eine bestimmte Energie liefern. Für derartige Anlagen werden von den Berliner Elektrizitätswerken auch unentgeltliche Installationen gegen geringe Zuschläge zu den Stromanpreisen ausgeführt.

Der Generalkonsul Dr. Wähler ist gestorben. Wähler hat sich in den letzten Jahren speziell auf dem Gebiete des Strafvollzugs betätigt; irgendwelche neuwertige Reformen hat er aber nicht durchzuführen vermocht.

Die Kinderleishen in den Wasserläufen Berlins und der Umgebung häufen sich in letzter Zeit ganz erheblich. Gestern wurde uns wieder über die Leishen einer Kindesleiche aus der Obersee berichtet. Am Treptower Park wurde von Ausflüglern der Leishen eines toten Knaben am Ufer treibend entdeckt und geborgen. Wahrscheinlich liegt hier ein Kindesmord vor. Durch die gewöhnliche Obduktion wird festgestellt werden, ob der Knabe ertränkt worden ist oder ob er einen natürlichen Tod gefunden hat.

Amerikanischer Minenschwandel in Berlin. Aus New York wird berichtet: Der Richter des obersten Gerichtshofes Traug hat in einer Affäre, die auch nach Berlin hinübergeleitet, eine vorläufige Verfügung erlassen, durch die der „National Bank of Commerce“ unterlagert wird, Vermögenswerte, die der „Cottonwood Greel-Kupfergesellschaft“ Roach E. Barnes und Konsorten“ gehören, auszuführen, solange die gegen die Gesellschaft erhobene Betrugsanfrage schwebt. Nach dieser Klage, die sich gegen Barnes, den Gründer der Gesellschaft, richtet, liegt ein ganz trauriger Fall von Minenschwandel vor. Danach hat Barnes durch den jungen Grafen Hans Ferdinand v. Hochberg, der ein Sohn des früheren Generalintendanten Grafen Volk v. Hochberg und ein ehemaliger Freund des deutschen Kronprinzen ist, Aktien im Werte von 200 000 Dollar unter Mitgliedern der deutschen Aristokratie und der Berliner Hofgesellschaft verlaufen lassen. Das einzige Aktium der Kupferminengesellschaft besteht aber in ihrem — Projekt. Die Aktiener Opfer haben nun durch den deutsch-amerikanischen Rechtsanwalt Robert Kühnert in Berlin die Klage gegen die Gesellschaft angestrengt.

Die Affäre des jetzt 29 Jahre alten Grafen Hans Ferdinand v. Hochberg ist nicht uninteressant. Er heiratete in London eine Berliner Verkäuferin, wanderte nach Amerika aus und ließ sich dort zunächst als Kaufmann nieder, bis er mit Mr. Roach E. Barnes zusammentraf. Im vorigen Jahre lebte der junge Graf nach Berlin zurück und verzichtete am 19. Juni 1907 für sich und seine Nachkommen auf den Grafentitel und den Adel und nahm mit Genehmigung des Berliner Polizeipräsidenten den Namen seines „Gönners“ Barnes an.

Bei dieser Gelegenheit bekundete er große Sympathien für den Bund für Mutterrecht, welchem er eine Zuwendung in Gestalt von — Kupfermineralien machte. Adele Schreiber schrieb dem hochberzigen Grafen dafür einen großen Ommus in der „Zeit am Mittag“.

#### Schuldeneintreiber!

Wer als Wohnungsmieter seinem Hauswirt die Miete nicht pünktlich zahlen kann, der darf mit ziemlicher Sicherheit erwarten, daß der Hauswirt alle üblichen Mittel versuchen wird, zu seinem Gelde zu kommen. Wer im Hause eines Vätermeisters eine Wohnung mietet, der muß sich darauf gefaßt machen, daß gegen ihn, falls er mit einem Mietsrest hängen geblieben ist, noch ein besonderes Verfahren angewendet wird. Die „Vereinigten Vätermeister Berlins“ und „Umgebung“ haben einen „Schuldverband“, der für die Eintreibung von Schulden besorgt. Der Schuldverband gewährt ihnen seinen Bestand nicht nur gegen Schuldner, mit denen sie in ihrem Gewerbebetrieb geschäftlich zu tun gehabt haben. Ein Vätermeister, der zugleich Hausbesitzer ist, kann den Schuldverband mobil machen auch gegen Personen, die ihm Mietschulden. Dieses Verfahren bietet dem hausbesitzenden Herrn Vätermeister manche Vorteile; denn das Bureau des Schuldverbandes wird geleitet von einem sehr gewandten Schuldeneintreiber, der nicht nur mit den plumpen Mitteln des gesetzlich geregelten Zwanges arbeitet, sondern auch die feinere Kunst persönlicher Ueberredung in den Dienst seiner Auftraggeber stellt.

Ein Beispiel, das zu unserer Kenntnis gelangt ist, verdient weiteren Kreisen bekannt zu werden. Im Hause Gottschewstraße 37, das dem Vätermeister H. Paas gehört (Herr Paas selber wohnt im Hause Zwinglstraße 22), hatte eine Frau H. eine Wohnung inne. Als sie zwei Monate hintereinander die Miete schuldig blieb, wurde gegen sie eine Pfändung eingeleitet, und das Gericht verurteilte die Frau zur Räumung. In dem Prozesse ließ Vätermeister Paas sich vertreten durch den Buchdruckerbesitzer Wilhelm Hartmann (Michaelstraße 22), der bei dem Schuldverband Leiter des Eintreibebureaus ist. Für Herrn Hartmann war aber im Termin ein Herr Hundt anwesend, der unter Hartmann in dem Bureau arbeitet. Von diesem Bureau wurde der Frau H. kurz nach dem Termin, in dem sie verurteilt worden war, die Aufforderung übersandt, einmal zum Zweck einer persönlichen Rücksprache hinzukommen. Als sie dieser Aufforderung Folge leistete, wurde sie auf dem Bureau von dem erwähnten Herrn Hundt ausgefragt, was nun werden solle. Sie antwortete ihm, zahlen könne sie nicht, sie sei doch mittellos und habe weiter nichts als ihr bißchen Mietschuld. Da nahm der Herr Hundt ein Verzeichnis der wertvollsten ihrer Möbel auf und bewog Frau H., diese dem Herrn Paas für die noch restierende Mietschuld zu verpfänden. Frau H. tat das, doch war sie wohl über die Tragweite dieser privaten Abmachung nicht ganz im klaren. Sie durfte nun, als sie die Wohnung räumte, die Sachen vorläufig mitnehmen, aber Herr Hartmann vom Schuldverband-Eintreibebureau und sein Auftraggeber Herr Paas mußten, daß sie ihnen nicht entzogen konnte. Bald wurde sie denn auch vom Bureau aus bombardiert mit immer wiederkehrenden Mahnungen, in denen sie zur Bezahlung ihrer Schuld aufgefordert und ihr die Anwendung aller zu Gebote stehenden Anwesenheiten in Aussicht gestellt wurde. Zur Anwendung dieser Zwangsmittel kam es auch bald genug. Eines Tages erschien bei Frau H. ein Gerichtsvollzieher, der im Auftrage des Eintreibebureaus eine Pfändung vornehmen sollte. Der Mann sah sich in der Wohnung um, aber er konnte sich nicht entschließen, irgendwelchen der etwa in Betracht kommenden Wirtschaftsgegenstände für erheblich zu erklären. Er ging un-

# Vorort-Nachrichten.

**berückelter Sache von Lamm und Melde, die Pfändung sei fruchtlos ausgefallen. Das pakte aber Herr Hartmann und Herr Baach nicht. Was ein Gerichtsvollzieher auf Grund der gefälligen Vorberichte für unentbehrlich halten muß, das brauchte dem haubdbesitzenden Bäckermeister Baach und dem Schupverband-Angeklagten Hartmann noch lange nicht unentbehrlich zu erscheinen. Herr Hartmann hatte ja noch die private Abmachung, durch die die Frau selber ihre Sachen verpfändet hatte. Zunächst drohte er ihr nun mit neuer Klage. Als das nichts fruchtete, weil Frau S. immer noch kein Geld hatte, ihre Schuld zu bezahlen, wurde durch Herrn Hartmann gegen sie die Klage auf Herausgabe der von ihr verpfändeten Möbel eingereicht. Das Gericht entschied nach dem Wunsch des Klägers. Ein paar Wochen später kam dann ein Gerichtsvollzieher und holte alles ab, was Frau S. damals verpfändet hatte. Der Vollzieher des Urteils brauchte so nicht mehr zu fragen, was ungeheuerlich sei und was nicht. Frau S. geriet in höchste Verzweiflung, als ihr erbarmungslos die Wohnung ausgeräumt und die Pfändstücke weggeschafft wurden. Daß es zu solchem Ende kommen würde, hatte sie, als sie auf den Vorschlag der Verpfändung einging, sich nicht gedacht.**

Der Herr Buchdruckereibesitzer Wilhelm Hartmann, der für den Schupverband der Vereinigten Bäckermeister Berlins und Umgegend das Geschäft des Schuldeneintreibens mit sozialer Gesichtsbefugung, ist unseren Lesern schon lange kein Unbekannter mehr. Er ist derselbe Hartmann, der auch als Verleger für die Interessen der Bäckermeister tätig ist und dabei ein ganz hübsches Geschäft zu machen versteht. Gleichzeitig dient er als Hauptling der gelben Organisation der Bäckergehilfen, und er hat in diesem Amt schon manchen Zusammenstoß mit den Leitern des Verbandes der „Roten“ gehabt. Es wird den „Roten“ interessant sein, diesen Geldführer auch mal von einer anderen Seite — in seinem von und geschickten Vorgehen gegen eine arme Frau — kennen zu lernen.

Die „Verwertung“ des Grundstücks „zu Baumweiden“, schreibt der „Anzeiger für das Havelland“, wird sich auch auf das Gebiet zwischen Wichelberge und Schildhorn erstrecken, das am Störhewer und Gatower See gelegen ist und zu den schönsten Teilen der Forst gehört. Eine Chaussee führt hier bekanntlich hart am Ufer entlang, und man hat von hier einen prächtigen Ausblick auf die Wasserflächen, nach dem Wicelower See und den Gatower Höhen; an der anderen Seite der Landstraße erheben sich baumgekrönte Waldhöhen, welche in Wichelberge von der Heeresstraße durchbrochen werden. Das ganze Forstgebiet südlich der Heeresstraße bis nach Schildhorn hin längs der genannten Gewässer ist für die Bebauung bestimmt. Um ein zusammenhängendes Gelände zu erhalten, soll dem Vernehmen nach die oben erwähnte am Ufer entlang führende Chaussee eingegeben und zu ihrem Erlaß eine neue Kunststraße gebaut werden, die mitten durch den Wald von der Heeresstraße nach Schildhorn gehen wird. Das zwischen der neuen Chaussee und den Seeufern gelegene Waldgebiet ist demnach der Abholzung verfallen.

**Birkus Schumann.** Nun hat auch der Birkus Schumann endlich sein großes Wandgemälde herausgebracht unter dem Titel: „Solo, der Seeräuber und Mädchenhändler“. Natürlich ist wieder eine Liebesgeschichte der neuen Pantomime zugrunde gelegt. Ihren Anfang nimmt sie in einem holländischen Fischerdorf, dabei Spiele und Tänze holländischer Dorfbesitzer vor Augen führend. Das zweite Bild führt in eine Diamantengrube in Indien, wohin Solo die geraubte Braut entführt hatte und wo der auf der Suche nach Edelsteinen begriffene Diebhaber die Braut entdeckt und sie mit Hilfe des mächtigen Maharadja befreit. Der Verbrecher Solo wird zum Tode verurteilt und durch einen Elefanten ins Jenseits befördert. Die Vereinigung des jungen Paares bildet den Schlußeffekt. Sod auch die Pantomime weniger Veranlassung zur Entfaltung zirkusischer Kunst, so gab es doch genug Gelegenheit, wie beispielsweise bei dem pompösen Fest beim Maharadja, die ganze Pracht glänzender Kostüme zu zeigen und in der Schluß-Apoteose unter einem bunten, bunten Baldachin ein Bild von Verleumdungseffekten zu entwickeln, der märchenhaft genannt werden kann. Der Direktor Schumann wurde unzählige Male gerufen.

Der Arbeiter-Gesangsverein „Liedesfreiheit I“ (M. d. A. S. V.) bezieht am Sonntag, den 14. November, in der „Königsbank“, Große Frankfurter Straße 117, sein 47. Stiftungsfest, bestehend aus volkstümlichem Vesperabend und Instrumentalkonzert. Unter anderem gelangt zur Aufführung „Die Wanderratten“ von Scheu und „Sonntag auf der Alm“ von Kopsch, beides mit großer Orchesterbegleitung.

Feuer in der Kaserne des 3. Garde-Regiments. In der ersten Vormittagsstunde erfolgte gestern auf den Wachen der Berliner Feuerwehr Feueralarm nach der Kaserne des 3. Garderegiments zu Fuß in der Wrangelstraße 97-99. Da jede Meldung aus einer Kaserne als „Mittelfeuer“ gilt, so riefte sofort die gesamte zweite Kompanie aus. Wie sich herausstellte, handelte es sich aber nicht um ein Großfeuer. An der Stallgasse war im dritten Stock der Kaserne in einer Unteroffiziersstube durch einen eisernen Ofen der Fußboden in Brand geraten. Es gelang in kurzer Zeit, die Gefahr zu beseitigen.

Der „Verband Berliner Abstinenzvereine“ hielt diese ganze Woche Versammlungen ab. Morgen und übermorgen sieht noch je eine in Charlottenburg und Witzdorf aus. Die Genossen vom Deutschen Arbeiter-Abstinenzband (Ditzgrube Berlin) bitten uns, darauf aufmerksam zu machen, daß für Parteigenossen, die sich einer Abstinenzorganisation anschließen wollen, gemäß dem Beschlusse des Effener Parteitages nur der Deutsche Arbeiter-Abstinenzband in Frage kommen kann.

Feuerwehrbericht. Die Schöneberger Feuerwehr hatte gestern einen großen Brand am Sachsendamm 65 zu löschen. Das Feuer war dort in einem Schuppen ausgebrochen, hatte an dem Inhalt, Wagen usw. reiche Nahrung gefunden und auch den angrenzenden Herdeshall ergriffen. Als die Feuerwehr erschien, hatte der Brand schon eine große Ausdehnung erlangt; um eine weitere zu verhüten, mußte die Wehr von mehreren Seiten mit vier Schlauchleitungen von Dampfstrahlen vorgehen und längere Zeit Wasser geben. Der Schuppen und Herdeshall wurden ein Haub der Flammen, es gelang jedoch die Pferde zu retten und die angrenzenden Gebäude zu schützen. Die Entzündung des großen Feuers wird auf Unvorsichtigkeit zurückgeführt.

Wicht darauf hatte die Schöneberger Wehr in der Rößstr. 24 zu tun, wo das Zwischengebäude u. a. brannte. Später wurde dieselbe Wehr noch nach der Kolonnenstr. 32 alarmiert, wo in einem Herdeshall Feuer ausgebrochen war. Die Berliner Feuerwehr hatte heute früh um 4 Uhr in der Radeplatzstr. 35 zu tun, wo in einem Keller Müll in Brand geraten war. Am Kronprinzenufer 3 wurden Betten, Dekorationen u. a. ein Haub der Flammen. Im Keller des Hauses Turmstr. 11 brannten Balken, Schaldecken u. a. Ferner hatte diese Wehr in der Ackerstr. 82 und Köpferstraße 14 zu tun.

## Schöneberg.

Die hiesige Gewerkschaftskommission beschäftigte sich zunächst mit der am 17. November stattfindenden Arbeitslosen-Zählung. Der Vorsitzende erläuterte eingehend die Zählmethode. Eine Wiedergabe der gemachten Ausführungen hierüber erübrigt sich, da wir auf das Verfahren bei der Arbeitslosen-Zählung in Groß-Berlin noch allgemein Bezug nehmen. Außerdem wurde berichtet, daß in der letzten Sitzung der Arbeitsnachweis-Kommission beschlossen worden ist, die Wärmeballe am 15. November zu eröffnen. Bei eintretender strenger Kälte eventuell früher. An Sonntagen soll mit Rücksicht darauf, daß die Inanspruchnahme im vorigen Jahre an den Sonntagen nur unbedeutend war, in diesem Jahre nur bei strenger Kälte die Halle geöffnet werden. In dem Räume werden einige Zeitungen, darunter auch der „Vorwärts“, ausliegen. Lebhaftige Klage wurde darüber geführt, daß der Arbeitsnachweis der hiesigen Arbeiter gerade von den städtischen Institutionen oft übergangen würde. Des weiteren wurde bemängelt, daß für den Nachweis von Dienstboten eine Gebühr von 3 M. erhoben wird.

Bei dem Bericht über die Arbeitslosenversammlung wurde dem Bunde Ausdruck gegeben, daß die von der Stadtverordnetenversammlung eingesetzte Kommission zur Steuerung der Rot den Arbeitslosen gute Arbeit leisten möge, um die gewünschte Arbeitslosigkeit so schnell als möglich zu schaffen.

Hierauf wurde die Wahl der Delegierten zur Ortskrankenkasse noch besprochen und betont, daß die Wahl geizig habe, wie ernst es der Arbeiterklasse mit der Erhaltung des Selbstverwaltungsrechtes in den Krankenkassen sei. Gegen die vorige Wahl sind 1500 Stimmen mehr abgegeben. Zu bedauern sei, daß das Statut diesmal eine geteilte Wahl noch nicht gestattete, da sonst das Wahlergebnis noch ein weit besseres gewesen wäre. Viele Stimmen gingen verloren, weil die Kassennmitglieder infolge des starken Andrangs ihre Stimme nicht abgeben konnten. Am Schluß der Versammlung beleuchtete der Vertreter der Handlungsgehilfen noch eingehend die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Angestellten bei der Victoria-Lebensversicherungsgesellschaft, sowie das scharfe, rigorose Vorgehen der Direktion dieser Gesellschaft gegenüber dem Zentralverband der Handlungsgehilfen, welcher im Auftrage der Angestellten den Versuch gemacht hatte, mit der Direktion zwecks Erlangung besserer Arbeits- und Lohnverhältnisse zu verhandeln. Allgemein war man enttäuscht, wie die Direktion den Verhandlungsversuch herausforderte, und man war sich einig darüber, daß jeder organisierte Arbeiter diesen mit am bedrücktesten aller Arbeiter, volle Sympathie in ihrem Kampfe um die Erringung anständiger Lebensbedingungen entgegenbringen müsse. Es wurde hierauf an alle Delegierten das Ersuchen gerichtet, bei ihren Gewerkschaften auf die Differenzen, welche mit der „Victoria“ bestehen, hinzuweisen.

## Friedenau.

Die Delegiertenwahlen zur Ortskrankenkasse für Arbeitnehmer finden am Freitag, den 13. d. M., nachmittags von 4 bis 7 1/2 Uhr, im „Reinhold“, Rheinstr. 60, statt. Wählen können alle männlichen und weiblichen Mitglieder der Kasse, welche das 21. Lebensjahr überschritten haben. Die Liste des Gewerkschaftsartikels beginnt mit dem Namen Albrecht und endet mit Jubel. Wir erlauben die Mitglieder, nur diese Liste abzugeben.

Gewerkschaftsartikel Steglitz-Friedenau.

## Röpenitz.

Das Ergebnis der gestern stattgefundenen Stadtverordneten-Ergänzungswahl der dritten Abteilung ist für uns ein glückliches. Unsere Genossen Hein und Weber wurden mit 1433 gegen 83 bürgerliche Stimmen gewählt.

Heute Donnerstag finden die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung in der zweiten Abteilung statt. Unsere Kandidaten sind die Genossen:

- Zeitungsgespeidert Otto Ridel, Wilhelmstr. 8/9,
- Hausbesitzer Rudolf Finger, Parfadenstraße,
- Gastwirt Max Solze, Kaiserin-Auguste-Viktoriastr. 15,
- Hausbesitzer Herm. Vaeckler, Vortheinstr. 13,
- Schuhwarenhändler Emil Ternik, Grünauerstr. 8,
- Haus- und Wägereibesitzer Karl Ladewig, Grünauer Straße 50.

Die Wahl findet in der Zeit von 3-7 Uhr nachmittags im Rathaus, 2 Treppen, statt.

Das Wahlbureau unserer Partei befindet sich bei Augustin, Grünstraße, Telefon Nr. 80 (Rebenanschluß).

Parteigenossen, die sich an den nötigen Arbeiten beteiligen wollen, werden ersucht, sich dort im Laufe des nachmittags einzufinden.

Das Wahlkomitee.

## Lichtenberg.

Der hiesige Bildungsausschuss veranstaltet am 15. November eine Führung durch das Museum für Naturkunde, Invalidenstr. 43. Die Führung übernimmt der Vorsitzende der „Akademischen Unterrichtsvereine für Arbeiter“ Herr Prosser. Die Parteigenossen werden ersucht, sich zahlreich hierzu zu beteiligen und Punkt 11 1/2 Uhr im genannten Museum in der Abteilung Korallen — Kolippen anwesend zu sein. Der Besuch des Museums ist kostenlos, nur sind für die Wärter pro Person 10 Pf. zu zahlen.

## Rummelsburg-Voghtagen.

Die am Montag stattgefundenen Delegiertenwahlen zur Ortskrankenkasse endeten mit einem vollen Siege der organisierten Arbeiter. Die vom Gewerkschaftsartikel aufgestellte Liste der Arbeitnehmer wurde einstimmig, die für Arbeitgeber mit großer Majorität gewählt.

## Tegel.

Der Versuch des Wahlvereins, Kunstabend am hiesigen Orte einzuführen, darf als vollauf befriedigend bezeichnet werden. An 600 Besucher hatten sich am Sonntagabend eingefunden, um den künstlerischen Darbietungen beizuwohnen. Das hiesige Bürgerthum scheint über die künstlerischen Bestrebungen der Arbeiterklasse jedoch anderen Sinnes zu sein, was aus folgendem hervorgeht: Zur Begleitung der Solisten war der Kapellmeister Verhard Rißke gewonnen worden. Derselbe unterhält in Tegel ein Konservatorium für Musik und veranstaltet in einem für die Arbeiterklasse gespielten Lokale Konzerte usw. Da die Tegel Genossen die Kunst für frei hielten, ebenso Herr Rißke, glaubten sie, daß seine Mitwirkung für die hiesigen Spielbürger nicht gefährlich sein würde. Allein die Genossen hatten sich zu großen Hoffnungen hingeeben. Herr Rißke wurde derartig bearbeitet, daß er einfach seine Aufgabe zur Mitwirkung zurücknahm. Zum Glück übernahm sofort Herr Fleming seine Stelle. Eigentlich ist es, daß sich Herr Rißke an anderen Orten nicht abhalten läßt, bei der Arbeiterklasse durch seine Darbietungen sich Geld zu verdienen. Auf weihen Anraten der Zurücktritt dieses Herrn erfolgt ist, konnte noch nicht festgestellt

werden. Jedenfalls haben diese Bemühungen keinerlei Nachstelle für das Arrangement gehabt.

## Potsdam.

Den Tod in der Havel fand am Dienstagnachmittag der Fischermeister Vetter. Er hatte sich mit dem Kahn nach beendeteter Arbeit an einem Schleppezug angehängt und wurde unterhalb der Eisenbrücke umgeschlagen. Vetter sen. erlitt einen Schlaganfall und konnte von seinem Sohne, der sich rettete, nur als Leiche geborgen werden.

## Vermischtes.

### Gerüstensturz auf der Friedenshütte in Veuthen.

Eine folgenschwerere Katastrophe ereignete sich gestern in Veuthen. Nach einer Meldung von dort stürzte auf der Friedenshütte ein Gerüst bei dem Hochofen Nr. 4 ein und begrub fünfzehn Maurer. Bis gestern mittags wurden drei Tote und neun Schwerverletzte geborgen.

**Großfeuer.** Nach einer Meldung aus Nürnberg gerüstete ein im Gasthaus Ebnspurger ausgebrochenes Großfeuer zehn Gebäude mit sämtlichen Nebengebäuden.

Ein Familiendrama. In Dortmund erschof der Schlosser Karl Rischke nach einem kurzen Vorwärtel seine Ehefrau und tötete sich dann selbst durch einen Schuß in die Schläfe.

Die Pest. Wie eine Meldung aus Lissabon besagt, erkrankten während des Monats Oktober auf der Insel Terceira 69 Personen an der Pest, von denen 41 starben.

Anschlag auf einen Eisenbahnzug. Aus Paris wird gemeldet: Während der Fahrt eines Personenzuges über die Eisenbahnbrücke der Paris-Rhon-Mittelmeerbahn bei Retournac schlenkerten drei Leute Dynamitpatronen gegen die Brückenpfeiler. Die Brücke wurde heftig erschüttert und unter den Reisenden entfiel eine große Panik. Es ereignete sich kein weiterer Unglücksfall. Bisher konnte die Polizei der Uebelthäter nicht habhaft werden.

Jugenteilung. Einer Meldung aus Fiume zufolge ist bei Puccari ein gemischter Zug entgleist. Zwei Personen wurden getötet, mehrere verwundet.

## Briefkasten der Redaktion.

Ein juristisches Erbrechtliche Andes Vordenk Nr. 2, zweiten Hof, dritter Flügel, vier Treppen, 100. Raderstr. 100, wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr. Gestern 7 Uhr Sonntagabend begann die Erbrechtliche Andes Vordenk Nr. 2, zweiten Hof, dritter Flügel, vier Treppen, 100. Raderstr. 100, wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr. Gestern 7 Uhr Sonntagabend begann die Erbrechtliche Andes Vordenk Nr. 2, zweiten Hof, dritter Flügel, vier Treppen, 100. Raderstr. 100, wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr.

2. R. 50. Fragen Sie doch gefälligst bei der angegebenen Adresse an.

— R. 5. 30. Eine solche Verlosungsliste finden Sie in jedem Bankgeschäft — G. R. 68. Solche Mittel können wir nicht empfehlen. Sie müssen sich schon wieder an einen Arzt wenden. — R. 100. Rein.

— T. 100. 1. und 2. R. 2. Der Nachtrag möchte eigenhändig geschrieben und unterschrieben vorzulegen sein. Er kann auch zu Protokoll des Gerichts erklärt oder übergeben werden. — R. 100. 1. R. aber der Vertrag wäre gegenüber Ihren brüderlichen Gläubigern ungültig. 2. Es kann ein Bausvertrag geschlossen werden. Derselbe ist aber eine Pfändung leitens der Gläubiger nicht. 3. Rein, es muß aber mangemittelt werden, daß die Sachen von dem Verdienst der Frau angekauft sind.

4. R. — G. R. 78. 1. R. 2. Rein — G. R. 3. Wie wir wiederholt dargelegt haben, werden Staatssteuern in Preußen bei einem Einkommen bis 900 M., in England bei einem solchen bis 3000 M. nicht erhoben. Als Existenzminimum gilt nach dem reichsgesetzlichen Lohnbeschlagengesetz ein Einkommen bis 1500 M. — R. C. 99. Der Antrag ist an den Landrat zu richten. — R. R. 200. Der Anbruch erlischt nicht ausnahmslos. Er wäre zunächst bei der Eisenbahndirektion und im Falle der Ablehnung beim Gericht geltend zu machen. — T. 250. Wenn nicht etwa, was in Berlin gebräuchlich, im Mietvertrage das Gegenteil vereinbart ist, hat der Wirt, nicht die Frau, für den Preis der gebrauchten Sachen zu haften. — Wilhelmstr. 1809. Rein.

G. R. 25. 1. und 2. R. — R. J. 41. 1. Adressenverzeichnis und Herrschaft sind unzulässig. 2. Voraussetzungen in der zweiten Hälfte des November. 3. Annahme wahrscheinlich. — R. 9. 10. Die Befreiung kann sich an die Stützungs-Kommission, Poststr. 16, eventuell an die Armen-Kommission wenden.

Kunstliche Marktbericht der hiesigen Markt-Kontroll-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag. Zufuhr schwach, Geschäft ruhig, Preise unverändert. Wild: Zufuhr reichlich, Geschäft lebhaft, Preise fest. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft fest, Preise behauptet. Fisch: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise für Hechte anziehend, sonst wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft anhaltend fest, Preise wenig verändert.

Witterungsübersicht vom 11. November 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Wolken- höhe	Temper. t. u. w. 0. g. = 0. g.	Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Wolken- höhe	Temper. t. u. w. 0. g. = 0. g.
Frankfurt	768.5	2	wolkfrei	-4	Caputana	767.8	2	Schnee	-12
Darmstadt	767.0	2	Dunst	-6	Beiersburg	764.5	2	1 halb dd.	-8
Berlin	769.0	1	wolkfrei	-6	Schw.	769.5	4	wichtig	11
Frankfurt a. M.	769.0	1	Dunst	-8	Übersee	766.5	2	bedeckt	6
München	768.5	4	Rebel	-4	Paris	765.0	2	bedeckt	-2
Wien	770.0	1	Rebel	-3					

Wetterprognose für Donnerstag, den 12. November 1908. Jeweils nebelig, sonst meist heiter und trocken, aber fall bei mäßiger Abkühlung Winden.

## Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten  
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom  
Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 10.11. 9. 11	am 10.11. 9. 11
Remel, Müll	129.9	0
Tegel, Jüterburg	-16.4	+13
Tegelfel, Thun	54.1	-2
Oder, Rathor	72	-4
• Krosen	60	-2
• Frankfort	74	-1
Wartbe, Sarnum	16.0	0
• Landsberg	3	-1
Rege, Verdamm	-8	+1
Eide, Zeimert	-3	+8.4
• Dresden	-196	+1
• Bards	17	0
• Magdeburg	50	+8

+ bedeutet Hoch, - Fall, - \*) Unterpegel, - \*) starkes Eintreten, - \*) Grundbeistreichen, - \*) Grundbeistgang.

Von der Weichen Elster bei Krosen wird Eisgang, von der Mulde bei Müll Schwaches Treiben gemeldet.

# Zu naturgemäßer Lebensweise

gehört Kathreiners Malzkaffee.



Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands (Zahlstelle Groß-Berlin).

Bureau: Dienenstr. 215.

Geöffnet von 9-1 und 4-8 Uhr.

Telephon: Amt 3, 938.

Achtung! Arbeiter und Arbeiterinnen der chemischen Industrie. Achtung!

Sonntag, den 15. November, mittags 12 Uhr, im „Palast-Theater“, Burgstr. 22:

Große öffentliche Versammlung

aller in der chemischen Industrie Beschäftigten (chemischen, Farben-, Seifen-, Gummi-, Schallplatten-, Glühlicht-, Magnesia- und Glimmer-Fabriken).

Tages-Ordnung:

1. Die wirtschaftliche und sanitäre Lage der in der chemischen Industrie Beschäftigten. Referent: Reichstagsabgeordneter August Brey. — 2. Diskussion.

NB. Kollegen und Kolleginnen! Es wird bestimmt erwartet, daß unter Berücksichtigung des vorstehenden Themas niemand der Versammlung fernbleibt. Erscheint in Massen!

Konrad Bruns, Dienenstraße 215.

Magenleiden. Herrn Wilhelm Strauss an, Dresden-B. Ihr Cacao! Ich habe mich sehr gut mit ihm...

Problem. Illustration of a man's face with the word 'Problem' written across it.

Solinger Stahlwaren. Empfehle in größter Auswahl. Tischbestecke, Löffel, Tranchier-, Hack- u. Wiegemeßer, Scheren, Haarschneide-Maschinen, Taschen- und Rasiermesser.

Möbelfabrik Julius Apelt. 6 Adalbert-Str. 6. Hochbahnhof Rothbühl Tor. (früher Stalger Straße 6).

4. Ziehung 5. Kl. 219. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 11. November 1908. Mittags. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

4. Ziehung 5. Kl. 219. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 11. November 1908. Nachmittags. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

4. Ziehung 5. Kl. 219. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 11. November 1908. Nachmittags. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

4. Ziehung 5. Kl. 219. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 11. November 1908. Nachmittags. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)